

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2.50 Mark, monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Vorkosten: 2.50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Stuttgart, in der Voh- u. Zeitung-Verlagsdruckerei für 1896 unter Nr. 7277.

Insertions-Gebühr beträgt für die längste Spalte Zeileweise oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Sonntag, den 8. Februar 1896.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Das sächsische Wahlrechts-Attentat.

Der Entwurf der Regierung, dessen Hauptbestimmungen wir gestern mittheilten, hat in ganz Sachsen einen Sturm der Entrüstung und des Zornes hervorgerufen; und auch im übrigen Deutschland wird, abgesehen von den allerreaktionärsten, im Regierungs-Frohndienst befindlichen Blättern, der Entwurf allgemein auf's schärfste verurtheilt. Unsere Genossen in Sachsen rüsten sich überall zum Protest und zum Widerstand. Ueberall sind und werden Protestversammlungen einberufen, und der mächtige Petitionssturm gewinnt von Tag zu Tag an Kraft. Man kann mit gutem Recht sagen: Das ganze Volk ist empört über dieses ungeheuerliche Attentat, das ganze Volk ist zur Verteidigung seiner Rechte, zur Bethätigung seiner politischen Mündigkeit entschlossen. Und weit über die Arbeiterkreise hinaus geht die Bewegung. Die sozialdemokratische Bewegung ist eine Volksbewegung. Das zeigt sich jetzt recht deutlich in Sachsen. Mit Ausnahme der politischen Mäcker der kapitalistischen Geschäftspolitik, für die der Staat bloss eine Maschine ist zur Auspressung und Knechtung des Volks, und mit Ausnahme der Handlanger und Kommis dieser Geschäftspolitik, der Biedermaier und Konforten steht auch ein großer Theil des Bürgerthums gegen den Regierungsentwurf. In Leipzig erklärte eine Versammlung des — sozialistenfeindlichen — „Vaterländischen Vereins“ gestern mit 500 gegen 1 Stimme den Entwurf für unannehmbar. Und zu dem gleichen Ergebnis kam eine allgemeine Mitglieder-Versammlung des „national-liberalen Vereins“ von Dresden. Aus den Verhandlungen desselben, an denen sich Kommerzienräthe, Pastoren, Rechtsanwälte, Professoren und hohe Beamte beteiligten, heben wir bloss die Rede des Rechtsanwalts Pfeilschmidt hervor. Er bemerkte, daß auch unter den Konservativen die Meinung über den Werth des Entwurfes getheilt sei. Wie er wisse, habe König Albert einen berühmten Staatsrechtslehrer der Landesuniversität zu rathen gezogen, ehe er das Dekret unterzeichnet habe. Das von demselben abgegebene Gutachten richte sich auch gegen den Entwurf.

Das „Leipziger Tageblatt“, das Zentralorgan der reaktionären Geschäftspolitik, macht zu diesem Bericht einige hässliche Bemerkungen und führt in bezug auf den Werth des Dreiklassen-Wahlrechts den jetzigen Bismarck gegen den früheren ins Feld. Das ändert jedoch nichts an der Thatsache, daß das Gros des sächsischen Bürgerthums von dem Wahlrechts-Attentat nichts wissen will.

Der „berühmte Rechtslehrer“ Professor Sohm, der dieser Tage im Reichstag eine so wenig beneidenswerthe Rolle spielte, soll sehr eindringlich vor dem Attentat und dessen Folgen gewarnt haben.

Nun — wir waschen unsere Hände in Unschuld. Die Folgen über die Urheber des Attentats!

Der Kampf ist entbrannt — die Kugel aus dem Lauf. Das sächsische Volk wird nicht erliegen, und — gehe der Kampf aus wie er wolle — den Sieg und Erfolg hat die Sozialdemokratie.

Zur Geschichte der konservativen Partei.

Zur Beurtheilung des gegenwärtigen Manöverprozesses der konservativen Partei leistet eine Schrift wertvolle Dienste, die vor kurzem der bekannte konservative Sozialpolitiker Dr. Rudolf Meyer unter dem Titel „Hundert Jahre konservativer Politik und Literatur“ veröffentlicht hat. Sie enthält eine interessante Zusammenstellung von Auszügen aus Schriften und Briefen anerkannter Konservativer, aus welchen eine ganz andere politische Gesinnung spricht, als was man heute als konservativ bezeichnet.

Wie in der Schrift nachgewiesen wird, kann man noch bis fast in die letzten Zeiten hinein zwei besondere Zweige des preussischen Konservatismus unterscheiden, von denen der eine seinen Sitz in Schlesien, der andere in Pommern und der Mark hat. Die schlesischen Großgrundbesitzer, die zum Theil aus der dort durch den polnischen Handel früh entwickelten Bourgeoisie entstanden sind, theilweise sogar jüdischer Abkunft wie z. B. die Grafen v. Saurma, deren Ahnherr um 1500 ein gewisser Souermann war, haben viel früher nach kapitalistischen Prinzipien gewirtschaftet, wie die pommerschen und märkischen. Der erste der von Meyer zitierten Autoren beschreibt für Schlesien die noch heute dort bestehende Arbeitsverfassung der Dreifeldkultur: Die Arbeiter sind fast ganz proletarisiert, da sie in eigener Wirtschaft nur ein ganz minimales Stück Land haben; für die Arbeit auf dem Herrenhof werden sie im wesentlichen durch Gewinntheil entlohnt, indem sie das zehnte resp. elfte Mandel beim Ausdreschen erhalten; die Geldlöhne sind unbedeutend. Durch dieses raffinierte Lohnsystem war natürlich sehr sorgfältige und gute Arbeit garantirt. In Pommern und der Mark begnügte man sich noch mit der Arbeit eigener Leute oder der Zwangsrenten der Kossäten, die ihren eigenen, für ihr Auskommen genügenden Hof hatten und sicherlich viel lässiger und theurer arbeiteten, wie die schlesischen Dreifeldkulturer.

Obwohl die pommerschen Junker selbstverständlich keinerlei soziale Liebhabereien hatten — noch zur Zeit Friedrichs des Großen bestand dort ein Geseß, nach dem sie entlassenen Leibeigenen durch den Scharfrichter ein Mal auf die Backe brennen lassen durften — resultirte doch aus der Natur dieser gegenüber der schlesischen rüchständigen Wirtschaftsverfassung eine weniger kapitalistische Auffassung des Grundbesitzes. Noch tief bis in unser Jahrhundert hinein galt nach dieser Auffassung der Grundbesitz nicht als ein rentierendes Kapital, sondern als die Existenzgrundlage für eine Familie. Ganz nothwendig mußte aus dieser Anschauung das Verbot resultiren, daß bürgerliche Kapitalisten keinen Rittergutsbesitz erwerben sollten; die Landwirtschaft war eben kein Erwerbszweig wie andere Erwerbszweige. Nothwendig mußte aus ihr auch sich eine Stimmung ergeben, die uns heute am allerfremdartigsten anmuthen wird: das Steigen der Getreidepreise, der Meute und der Güterwerthe wurde von den Besitzern nicht als wünschenswerth erachtet, sondern, um mit den Worten eines anonymen Schriftstellers von 1798 zu sprechen, der an zweiter Stelle in dem Buche zitiert wird, „viele Menschen, unbekannt mit den Ursachen dieser Ereignisse, glauben dies Steigen nur temporär und als einen großen Nachtheil ansehen zu müssen; sie sind daher für die Zukunft besorgt; sie prophezeien ein dreifaches Fallen dieser Preise und mit demselben den Ruin vieler Familien.“

Als mit der Entwicklung des Kapitalismus auch in diesen zurückgebliebenen Gegenden und Verhältnissen neue Anschauungen über die Bedeutung des Grundbesitzes aufkamen, als es in modernem Sinne als Recht auf den Bezug einer möglichst hohen Grundrente aufgefaßt wurde, mochte sich unter den Vertretern

des Alten eine entsprechende Reaktion bemerkbar, die mit merkwürdigem Scharfsinn das revolutionäre Moment in diesen neuen Vorstellungen erkannte und darauf hinwies, daß mit ihrem Durchdringen die alte Stabilität des Grundbesitzes verloren gehen müsse. Einer der merkwürdigsten und gleichzeitig unbekanntesten Schriftsteller dieser Richtung ist Rosegarten, der noch 1842 schrieb: „Geld ist ... der Maßstab und die Form des Tauschwerthes, des mittelbaren nicht des unmittelbaren Werthes ... Die wichtigsten Produkte der Landwirtschaft aber, namentlich das Getreide, sind unmittelbar und ohne Vertauschung brauchbar und zugleich die nothwendigen Erfordernisse des Lebensunterhalts. Somit bestreitet der Landwirth die wesentlichsten Theile seines Unterhalts und die Erhaltung seiner Wirtschaft ohne Geld und sehr größtentheils nur den Ueberschuß seiner Produkte in Geld um. Er hat daher meistens wenig Geld in Händen, und seine Lage ist natürlich desto leichter, je mehr er seine Kosten und Ausgaben in seinen unmittelbaren Produkten, ohne Verkauf derselben, bestreiten kann.“

Eine weitere Folge der Geldwirtschaft und der sie bedingenden unbeschränkten Verfügungsfreiheit ist die Vertheilung der Güter, deren Folge wiederum ist, daß sie den Geldwucherern in die Hände fallen.“

Eine fernere Folge ist gänzlich Auslöschung aller Stabilität des Landbesitzes, wegen des Anreizes, den der Wechsel der Geldpreise zu Handelspekulationen des Landbauers nicht nur mit den Produkten seines Bodens, sondern auch mit dem Boden selbst gewährt. ... Die großen Schwankungen der Güterpreise sind künstliche Erzeugnisse der Handelspekulation, welche wiederum den schädlichen Wechsel befördert und die Geldrente des Bodens auf eine unnatürliche Weise zu einer für die ganze Volkswirtschaft schädlichen Höhe steigern.“

Die alten Junkergeschlechter, die seit Jahrhunderten auf ihrer Scholle saßen und deren Position nicht zu erschüttern war, so lange der Kapitalcharakter des Bodens nicht erkannt war, wurden schnell demüthigt, als durch das Steigen der Güterpreise und die damit zusammenhängende Entwicklung des Hypothekarwesens der neue Geist bei ihnen einzog. Auf jene Auswärtsbewegung, welche der Anonymus von 1798 geschildert hatte, folgte die Krise der zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts, welche unzählige adlige Familien aus ihrem Besitz vertrieb und bürgerliche an ihre Stelle brachte, die, nachher geabelt, heute äußerlich kaum noch von den originalen Junkern zu unterscheiden sind. Der neue Aufschwung, welcher folgte, mochte durch den kapitalistischen Charakter des Grundbesitzes immer mehr betont werden; mit Ausnahme des befestigten Grundbesitzes gab es jetzt überhaupt keine hypothekensfreien Güter mehr, und das beständige Steigen der Grundrente, das bis in die 70er Jahre angehalten hat, ließ die Verhypothecirung als das verständlichste Mittel für den Grundbesitzer, ein Kapital anzulegen, erscheinen. Hatte er ein schuldenfreies Gut, so partizipirte er an dem Steigen der Meute nur mit dem einfachen Betrag; verschuldete er es zur Hälfte und kaufte neues Land für den Betrag dazu, so partizipirte er um das Doppelte. Das war die Zeit, wo die letzte Aera des Bauernlegens inszenirt wurde; die Bauern wurden ausgelöst, ihr Land zum Gutsland geschlagen und Vorwerk auf Vorwerk gebildet. Vergebens warnte v. Sillow-Cummerow 1843: „Ein neu erkaufte Gut gehört dem Besitzer zum großen Theil nicht einmal selbst, da die Verschuldung des Grundstücks bis auf die äußerste Grenze seines Werthes nicht allein zulässig, sondern durch die Hypothekenverfassung, durch die Kreditinstitute erleichtert, durch die bestehende gleiche Erbtheilung nothwendig gemacht ist. ... Die Zeit, wo der Güterkauf frei geworden, ist zu neu, um die Folgen davon jetzt schon in ihrer ganzen Ausdehnung hervortreten zu sehen, doch werden sie mit der Zeit nicht ausbleiben.“

Sie kommen denn auch jetzt mit der Zeit der sinkenden Grundrente, die wiederum, wie die Krise im ersten

Clotilde. (Nachdruck verboten.) Roman aus der Gegenwart von H. W. v. Wallhausen.

Mary schob den Riegel zurück und im Eintreten sagte ein junger Mann zu Mary: „Beide spielten wieder Roulett — — —“

Nun ereignete sich ein seltsamer Vorfall. Mary öffnete die Thür weit, Clotilde stürzte hinaus, der junge Mann herein, beide prallten aneinander —

Jetzt schlugen sie die Augen zu einander empor, standen plötzlich wie gebannt vor einander und blickten sich starr an, jedes suchte zusammen, als hätte jedes einen Stich erhalten. Sie erkannten sich. Dann wurden beide blutroth. Clotilde machte eine lunkliche Verbeugung und rannte hinaus.

Langenberg folgte ihr, küßte seinen Hut und drehte sich dann nochmals um, als traue er seinen Augen nicht recht, dann machte er schnell Kehrt, denn er hatte den Eintretenden, der Clotilde so erschreckt, erkannt.

Es war der Baron von Rüdorf. Langenberg eilte seiner Frau nach, sie stand schon an der Begrenzung und konnte von den Fenstern des Hauses aus nicht mehr gesehen werden.

Entgegenkommend schob sie ihren linken Arm unter den rechten ihres Mannes, schmiegte sich fest an ihn und sagte: „Das war ja ein fatales Gewittererlebnis. Jetzt erst in der freien Luft atme ich auf und fühle mich wieder wohl, ach wie war so bange.“

„Daran ist nur der bucklige Franzose schuld,“ begann

der Doktor, „auch ich erfrische mich hier in schöner, heiterer Natur an der milden Luft. Der Aufenthalt war indeß höchst interessant.“

„Es war ein trauriger Raum, wo das häusliche Glück und edle Menschen wohnen,“ sagte Clotilde.

„Wer hätte gedacht, daß wir hier dem Baron von Rüdorf begegneten. Das war also seine Schwester. Die Geschichte von dem Lieutenant v. Scheven muß ich Dir erzählen. Er ist jetzt wie es scheint, als Major pensionirt worden.“ Und sie gingen, im tiefen Gespräche begriffen, nach Baden zurück.

Beide verniederten über Rüdorf zu sprechen. Als sie sich zum Nachtmahl an die Potelstafel setzten, saß an seinem gewohnten Platze schon lauernd der bucklige Franzose. Sie beachteten ihn kaum, denn Clotilde sprach immer wieder von dem Major und seiner Frau so sehr sympathisch.

Langenberg war stiller geworden, er hörte ihr schweigend zu. Er mußte wieder an den Augenblick denken, wo Rüdorf und Clotilde sich gegenüber standen und hoch erötheten. War dies noch Liebe? Langenberg ward eifersüchtig.

Am anderen Morgen erzählte ihm Clotilde: sie habe von dem Franzosen geträumt, er werde sie unglücklich machen; sie zittere noch.

Langenberg versprach ihr, Baden zu verlassen, wenn der Fremde sie ferner verfolgte; sie solle nur heiter sein. Er wolle ihr nur noch die Umgebung, den Kurfaal und das Roulett zeigen.

Clotilde war bald getröstet und sie unternahm einen Spaziergang nach dem Merkur.

Der Franzose war nicht zu sehen. Seltsam war es, daß die Unterhaltung der jungen Eheleute an diesem Morgen nicht recht in Fluß kommen wollte.

Clotilde hatte wieder von ihrem Traume gesprochen und ging oft in Nachdenken versunken dahin.

Auch Langenberg war einsilbiger, ernsthafter geworden. Glaubte oder fürchtete er, daß Clotildens Traum in Erfüllung gehen und sie unglücklich werden könnten? Oder war er wirklich eifersüchtig?

Clotilde hatte die Bemerkung fallen lassen: die Oberförsterin von der Mühlen war doch eine recht freundliche Frau, sie scheint ihren Bruder recht gern zu haben.

Hatte Clotilde diesen Rüdorf auch recht gern? etwa weil er Gutsherr geworden?

Langenberg machte sich Vorwürfe, solchen Gedanken nachzugehen zu haben; eben umschlang ihn Clotilde und steckte ihm ein Straußchen Waldblumen ins Knopfloch, die sie für ihn gepflückt, und rief: „Lass uns heiter sein, Eugen! Wir haben beim Major von Scheven ein Bild treuer, wahrer Liebe gesehen, solches Glück winkt auch uns, wir sind leichter dazu gelangt. Was mögen jene beiden extragen, gelitten haben, ehe sie sich vereinigt haben. Wir wollen uns glücklich schätzen, daß so vieles Freudige uns bisher bescheert wurde.“

Du hast recht, Clotilde! Komm, Du sollst auch ferner nur Freudiges erleben.“

Er sagte sie am Arme, fröhlich und jubelnd schritten sie dahin, ihr Gehen war ein Springen.

Vierteil dieses Jahrhunderts, unzählige Völker ruiniert, nur mit dem Unterschied, daß dieses Mal der Ruin viel gründlicher ist, weil die Ursachen der Krisis nachhaltiger sind. Das Ideal Stahls ist auf immer dahin: Die Dauer, die Stetigkeit, die Anhänglichkeit an das Individuelle des Besitzthums, für das es keinen Ersatz in Geldeswerth geben kann. Der Grundbesitz, sobald Waare geworden, roullet wie jede andere Waare und entgleitet, wie jede Unternehmung, den Händen, die nicht kapitalkräftig genug sind, um ihn halten zu können.

Die pommerischen und brandenburger Konservativen haben, so lange in ihren Reihen noch Widerspruch gegen die kapitalistische Umwandlung des Grundbesitzes gehört wurde, in scharfem Gegensatz zu den konservativen Schlesiern gestanden; die beiden bildeten den Kern der altkonservativen und freikonservativen Partei. Mit Beendigung der geschichtlichen Entwicklung ist der Unterschied in der That verschwunden, wenn auch natürlich Nachklänge noch lange zu vernehmen gewesen sind.

Heute, wo nun die Schattenseite jenes Prozesses zum Vorschein kommt, besinnen sich die Konservativen wieder auf den längst verlassenem alten Standpunkt organischer Gesellschaftsauffassung. Aber in der eigentümlichen Weise, daß sie den übrigen Theil der Gesellschaft sich tributär machen wollen, auf Kosten der Arbeiter ihre Rechte hochhalten denken. In dem Wind gesprochen war für sie das schöne Wort v. Thünen's: Ist es nicht unedel, glücklich sein zu wollen, wenn dies nur durch das Unglück anderer erlangt werden kann?

Die Ankündigung der neuen Marine-Vorlage für nächstes Jahr bedeutet eine Warnung an die deutschen Wähler. Es handelt sich bei dem sogenannten „Flottenplan“ nicht um hunderte, sondern um tausende von Millionen, und das Ziel ist: den auf dem Lande allmächtigen Militarismus auch auf die See auszudehnen. Nun hat der Militarismus zu Lande uns schon an den Rand des Ruins gebracht — würde er auch auf die See ausgedehnt, so wäre das der sichere Ruin. Das weiß die Majorität des deutschen Reichstages. Und darum hat die Regierung die neue Vorlage nicht für dieses Jahr angekündigt, sondern für das nächste.

Wie die Dinge jetzt stehen, wäre eine Auflösung des Reichstages hoffnungslos — die feindliche Majorität würde durch Neuwahlen nur gestärkt werden. Allein im Laufe eines Jahres hofft man, durch eine systematische chauvinistisch-reaktionäre Agitation einer- und durch Mundtodmachung der Oppositions-pressen, namentlich der sozialdemokratischen, andererseits, für nächstes Jahr günstigere Wahlen vorbereiten zu können.

Gelingt der Streich, gelingt es der chauvinistischen Reaktion, einen für ihre Zwecke geeigneten Reichstag zusammenzubringen, dann begnügt sie sich auch nicht mit dem geplanten finanziellen Monster-Abelard, dann geht sie auch, um sich gegen einen Rückschlag der Volksstimmung zu sichern, dem allgemeinen Wahlrecht zu Leibe. Es ist die einfachste Logik der Thatsachen, die hierzu zwingt.

Das sächsische Wahlrechts-Attentat ist nur der Anfang, nur das dünne Ende des Reiss. Der Reil wird tiefer eingetrieben, und das Reichs-Wahlgesetz, welches der chauvinistischen Reaktion den Weg zu ihren letzten Zielen verrammelt, wird gesprengt, umgestürzt.

Die deutschen Wähler sind rechtzeitig gewarnt. Weisheit des Volkes für kolonialpolitische Dirngespinnste und Vernichtung des allgemeinen Wahlrechts, das ist's was uns mit dieser Ankündigung in Aussicht gestellt ist.

Die deutschen Wähler werden auf der Hut sein und die richtige Antwort geben. —

Politische Uebersicht.

Berlin, 7. Februar.

Der Reichstag hatte heute wieder einmal eine agrarische Debatte. Die junkerlichen Herren Brotertheurer sind nicht gewillt, die Fuhrtritte, die sie in letzterer Zeit erhalten haben, ruhig hinzunehmen, und da sie bei Hof eine feste Stellung zu haben glauben, so bohren

32.

Die Gräfin Mary war mit ihrer Tochter Ellg nach Baden-Baden gereist, weil man ihr mitgetheilt hatte, ihr entarteter Schwiegerohn, der Herr von Berglühn, sei dort mit dem Fräulein Blanka von Boheimb gesehen worden.

Hatte man die Gräfin irre geführt oder wußte ihr Schwiegerohn sich geschickt ihrer tyrannischen Zuchttrübe, den stein martevollen Gardinenpredigten seiner Frau zu entziehen? Kurz, alle Nachforschungen waren vergebens, die Entlohnungen waren nicht aufzufinden.

In allen Hotels hatte die Gräfin schon gespeist und sich erkundigt, alle Vergnügungsorte hatte sie besucht, früh und spät war sie herumgewandelt und hatte den und jenen Herrn gefragt und ins Vertrauen gezogen, umsonst.

Dadurch war sie bekannt geworden und bald mußte der ganze Badeort, wer die beiden auffällig gekleideten Damen waren und wen sie suchten.

Unterstützt wurden die Damen in ihrem Forschungswerke durch einen Fremden, der sich schon in den ersten Tagen ihres Hierseins ihnen angeschlossen und den Herrn von Berglühn noch von der Gesandtschaft her kannte.

Dieser Herr, der so gut französisch als deutsch sprach, ließ seine Gelegenheit vorüber, den beiden Damen gefällig zu sein.

Nach den vier Orden, die er trug, darunter das Band der Ehrenlegion, war er hoher Militär, von altem Adel, stellte sich als Marquis Venouon vor, und obgleich ein geborener Deutscher hatte er im französischen Heere in Mexiko vor Puebla gegen Juarez mitgekämpft.

Er war jetzt hier, um seine angegriffene Gesundheit wieder herzustellen.

Da die Frau Präsidentin Gräfin Mary Wittwe war und Venouon sowohl ihr wie ihrer Tochter oft Schmeicheleien sagte, so wurde er bald der ständige Begleiter der Damen.

Eines Tages brachte er die Nachricht, er habe Berglühn nebst einer Dame im Kurssaal am Spieltisch gesehen. Die Beschreibung stimmte und Ellg drängte ihre Mutter, mit ihr nach dem Kurssaal zu gehen.

Die Gräfin studierte sich auf dem Wege eine kräftige Standrede, die sie ihrem fauleren Herrn Schwiegerohn vor Allen halten wollte, ein, aber die gesuchten Zugvögel waren schon wieder davongeflogen.

(Fortsetzung folgt.)

und wählen sie eifrig weiter gegen den verhassten Landwirtschafts-Minister v. Hammerstein und den noch verhassteren Herrn v. Marschall. Und da es mit den „großen Mitteln“ nicht geht, wird's vorläufig mit den kleinen probirt. Diesmal war's eine Interpellation, betr. die „Transitlager“. Was sind Transitlager? Lagerstätten für das zu weiterem Transport bestimmte Getreide. Diese Lager erleichtern den Verkehr; sie helfen also die Getreidepreise auszugleichen und erschweren eine künstliche Vertheuerung. Das erregt natürlich den Horn der Brotertheurer von Profession, die heute von neuem mit den alten hundertmal gehörten Tiraden zu Feld zogen. Schwerin, Pils, Kanth, Paasche haben auf der einen Seite gesprochen und Mikert und Meyer auf der anderen — damit ist die Debatte gekennzeichnet. Wir hatten nichts dabei zu suchen. Die Debatte hat nur insofern symptomatische Bedeutung, als sie zeigt, daß die Herren Junker fortwählen, und sich eines Rückhalts versichert halten. Die Regierung blieb reservirt — praktisches Ergebnis null.

Morgen Schwerinstag: unser Antrag, betreffend das Vereinsgesetz. —

Im preussischen Abgeordnetenhause wurde am Freitag endlich die Verathung des landwirthschaftlichen Etats beendet. Diesmal waren es hauptsächlich Klagen über den Nothstand in den armen Gebirgsgegenden des Westens, die in den Reden der meisten Abgeordneten zum Ausdruck kamen. Wunderbarerweise ließ sich das Echo aus dem Osten nicht mehr vernehmen, die Junker scheinen des ewigen Klagens müde zu sein. Der konservative Abg. Schraubert, seines Zeichens ein Landrath an der äußersten Grenze Ostpreußens, wußte sogar dem Landwirtschaftsminister Dank für die Vermehrung des Meliorations-Fonds in Ostpreußen um 150 000 Mark. Man sieht, die Agrarier können auch dankbar sein. Nach Erledigung des landwirthschaftlichen Etats wurde der Etat der Geschäftsverwaltung verathet, der von so geringem allgemeinen Interesse ist, daß er weiten Kreisen kaum dem Namen nach bekannt sein dürfte. Die Herren mit dem „Herdverstand“ konnten jetzt ihr Licht leuchten lassen, aber leider erntete so manche schöne Rede, die auf Krebstagen oder Provinzial-Landtagen alle Hörer in Bewunderung und Erstaunen versetzt hätte, heute kaum ein Wort des Beifalls. Bei der sodann vorgenommenen Verathung des Domänen-Etats nahm der unerwähnte Bismarck, Abgeordneter von Rastorf, Gelegenheit, auf die fälschlich vom Landwirtschaftsminister abgegebene Erklärung in der Währungsfrage zurückzukommen. Bekanntlich hatte Herr v. Hammerstein neulich angedeutet, daß England es abgesehen habe, in Verhandlungen über eine internationale Münzkonferenz zu treten. Herr v. Rastorf erklärte demgegenüber, daß nach seinen Erkundigungen in England garnichts von einer Anfrage der deutschen Regierung im Sinne der im vorigen Jahre vom Reichstag angenommenen Resolution bekannt sei. Der Landwirtschaftsminister verweigerte die Antwort auf die Bemerkungen des Herrn v. Rastorf mit dem Hinweis darauf, daß „morgen oder in den nächsten Tagen“ der Reichskanzler eine Erklärung darüber im Reichstage abgeben werde. In welchem Sinne diese Erklärung ausfallen wird, ist nicht zweifelhaft; es steht fest, daß den Agrariern dadurch auch die Aussicht auf Erlangung ihres zweiten „großen Mittels“ genommen werden wird. Am Sonnabend steht die zweite Verathung des Fortifikations-, der Zentral-Genossenschafts- und der direkten Steuern auf der Tagesordnung.

Für die Christlich-Sozialen hat der Reichstags-Abgeordnete Professor Häpelen in „Volk“ eine Art Programm in der Form von 4 Thesen veröffentlicht, deren wichtigste Stellen lauten:

Die Differenzpunkte zwischen den Christlich-Sozialen und der konservativen Fraktion liegen zunächst nur auf dem sozialpolitischen Gebiete und beziehen sich auf die Behandlung der Sozialdemokratie einerseits und auf die Beurtheilung der Arbeiterbewegung andererseits, in letzter Beziehung besonders auf die Fragen: Wie weit sind die Forderungen der Arbeiterklasse als berechtigt anzuerkennen und in welchem Tempo sind die daraus bezüglichen Reformen einzuführen? Soweit diese Gebiete nicht in Frage kommen, wird die Waffenbrüderschaft mit den Konservativen nach wie vor festgehalten werden können.

Gegenüber mancherlei mißverständlichen Neußerungen Raumann's und seiner Anhänger hält die Christlich-Soziale Partei daran fest, daß sie als eine politische Partei den Blick auf das Ganze gerichtet halten muß und darum nicht in einseitiger Weise lediglich die Interessen eines Standes vertreten darf. Unter diesem Vorbehalt sucht sie die Fühlung und die Geseßgemeinschaft mit den um Raumann Gescharten sowie auch mit allen auf dem Boden des Evangelisch-Sozialen Kongresses stehenden Christlich-Sozialen aufrecht zu halten und zu pflegen.

Der Grundsatz, daß das Wohl der Gesamtheit durch die gleichmäßige Pflege aller berechtigten Interessen bedingt ist und alle Stände den gleichen Anspruch auf Berücksichtigung haben, schließt jedoch keineswegs aus, daß die Christlich-Soziale Partei es in der heutigen Zeit als ihre hauptsächlichste Aufgabe ansieht, den begründeten Ansprüchen der Arbeit gegenüber der bevorzugten Stellung des Kapitals zu ihrem Recht zu verhelfen.

Das klingt weit schärfer bereits, als man bisher in Stöder's Reden zu hören gewohnt war. Herrn Raumann andererseits scheint es darum zu thun zu sein, die Fühlung mit den konservativen Christlich-Sozialen nicht zu verlieren, denn er schreibt in der „Dilse“:

„Was Stöder weiterhin thun wird, wissen wir in der Stunde, wo die letzten Zeilen zur „Dilse“ geschrieben werden, noch nicht. Wir vermuthen, daß er eine selbständige konservativ-christlich-soziale Gruppe bilden will, hielten es aber für besser, wenn gleich jetzt der Zusammenschluß aller Christlich-Sozialen erfolgen würde.“

Der Hauptgegner Stöder's in der konservativen Partei, Graf Limburg-Stirum, hält es übrigens für angebracht — ebenso wie „Kreuz-Zeitung“ und „Reichsbote“ — für sich und seine Partei gleichfalls einen Schimmer sozialreformistischer Bestrebungen zu retten, denn er sendet der „Schles. Btg.“ eine Zuschrift, in der er sagt:

„Meine Ansichten über die Bekämpfung der Sozialdemokratie halte ich fest; aber ebenso fest halte ich daran, daß im Sinne des von der konservativen Partei im Jahre 1892 festgestellten Programms die soziale Reform durch Hebung der inneren und äußeren Lebenshaltung des Arbeiterstandes und durch wirthschaftliche Stärkung der Mittelstände stetig fortzuführen ist.“

Alle diese Rundgebungen sind für uns deshalb von Interesse, weil sie zeigen, daß auch die uns feindlichen Elemente der sozialen Bewegung der Zeit sich nicht entziehen können. —

In Sachen „Stöder“ und „Volk“ erhält die „Bos. Btg.“ von vertrauter Seite folgende Mittheilungen über den Zusammenhang zwischen beiden:

„Mit Widerwillen gegen das in letzter Zeit von Stöder in Sachen seiner Stellung zu dem Blatte „Das Volk“ getriebene Wortspiel erfüllt, halte ich es für meine Pflicht, Sie auf einige Punkte hinzuweisen, die Stöder's Wahrhaftigkeit aufs neue in das richtige Licht stellen. Das „Volk“ ist begründet und getauft von dem ehemaligen Hosprediger Stöder in Verbindung mit

dem Prediger Burckhardt von Sophien. Durch letzteren wurde als erster Redakteur seinerzeit Deuß in Vorschlag gebracht und von Stöder angetakelt. Burckhardt hatte damals ein persönliches Interesse an der Unterbringung seines Freundes Deuß, dem dann von Anfang an plein pouvoir gegeben wurde. Als ich nach mehreren Monaten auf einer Reise durch Bayern Gelegenheit hatte, Herrn Stöder kennen zu lernen und mich bei ihm über diese seine neue Gründung zu informieren, war er guter Zuhörer für diese und bezeichnete Herrn Deuß als einen äußerst talentvollen Mann! Ja, Deuß war sehr talentvoll, aber Herr Stöder und besonders sein durch Burckhardt gewonnenem sekundären Geschäftsgenossen feind zu talentvoll, denn er hatte es verstanden, gegen den Willen der letzteren auf deren Kosten und Kredit in kurzer Zeit eine eigene Druckerei für das „Volk“ zu errichten, die den Herren mancherlei Kopfschmerzen machte, als sie die ziemlich kostspielige Einrichtung bezahlen sollten! Diese Eigenmächtigkeit in Verbindung mit anderen Unregelmäßigkeiten war Grund zur Entlassung des Deuß, den man lediglich zur Vermeidung öffentlichen Skandals damals nicht anhängig machte. Inzwischen hatte sich Stöder als Nachfolger von Deuß den bekannten, damals in Paris ansässigen früheren Sozialdemokraten Oberwinder engagirt. Letzterer war aber nicht der Mann, die in den Sumpf gerathene Karte des „Volk“ wieder herauszuführen. Es erforderte dies einen kapitalkräftigen Genossen, und Herr Oberwinder konnte nur von dem Gnadenfold des Herrn Stöder leben. Das „Volk“ wäre damals zweifellos eingegangen, hätte man nicht im letzten Augenblick in dem jungen, entsprechend vermögenden Referendar Bredes die sekundäre Stütze gefunden, die man brauchte. Bredes opferte in kurzer Zeit dem „Volk“ 40 000 Mark und wurde dadurch Stöder's Sojus. Herr Regierung-Referendar Bredes theilt noch heute mit Herrn Stöder die Vaterhaft seines Leiborgans, und beide Vertraute arbeiten in der Stille Hand in Hand. Die Redakteure des „Volk“ und Geschäftsführer stehen im Dienste der Herren Stöder und Bredes; sie werden von diesen Herren engagirt und verpflichtet! Weil der Regierung-Referendar Bredes nun später für seine sekundären Opfer Sicherheit für den Bestand des Geschäftes von Stöder verlangte, schlossen beide Freunde einen Kontrakt, monach Stöder sich verpflichten mußte, sämtliche Stadtmissionen-Druckarbeiten in der Druckerei des „Volk“ anfertigen zu lassen, wogegen Bredes die Verpflchtung einging, die Hälfte des etwaigen Gewinns an Stöder für die Stadtmissionen zu zahlen! Dieser Kontrakt besteht noch heute zu Recht, wodurch also Stöder thatsächlich Mitinhaber des „Volk“ ist! Wie zu diesen Thatsachen nun Stöder's Behauptung, er habe keinen Einfluß auf die Redaktion — deren nomineller Leiter nur Herr Oberwinder ist — im Einklang steht, dies zu beurtheilen überlassen wir jedem rechtschaffenen Freunde christlicher Wahrheit!

Sofern die hier behaupteten Thatsachen richtig sind, liegt allerdings die Vermuthung nahe, daß Herr Stöder aus der Noth eine Tugend gemacht hat, als er, in den Mantel sozialreformistischer Prinzipientreue gehüllt, von hinnen zog. Das „Volk“, das die Nichtigkeit der obigen Darstellung der „Bos. Btg.“ bestreitet, verdröhelt seine Leser auf Stöder's heutige Rede, die alles klarstellen werde. Als ob Herr Stöder jemals etwas „klar“ gestellt hätte! —

Deutsches Reich.

— **Bundesrath.** In der am 6. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die große Bergwerkschere beschlossen und den Vorlagen, betreffend die Ergänzung und Abänderung der Bestimmungen der Anlage B zur Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands in Bezug auf die Beförderung von flüssigen Metallen und Calcium-Carbid sowie von Rohurbit L. Westfali a. die Zustimmung ertheilt. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiegen die Gesetzentwürfe für Gas-Bohrungen über die Gewerbesteuer und die Wandergewerbesteuer, und über die Wahlen der Mitglieder der Bezirks- und Kreisvertretungen, sowie der Reichstags-Beschluß, betreffend die Sicherung der Bauhandwerker und Bauarbeiter für ihre aus Arbeiten und Lieferungen in Neu- und Umbauten erwachsenen Forderungen. Dem Antrage des Königreichs Sachsen, betreffend die Befreiung der mit Pensionberechtigung angestellten kirchlichen Unterbeamten bei den römisch-katholischen Kirchen der Erlande des Königreichs Sachsen von der Invaliditäts- und Altersversicherung wurde stattgegeben. Außerdem wurde über die Reichstags-Resolution betreffend Erhebungen über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen u. s. w., und über verschiedene Eingaben Beschluß gefaßt.

— **Der „Reichs-Anzeiger“** schreibt heute in seinem offiziellen Theile unter der Ueberschrift „Kriegs-Ministerium“:

Die vorzeitige Veröffentlichung des allerhöchsten Gnaden-erlasses für den Bereich der preussischen Militär-Verwaltung vom 18. Januar 1896 durch die Nr. 14 der Berliner Zeitung „Vorwärts“ vom 17. Januar 1896 hat Anlaß zur Einleitung einer Disziplinaruntersuchung gegeben. Nach dem Ergebnis derselben ist ein Verschulden eines Angehörigen des Kriegs-Ministeriums an der Veröffentlichung im „Vorwärts“ ausgeschlossen. Zu der letzteren ist ein Exemplar der Nr. 8 des „Armees-Berordnungsblattes“ vom 18. Januar 1896, in welchem der allerhöchste Gnadenerlass amtlich veröffentlicht worden ist, benutzt worden. Dieses Exemplar ist am 16. Januar 1896 nachmittags in die Redaktion des „Vorwärts“ gebracht, nachdem es anscheinend in der Druckerei von E. S. Mittler u. Sohn entwendet worden ist. Es ist deshalb die Disziplinaruntersuchung geschlossen und wegen Einleitung des Strafverfahrens das Erforderliche veranlaßt worden.

Berlin, den 6. Februar 1896.

Der Kriegsminister.

Brönkart von Schellendorff.

Im nicht amtlichen Theile des „Reichs-Anzeigers“ findet sich ferner folgendes Communiqué:

„Nach der im amtlichen Theile der heutigen Nummer des Blattes veröffentlichten Kundgebung des Herrn Kriegsministers ist die von demselben eingeleitete Disziplinaruntersuchung wegen der vorzeitigen Veröffentlichung des Gnaden-erlasses für die Armee durch den „Vorwärts“ nunmehr geschlossen worden. Ueber die Ergebnisse der Untersuchung sind wir in der Lage, noch die folgenden Einzelheiten aus durchaus sicherer Quelle zu veröffentlichen zu können:

Der Gnaden-erlass kam am 15. Januar nachmittags aus dem Kriegs-Ministerium in die Hof-Buchdruckerei von E. S. Mittler u. Sohn, in welcher das „Armees-Berordnungsblatt“ gedruckt wird. Bis zu diesem Zeitpunkt befanden nur einige hellographirte Exemplare desselben bei dem Kriegs-Ministerium. Die Druckerei wurde angewiesen, die Sache bis zum 18. Januar, an welchem Tage der Erlass durch die Nr. 8 des „Armees-Berordnungsblattes“ veröffentlicht werden sollte, geheim zu behandeln.

Am Morgen des 16. Januar gegen 9 Uhr wurde ein Korrekturabzug der Nr. 8 des „Armees-Berordnungsblattes“ in das Kriegs-Ministerium geliefert und alsbald, nachdem die Korrektur gelesen war, verschlossen der Druckerei zurückgegeben. Nachmittags gegen 3 Uhr begann der Druck der Auflage, welcher bis gegen 8 Uhr beendet war. Von der gesammelten Auflage kamen im Laufe des Nachmittags des 16. Januar nur zwölf Exemplare in das Kriegsministerium, deren Verbleib bestimmt nachgewiesen ist.

Am 17. Januar früh veröffentlichte der „Vorwärts“ den Erlass, den er also im Laufe des Nachmittags des 16. Januar erhalten haben mußte. Es bestand die Möglichkeit, daß der

„Vorwärts“ entweder aus einem der im Kriegsministerium vorhandenen hektographierten Umbrüche, oder aus einem Exemplar der bis zum 18. Januar geheim zu haltenden Auflage des „Armees-Verordnungsblattes“ Nr. 3 nachgedruckt hatte. Im ersten Fall konnte nur ein Angehöriger des Kriegsministeriums der Uebermittler sein, im zweiten Falle konnte das Blatt nur aus der Druckerei kommen.

Die gegenständliche Vernehmung der Redakteure des „Vorwärts“ hat nun ergeben, daß am 16. Januar, abends gegen 7 Uhr, ein „Unbekannter“ ein Exemplar des „Armees-Verordnungsblattes“ Nr. 3 in der Redaktion des „Vorwärts“ abgeben hat. Aus diesem Blatt ist der Erlaß nachgedruckt worden. Es ist also nach Lage der Sache nur möglich, daß dieses Blatt aus der Druckerei entwendet war.

Am 17. Januar kam der „Unbekannte“ wieder in die Redaktion des „Vorwärts“ und hat, ihn nicht zu verrathen, da in der Druckerei von G. S. Mittler u. Sohn eine strenge Untersuchung eingeleitet sei. Aus diesem Umstand folgt, daß der Ueberbringer des entwendeten Blattes ein bei der Firma Beschäftigter gewesen sein muß, denn sonst hätte er von der dort eingeleiteten Untersuchung nichts wissen bzw. nicht von ihr betroffen sein können. Hieran ist also der Sachverhalt — dank den Aussagen der Redakteure des „Vorwärts“ — bis jetzt dahin festgestellt, daß die Angehörigen des Kriegsministeriums von jeder Schuld entlastet sind und daß ferner ein Diebstahl bei der Firma G. S. Mittler u. Sohn vorgekommen ist.

Wer diesen Diebstahl begangen hat, soll durch die weitere Untersuchung festgestellt werden.

Wir haben dazu bloß zu bemerken, daß wir nicht in der Lage sind, die Richtigkeit der Angaben des „Reichs-Anzeigers“ zu prüfen, wir haben bloß gegen den in einem offiziellen Blatte doppelt niederträchtigen Zweifel an unseren unter Eid geleisteten Aussagen Verwahrung einzulegen.

Was die der Regierung unbecuemen Veröffentlichungen unseres Blattes anlangt, so haben wir zu bemerken, daß wir uns niemals um solche Informationen bemüht haben, daß wir aber auch nicht den mindesten Anlaß haben, bezügliche Mittheilungen, die uns ohne unser Zutun und kostenlos zugehen, zurückzuweisen, umsonstiger als uns bekannt ist, daß jährlich Hunderttausende verwendet werden, um die „Geheimnisse“ der Sozialdemokratie auszujulandschaften.

Die heutige Generalversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger hat beschlossen, sich der Petition des Vereins Berliner Presse an den Reichstag in Sachen des ambulanten Gerichtsstandes der Presse anzuschließen und in Sachen des unlauteren Wettbewerbes (Schwindelannoncen) gleichfalls eine Eingabe an den Reichstag zu richten. Im übrigen erledigte die Generalversammlung interne Angelegenheiten.

Dr. Kropatschek ist zum Chefredakteur der „Kreuzzeitung“ ernannt worden. Die Junter haben also unter den Beuten, mit denen sie bessere Erfahrungen zu machen hoffen wie mit den Herren Nathusius und Hammerstein, niemanden mehr, der fähig wäre, ihres Interesses mit der Feder zu vertreten. Sie müssen zu gewöhnlichen Bürgern greifen.

Aus dem Reich der Sozialreform. In Verleberg in der Mark lebt ein behäbiger Arbeiter mit Namen Wilhelm Homburg, der als junger kräftiger Mann die Kriege von 1864, 1866 und 1870/71 glücklich durchmachte und mit seiner Haut davon kam. Später war er Jahre lang als Bodenarbeiter an der Verleberg-Wittenberger Bahn beschäftigt — die Eigenthum der Stadt Verleberg ist — bis er eines Tages von einer Rangirungsmaschine erfaßt und schwer verletzt wurde. Seitdem kränkelte er. Die Bahn beschäftigte ihn weiter; als aber die auf Grund des Gastpflicht-Gesetzes bestehende zweijährige Verjährungsfrist vorüber war und Homburg in dem Glauben, weiter beschäftigt zu werden, es unterlassen hatte, Ansprüche auf Grund des Gastpflicht-Gesetzes zu erheben, entdeckte man, daß Homburg arbeitsunfähig sei und setzte ihn auf die Straße.

Mit Mühe und Noth gelang es ihm schließlich, auf Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes eine monatliche Rente von ganzen 9 M. und 90 Pf. zu erlangen. Von diesem Gelde muß Homburg monatlich 8 M. 50 Pf. Miethe bezahlen, so daß ihm und seiner kurzfristigen, erwerbsunfähigen Frau die Restsumme von 3 M. 40 Pf. verbleibt, wovon alle übrigen Lebensbedürfnisse bestritten werden müssen. Homburg wandte sich in seiner Noth wiederholt an den Verleberger Magistrat um Armenunterstützung, da er und seine Frau unmöglich von 9 M. 90 Pf. monatlich leben könnten. Der Magistrat wies diese Gesuche jedoch ab, weil er sich von er Unterstützungsbereitschaft nicht überzeugen konnte. Darauf wandte sich Homburg um Hilfe gegen den Magistrat an den Kreisaußschuß; aber auch von diesem erhielt er unter dem 6. Januar 1896 folgenden von echt christlichem Geiste durchtränkten Antwort:

Der Arbeiter Homburg, welcher eine Invalidenrente von monatlich 9,90 M. bezieht, bittet um Armenunterstützung. Der Magistrat zu Verleberg verweigert solche bis auf das Fehlen von Brennholz.

Die hiergegen gerichtete Beschwerde Homburg's ist zurückgewiesen, weil die Invalidenrente zur Befreiung der notwendigsten Lebensbedürfnisse genügt.

Der Kreisaußschuß der Westpreignig Jagom.

Dieser Bescheid an einen verelendeten Proletarier spricht Bände. Und da spricht man noch von christlicher Sozialreform??

In Kyritz hat der Vorstand des landwirtschaftlichen Vereins dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten eine Petition zugehen lassen, in der es heißt:

Wie wir aus der Zeitung erfahren, ist der bisherige Geschäftsdirektor von Neußadt Herr v. Goeben als Landstallmeister nach Weeberd veretzt worden. Exter Excellenz wagen wir daher mit der Bitte zu haben, daß bei Neubekleidung dieser Stelle nicht wieder einem jungen Offizier dieses Amtes übertragen wird, sondern daß ein Mann dasselbe erhält, der in der Pferdebeziehung erfahren ist und zu dessen Pferdekenntnis die Führer der Provinz Vertrauen haben können.

Also selbst Deuten, die nur in so unterhängem Tone einem Minister sich zu „nähem wagen“, hat sich doch die Ueberzeugung aufgedrängt, daß die Lieutenants-Epanletten nicht Gewähr für Sachkenntnis sind. Und dabei hat so ein Lieutenant immer noch eher „Pferdekenntnis“ als Verständnis für alle möglichen Zivilämter, bei deren Besetzung er erfahrungsgemäß den Vortzug vor Zivilpersonen genießt, wie bei Unterbeamtenstellen der zivilverforgungsberechtigten Unteroffiziere.

Gotha, 6. Februar. Im 11. Landtags-Wahlkreise wurden unsere sämtlichen Wahlmänner gewählt. Der Kreis ist also unter und wird der zweite Sozialdemokrat in den Landtag einlegen.

Zur Vereinfachung der Gerichtsurtheile. Eine bemerkenswerthe Entscheidung wurde von dem I. b. Staatsministerium der Justiz an die sämtlichen Gerichte des Königreiches erlassen. Nach derselben wird von höchster Stelle rückhaltlos anerkannt, daß die Entscheidungsgründe bei Beschlüssen und Urtheilen der Gerichte in bürgerlichen Rechtsverhältnissen vielfach Rechtsfragen allzu ausführlich oft in einer Breite von 40 bis 60 Seiten erstern. Hierdurch werden die Urtheile, welche zunächst für die Parteien und das Publikum bestimmt sind, zu wissenschaftlichen Abhandlungen gestempelt, die gesetzlichen Fristen zur Abfassung der Urtheile werden nicht eingehalten, die Ausfertigungen ver-

zögert und die Parteien mit übermäßigen Schreibgebühren belastet. Auch rügt das Ministerium, daß die Sprache der Gerichte trotz der früheren Entschliessungen vielfach grammatikalisch und logisch unrichtig und unklar ist, daß sie der Gemeinverständlichkeit entbehrt und zu vielen Fehlbildungen enthält. Diesen Mängeln gegenüber wird den Gerichten eine bündige, mit Gründlichkeit wohl vereinbarte Kürze empfohlen und zur Pflicht gemacht, auf die sprachliche Darstellung mehr Sorgfalt zu verwenden. Das stimmt.

Mühlhausen i. G., 6. Februar. In der Ausweisung. Angelegenheit Noack-Dollfus hat sich Herr Fabrikant und Kommerzienrath Theodor Schlumberger, ein Mühlhauser Großindustrieller, welcher zu den Hauptern der reichsständischen Regierung ungefähr in demselben Verhältniß steht wie Herr v. Stumm zum Leiter des Reiches, vor einigen Tagen nach Berlin begeben, um eine Milderung der Maßregel zu erwirken. Herr Noack wartet in Paris auf das Ergebnis. Ueber sein Verbrechen erfährt man nun bestimmt, daß bei einer in seiner Privatwohnung gegebenen Soiree, an welcher nur engere Bekannte des Gahgebers theilnahmen, die Statue „Quand même!“ von Belfort als tableau vivant dargestellt wurde, daß Mädchen in elasser Tracht und französische Pious-Pions vor den Gästen Liebesbrennen aufführten und — daß die ganze Spielerei durch die Mägdle des Herrn Noack ausgeplaudert wurde, wodurch die Polizei davon Kenntniß erhielt. Diese originelle Art der politischen Information ist sehr vielversprechend und außerordentlich schlecht geeignet, zur Verhütung der Gemüther im Lande beizutragen. Wenn man im eigenen Hause den Polizeidienst fürchten muß, kann man sich nicht sonderlich wohl fühlen. Im übrigen wird auch in bürgerlichen Kreisen der ländliche Streich des Herrn Noack mit Achselzucken aufgenommen; er hätte, so sagt man sich fast allgemein, als Franzose und Kenner unserer Verhältnisse vorsichtiger sein sollen. Da wissen wir Götter den Werth der Voricht der Regierung gegenüber viel mehr zu schätzen. Wir sind aber auch deutsche Stämme! —

Oesterreich.

Wien, 6. Februar. In dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse des niederösterreichischen Landtages erklärte der Statthalter, daß die Wahlen für den Wiener Gemeinderath voraussichtlich einige Tage vor dem 3. März, an welchem Tage die gesetzliche Frist abläuft, stattfinden werden.

Ungarn.

Budapest, 7. Februar. Abgeordnetenhause. Bei der fortgesetzten Beratung des Kulugetats sprach Emerich Madarasz den Wunsch aus, es müsse in der Leitung des Unterrichtsressorts ein mehr nationaler Geist herrschen; Redner stimmt für den Vorschlag. Gabriel Ugron brachte einen Beschlusstrag ein, durch welchen die Regierung aufgefordert wird, einen Gesehentwurf einzubringen zur Regelung des Verhältnisses sämtlicher auf der Grundlage der Autonomie stehenden Kirchen zum Staate, sowie dafür zu sorgen, daß gegen diejenigen Nationalitäts-Kirchen, welche staatsfeindliche Bekrebungen unterstühen, die Gesehgebung von Fall zu Fall Verfügungen treffe. Johann Hoch unterstüht den Beschlusstrag Ugron's.

Den magyarischen Chauvinisten scheint die ultranationale Regierung noch immer nicht genügend die nichtmagyarischen Nationalitäten zu knebeln und zu unterdrücken.

Frankreich.

„Gegen die Korruption!“ ist nach wie vor die Losung der ehrlichen Leute in Frankreich. Die Sozialisten haben den Stein ins Rollen gebracht und das Ministerium Bourgeois muß der Bewegung dienen, wenn es fortbestehen will. Die Regierung hat die Panama-Akten wieder hervorgerufen lassen und will den Panama-Prozess wie die übrigen Skandalprozesse wieder aufnehmen und ein gründliches „Reinmachen“ besorgen. Der „Bolschei Zeitung“ wird heute von ihrem Pariser Korrespondenten, der natürlich darob entrüstet ist, telegraphirt:

Paris, 7. Februar. Untersuchungsrichter Le Poittevin, dem die seinem Vorgänger Rempfer plötzlich abgenommenen Angelegenheiten zugewiesen wurden, scheint die ganze Panama-, Cornelius Herz-, Südbahn- und Jernsprecher-Gesellschaftsache wieder ausgraben zu wollen. Abgeordneter Christofle, Gouverneur des Credit foncier, Graf Demerier, Rouvier, Passy und Jules Roche wurden vorgeladen, um über ihre Beteiligungen am sogenannten Bürgerstahlsyndikat für die Südbahn-Ausgabe Auskunft zu geben. „Matin“ erzählt, das fleberhafte Vorgehen Le Poittevin's, der im Auftrage des Justizministers Ricard handelt, veranlasse Zerwürfnisse im Kabinete. Bourgeois erhebe sich lebhaft gegen die Fortdauer eines Zustandes allgemeiner Verdächtigung und Verleumdung und fordere Abschluß der schwebenden Untersuchungen, während Canagnac und Ricard immer wieder andrufen: „Wir müssen bis ans Ende gehen.“ — Darlan, Vorsitzender des Kammerauschusses zur Prüfung der Bahnverträge, vertritt die Ansicht der Eidebeträge, welche die Bahnen von 1881 bis 1884 an die Presse vertheilt haben. 1882 wurden 755 793, 1883 718 347, 1884 403 238 Fr. aufgetheilt, und zwar theils unmittelbar an die Blätter, theils an einzelne Presseleute, theils unter der Form des Kaufs von Zeitungsnummern und Flugchriften. Alle großen Pariser, einige Provinzialblätter, alle Finanzwochenchriften und die „Nouv. Revue“ erschienen in diesem Ehrenbuche. Selbstverständlich wird auch die „Frankfurter Zeitung“ mit 622 Fr. 85 Cts. aufgeführt, und eine zweite Post lautet räthselhaft: „Deutsche Zeitungen 275 Fr. 50 Cts.“ Vermuthlich handelt es sich bei diesen kleinen Posten um Inserate. Red.) Ueber diese Angabe wäre von Darlan Aufklärung zu fordern.

Was die „Zerwürfnisse im Kabinete“ betrifft, so sind sie wohl fromme Wünsche, die nicht ganz sauber sind und Nierenstich. Wie weit aber Bourgeois mit der Ausmistung des Augiasstalls kommen wird? Aus der kapitalistischen Gesellschaft die Spitzhuten entfernen heißt die kapitalistische Gesellschaft vernichten.

Telegraphirt wird noch aus Paris: Der „Kappel“ glaubt zu wissen, die Regierung habe beschlossen, eine gerichtliche Untersuchung über alle Angelegenheiten zu eröffnen, in welche Cornelius Herz verwickelt war.

Belgien.

Brüssel, 6. Februar. Repräsentantenkammer. Das Haus setzte die Beratung der Interpellation Definet über die Ernennung der Bürgermeister fort. Nach einer sehr bewegten Sitzung brachte der sozialistische Abgeordnete Vanderveelde eine Tagesordnung ein, welche ein Zedelsvotum gegen den Minister des Innern enthält; diese Tagesordnung wurde mit 88 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Hierauf wurde die von Hopois (Katholik) vorgeschlagene einfache Tagesordnung mit 83 gegen 23 Stimmen angenommen.

Die Angriffe der Sozialisten auf den König in der gestrigen Kammereröffnung haben in der Presse großes Aufsehen erregt. Die royalistischen Zeitungen drohen den Sozialisten mit Enthüllungen, wenn sie ihre Angriffe fortsetzen sollten.

Das ist ja die reine Spreßeremethode, durch die man unsere Genossen nicht schrecken kann.

England.

London, 6. Febr. Der amerikanische Wochenschriftler Bazar d betonte in einer Vankeltrede im Hotel Metropole das beiden Völkern gemeinsame Gefühl für eine Einigung Englands und der Vereinigten Staaten und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß alle Meinungsverschiedenheiten beigelegt würden.

Blymouth, 7. Februar. Der hiesige Bürgermeister hat für nächsten Dienstag Mittag ein Meeting einberufen, welches gegen die Fortsetzung der Crevel in Armenien protestiren und Lord Salisbury zur Intervention auffordern soll.

Schweden.

Stockholm, 6. Februar. Das „Stockholms Dagblad“ erklärt der Wechsel im Justizministerium sei nicht unerwartet gekommen, da man seit mehreren Wochen wußte, daß zwischen dem Staatsrath Desfregren und dem Staatsminister Boström wegen Erweiterung des Stimmrechtes zur zweiten Kammer eine Meinungsverschiedenheit bestehe. Desfregren wünschte nämlich ein abgestuftes Stimmrecht, wie es in Belgien eingeführt ist, während Boström die Ansicht vertrat, daß ein Stimmrecht jeder Person zustehen solle, welche während einer gewissen Zeitdauer eine Steuer von einem bestimmten Mindestbetrage gezahlt habe.

Afrika.

Prätorien, 6. Februar. Bei der Untersuchung gegen die unter der Anschuldigung der Erregung eines Aufstandes und des Hochverraths stehenden Gefangenen stellte die Untersuchung führende Beamte in Johannesburg fest, es habe dort niemals eine Gefahr für Leben und Eigenthum bestanden und es habe keine Veranlassung zu kriegerischen Vorbereitungen seitens eines Theils der Einwohner vorgelegen. — Der Geschäftsführer der „Standard Bank“ erklärte, es waren 70 000 Pfund als Hilfsfonds hinterlegt gewesen. — Der Landroß wies Briefe vor, welche eine Liste der Waffen und Munition enthielten, welche von dem Reform-Komitee geliefert worden waren. — Der Geschäftsführer der „Argus“, Buchdruckerei-Gesellschaft, erklärte, er habe von dem Reform-Komitee die Kopie einer Proklamation erhalten, in welcher behauptet wird, daß zur Zeit als Jamefon erkrankt wurde und sich infolge dessen Unruhen ergeben könnten, eine provisorische Regierung nothwendig sei. Die Proklamation sei zwar gedruckt worden, aber nicht abgedruckt worden.

Unter den von der Transvaal-Regierung entworfenen Reformgesetzen befindet sich auch ein Entwurf, betreffend die Errichtung eines Stadtrathes für Johannesburg mit einem Major an der Spitze und die Uebertragung der gesammten städtischen Verwaltung an die Bürger.

— Aus London wird gemeldet: In einer gestern stattgehabten Sitzung der Direktoren der Südafrika-Gesellschaft wurde beschlossen, in Gemeinschaft mit den Direktoren der „Beira-Gesellschaft“ Schritte zu thun behufs sofortiger Verlängerung der Beira-Bahn von Chimio bis Umbali; hierdurch würde das ganze Gebiet der Niederung innerhalb der portugiesischen Spähre von der Eisenbahn durchkreuzt werden. Maschinen und Waaren würden von der Küste direkt nach dem Gebiet der „Südafrika-Gesellschaft“ befördert und die Frachtsätze bedeutend reduziert werden; die Verlängerung der Bahn von Umbali bis Salisbury, der Hauptstadt Rhodesias, werde alsdann unverzüglich folgen.

— Wieder einmal ein „glänzender“ Sieg über Neger! Nach einer Meldung aus Mianzyre, in dem neuerdings englisch gewordenen Hochlande zwischen dem Njassa-See und dem Sambesi, vom 25. Januar haben Lieutenant Nixon und Hauptmann Stewart mit ihrer Schar (Zwölf) zwei glänzende Siege über Häuptlinge errungen, welche in Britisch-Zentralafrika Sklavenhandel trieben. Die Araber wurden vollständig geschlagen und 14 Häuptlinge gefangen genommen. Durch diese Erfolge sei die Handelsstraße nach dem Innern Afrikas wieder frei gemacht.

Die Lohnbewegung in der Konfektionsindustrie.

Aus bürgerlichen Kreisen kommt und die überraschende Nachricht, daß Herr Ferdinand Mannheimer, in Firma W. Mannheimer, einige Konfektionsarbeiterinnen empfangen hat. Noch überraschender ist es, daß Herr Mannheimer erklärt haben soll, er sei im Hinblick auf die Schmutzkonzurrenz nicht in der Lage, die bessernde Hand anzulegen, dagegen würde er es mit Freuden sehen, wenn die Arbeiter durch einen Streik die Schmutzkonzurrenz beseitigen würden; er sei bereit 10 000 (zehntausend) Mark zum Streik zur Verfügung zu stellen! Wir sind der Meinung, daß Herr Mannheimer ganz andere Mittel hätte und seit langer Zeit gehabt hat, um gegen die Schmutzkonzurrenz, vor welcher er sich heut zu fürchten vorgiebt, vorzugehen. Herr Mannheimer hat genügenden Einfluß auf die anständigeren Firmen, um sie zu veranlassen, einheitlich die Verhältnisse ihrer Arbeiter zu bessern; er kann auch u. a. Ausdehnung der Gewerbe-Inspektion auf die Hausindustrie oder den Erlaß von Vorschriften ähnlich denen für die Zigarettenfabrikation bei dem zuständigen Ministerium beantragen u. s. w. Seine Freigebigkeit ist im höchsten Grade verdächtig; noch haben wir stets die Erfahrung gemacht, daß Unternehmer, welche Arbeiter zum Streik riefen, ihren Vortheil dabei suchten und fanden. Die Konfektionsarbeiter müssen also um so mehr auf der Hut sein und sich nicht zu Unbefonnenheiten verleiten lassen. Bis zum 9. Februar ist durch Beschluß von zwölf öffentlichen Versammlungen den Arbeitgebern Bedenkzeit gewährt worden; dieser Beschluß einmal gefaßt, muß gehalten werden, wenn die Arbeiter nicht die ihnen jetzt außerordentlich günstige öffentliche Meinung verhergen wollen, welche sogar die Behörden zum Einschreiten drängt.

Leider scheint eine kleine Gruppe von Arbeitern dem Herrn Mannheimer auf den Beim gehen zu wollen, indem sie für Sonntag Vormittag Versammlungen einberufen, in denen, wie behauptet wird, der Streik proklamirt werden soll. Wir rufen den Konfektionsarbeitern zu:

Laßt Euch nicht verleiten, einen Fehler zu begehen, der Eurer gerechten Sache unberechenbaren Schaden zufügen würde.

Berlin, 7. Februar. Von verschiedenen Seiten wird uns mitgetheilt, daß eine Deputation sich zu mehreren Konfektionsfirmen begeben hat, um mit denselben über die Forderungen der Konfektionschneider und -Schneiderinnen zu verhandeln. Nach unseren genaueren Informationen steht die Fünfer-Kommission diesen Schritten vollständig fern. Sie hat sich weder direkt noch indirekt auch nur an eine einzige Firma gewandt, sie hat vielmehr für morgen die maßgebenden Firmen der Herrenkleider- und Damenmäntel-Konfektion zu Verhandlungen eingeladen, welche im Beisein und wahrscheinlich unter dem Vorstize des Regierungs- und Gewerberat's Dr. Sprenger stattfinden werden.

Eine bürgerliche Kundgebung. Sonntag, den 9. Febr., mittags 1/12 Uhr, findet im Konzerthause, Leipzigerstr. 48, auf Einladung angegebener Männer und Frauen aus den verschiedensten Lebens- und Berufsstellungen eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Fräulein Dr. Agnes Blum, Frau Jeannette Schwerin, Herr Pöschke und Herr Scheimer Regierungsrath Professor Wilhelm Förster über die Nothe der Hausindustrie, besonders der Konfektions-Branchen, sprechen werden.

Magdeburg.

Die Schneider und Schneiderinnen Magdeburgs haben es abgelehnt, in einen Streik zu Gunsten der Einführung von Betriebsverhältnissen einzutreten. Die Vorbedingung eines Kampfes ist das Müssen der Kräfte. Und diese Kräfte sind in Magdeburg für zu schwach befunden worden. Es wurde festgestellt, daß gerade die dem Unternehmerstypus unterworfenen Haus-

Arbeiter völlig unorganisiert, den trefflichen Organisationsbestrebungen der organisierten Klassenangehörigen sich ferngehalten haben. Als Kampftruppe blieb also übrig die geringe Zahl der unorganisierten Schneider und Schneiderinnen. Wenn auch Muth und Kampfeslust diese kleine Schaar befehle, wenn sie auch den festen Willen zeigte, für ihre Klassenangehörigen menschenwürdige Zustände zu erkämpfen, die Leiden mildern, die Thränen stillen wollte, die bei harter, jammervoll bezahlter Arbeit so reichlich flossen, so mußte sie dennoch auf die Kraftprobe verzichten, obgleich die Sympathie aller Klassenbewußten Arbeiter ihr zur Seite stand. Die organisierte Arbeiterschaft war sich klar, daß sie, nachdem die Gesetzgebung die Wünsche der Arbeiter vorläufig unberücksichtigt gelassen, die Hausindustrie noch nicht der Gewerbe-Inspektion unterstellt, diese eminent wichtige Forderung, die zugleich eine hohe kulturelle Bedeutung hat, zu erkämpfen hatte. Nach Prüfung dieser Sachlage und nach sorgfältigen Abwägen des Für und Wider kamen die Schneider und Schneiderinnen zu der Erkenntnis, von einem Streik abzurufen und es wurde als hohe Aufgabe der politischen Partei erachtet, auf dem Wege der Gesetzgebung die Forderungen der Arbeiter der Konfektionsbranche zu erkämpfen. Haben die Schneider und Schneiderinnen Magdeburgs es abgelehnt, selbständig in einen Lohnkampf einzutreten, so werden sie doch mit Stolz auf die Bewegung anderer Orte blicken und sich geloben, den kämpfenden Genossen beizustehen und sie thätig zu unterstützen.

Erst, am 6. Februar, am Montag tagte hier eine imposante, von 2000 Personen besuchte Volksversammlung, die einstimmig sich auf die Seite der Konfektions-Arbeiter stellte. Am Mittwoch lehnten die Zwischenmeister die Verhandlungen mit den Arbeitgebern ab und verweigerten dem Vertrauensmann der Schneider und Schneiderinnen Gehör. Heute, Donnerstag, berathen die Konfektionsfirmen unter sich. Morgen, Freitag, wird in Anwesenheit des Gewerberathes ein letzter Einigungsversuch unter folgenden Bedingungen gemacht werden: Anerkennung von Einrichtung der Betriebswerkstätten, die theilweise sofort zu gründen sind; Einigung über den Lohnsatz und Anerkennung derselben für die vorhandenen und einzurichtenden Betriebswerkstätten. Werden die Forderungen nicht bewilligt, so soll eventuell ein Streik proklamiert werden.

Eisenach. Die Kollegen Eisenachs erklären mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Kampf der Konfektionsarbeiter zu unterstützen, und energisch für die aufgestellten Forderungen einzutreten.

Breslau. Der „Breslauer Morgenzeitung“ entnehmen wir, daß in der von über 1000 Personen besuchten Schneider-versammlung am Mittwoch zunächst der Vorsitzende Sieppel in scharfen Worten die am Dienstag vorgelommenen Ausschreitungen einiger Kollegen tadelte; durch solche Ungehörlichkeiten, erklärte er, würden die Schneider der Sympathien des Publikums beraubt; er ermahnt deshalb die Anwesenden aufs dringendste, vollständig Ruhe zu bewahren und andere von Ausschreitungen abzuhalten. Alsdann besprach Hedner die am Mittwoch stattgefundene Konferenz der Prinzipale. Es sei erwünscht, daß die Arbeitgeber anerkennen, daß innerhalb des Schneidergewerbes Mißstände existieren und die Löhne niedrig seien; in dessen glaube er, daß die Schneider den Versuch einer procentualen Lohnhöhung, die übrigens viel zu gering bemessen sei, nicht annehmen könnten; für jedes Stück müßte ein fester Preis bestimmt und dieser tarismäßig festgesetzt werden. In einer Resolution erklärt sich die Versammlung bereit, in Verhandlungen mit den Arbeitgebern sich einzulassen, wünscht aber eine tarismäßige Lohnhöhung. In Abstrich erklärt sich Herr Sieppel bereit. Um 11 1/2 Uhr zogen etwa tausend Konfektions-schneiderinnen, zu denen sich zwei- bis dreihundert Schneider gesellt hatten, gemeinsam von der Kaiser Wilhelmstraße die Ostseite der Schweidnitzerstraße nach dem Ring hin entlang. Die Menge ging, wie Breslauer Blätter berichten, ruhig ihres Wegs, verhängenweise jede Demonstration unterlassend. Vor keinem der großen Konfektionsgeschäfte fanden irgend welche Ansammlungen statt. Öffentlich behielten die Streikenden ihre ruhige Haltung auch weiterhin bei. Ein großer Theil der Schneiderinnen hat den Geschäften die Stoffe zurückgegeben, die sie vor Ausbruch des Streiks zur Verarbeitung übernommen hatten.

Frankfurt a. M., 6. Februar. Die Bewegung der Konfektionsarbeiter hat in Speyer, Worms, Lannus, Sprendach, hauptsächlich in Wiesbaden in den letzten acht Tagen bedeutend an Ausdehnung gewonnen. Kollege Rod aus Nürnberg, der die Aufgabe hat, die dortige Bewegung zu leiten, hat seit 18. Januar im ganzen 13 Versammlungen abgehalten. Ueberall war der Besuch ein guter und die Begeisterung für die berechnete Forderung eine große. Am stärksten ist die Bewegung in Wiesbaden und Umgebung, wo aber auch die erbärmlichsten Zustände vorhanden sind. In Wiesbaden selbst haben bis jetzt 2 Versammlungen stattgefunden. Die ultramontane Presse eifert mit aller Macht gegen die Bestrebungen der Konfektionsarbeiter. Dagegen stehen die Behörden der Bewegung sympathisch gegenüber.

München. Eine öffentliche Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung tagte am Montag Abend und nahm nach dem eingehenden Besat W a s e n e r ' s folgende Resolution an:

„Die heute im Kreuzsträß“ tagende öffentliche Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung kommt nach Entgegennahme der Berichte über die Stellungnahme der Konfektions-Geschäftsinhaber zu unserem Lohnsatz und zu der Forderung der Einrichtung von Betriebswerkstätten zu folgendem Beschluß: „Indem sich die hiesigen Konfektionsfirmen unseren gerechten Forderungen gegenüber so ablehnend verhalten, einzelne sogar dieselben grob und beleidigend zurückgewiesen haben, sind wir gezwungen, an das gesammte konfurmirende Publikum Münchens zu appellieren. Wir beauftragen unsere Gewerkschaftsdelegierten, diese wichtige Angelegenheit im Gewerkschaftsverein vorzubringen und eine geeignete Stellungnahme dort zu veranlassen. Die Versammlung erklärt sich im ferneren solidarisch mit der Bewegung in allen Städten Deutschlands, sie beauftragt die Agitationskommission mit dem Gewerkschaftsverein die Schritte zum weiteren Vorgehen zu prüfen.“

Augsburg. Die Bewegung ist gut im Fluß. Die Firma Oppenheimer hat Werkstätten eingerichtet, will auch Wochenlohn einführen, hat denselben jedoch zu niedrig gestellt. In einer zum Donnerstag anberaumten gemeinschaftlichen Sitzung wird mit den Unternehmern über die aufgestellten Forderungen und die ihnen zugesetzten Lohnsätze konferirt. Das Resultat theilen wir mit.

Stimmen aus den Kreisen der Unternehmer.

Die wenig übertrieben die von den Arbeitern und Arbeiterinnen gestellten Forderungen sind, beweisen Aeußerungen aus den Kreisen von Unternehmern, Händlern und Zwischenmeistern. Ausgenommen die Forderung nach Betriebswerkstätten, über die sich nur einige, und auch in ablehnendem Sinne äußern, werden die übrigen Forderungen sehr günstig beurtheilt. Aus den Zuschriften an die Agitationskommission haben wir einige hervor.

Ein Unternehmer der Herrenkonfektion schreibt: „Hierdurch mache ich Ihnen die ergebene Mittheilung, daß ich voll und ganz mit den Vorschlägen der Kommission einverstanden bin und aufs lebhafteste die Durchführung wünsche.“

Gleichzeitig benachrichtige ich Sie, daß ich bereits seit Jahren die jetzt geforderten Preise bewillige und in vielen Fällen sogar höher.“

Mit den besten Wünschen für ein gutes Gelingen zeichne ic.“

Ein anderer schreibt folgendermaßen: „Auf Ihre werthe Zuschrift theile ich Ihnen mit, daß ich mit dem neuen Tarif in Herren-Konfektion einverstanden bin, zu Anaben-Konfektion brauche ich fremde Hilfe nicht, sollte ich aber Leute brauchen, so werde ich nach dem Tarif bezahlen.“

Ein Dritter äußert sich dahin:

„Zu betref Ihre Birkulard theile ich Ihnen mit, daß ich den

Lohnsatz voll und ganz anerkenne und zwar mit dem Bemerkten, daß ich wie bisher auch weiter 25 pCt. mehr zahle, als Sie fordern.“

Bei bestellten Baoren halte mich an den Tarif von 1894. Eigene Betriebswerkstätten einzurichten bin ich jetzt vorläufig nicht im Stande, da ich keine passenden Räume bei mir im Hause haben kann, ich werde aber danach hinstreben.“

Den größten Theil meiner Lagerwaare lasse ich ja selbst anfertigen und zahle, wie schon gesagt, 25 pCt. mehr, achte aber auch gleichzeitig auf gesunde, reine Arbeitsräume.“

Ein Zwischenmeister der Damenmäntel-Branchen schreibt: „Ihre mir zur Kenntniß gegebenen Lohnforderungen bewillige ich und werde versuchen, auf meine Arbeitsgeber dahin einzuwirken.“

Ein anderer theilt folgendes mit: „Den mir von der Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen zugesetzten Lohnsatz für Männer, speziell den Satz für Badischsachen zahle ich schon seit Jahren.“

Ein Händler schreibt folgendes: „Antwortlich Ihrer gef. Zuschrift theile ich Ihnen mit, daß ich nicht selbst anfertigen lasse, sondern meine Konfektion fertig laufe.“

Im übrigen kann ich mich vollständig damit einverstanden erklären, daß die Arbeiterinnen besser bezahlt bekommen, wie bisher.“

Ferner lautet ein Brief eines anderen Händlers: „Antwortlich Ihres Gelehrten vom 25. Januar theile ich Ihnen ergebnis mit, daß ich meine Logersachen nicht in eigener Werkstatt anfertigen lasse, sondern dieselbe aus größeren Engreßgeschäften beziehe. Soweit es in meinen Kräften steht, will ich auch auf meine Lieferanten einwirken, damit dieselben Ihrem Wunsche nachkommen.“

Diese Zuschriften enthalten keine Bewilligung oder von den Arbeitern aufgestellten Forderungen, weshalb wir von einer Veröffentlichung der ferneren Abhand nehmen; immerhin sind sie ein Beweis, daß nicht Unmäßliches verlangt wird.

Preklimmen. Die „Kreuz-Zeitung“, die für die Förderung der Betriebswerkstätten offenbar nicht das geringste Verständnis hat, hält die übrigen Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen für berechtigt. Sie schließt ihren Leitartikel mit einer ganz gehörigen Abfertigung der „Nordd. Allg. Ztg.“, welche die Blamage dieses Blattes vollkommen macht; es heißt da:

Eine prinzipielle Voreingenommenheit finden wir in der politischen Presse nur bei der „Norddeutschen Allg. Zeitung“, die in der letzten Zeit mit großem und blindem Eifer bestrebt ist, die Nieschke'schen Grundzüge auf die Politik anzuwenden. Die Fabrikanten stellen die Sache noch so dar, als ob die Arbeiter die Schuld nicht hinter den Führer ständen. Mit einer Brutalität, an der die „Nordd. Allg. Ztg.“ ihre Freude haben wird, erklärt der „Konfektionär“: „Die Arbeiter müssen verdienen, um zu leben, folglich können sie nicht streiken.“ In der nächsten Woche wird es sich entscheiden, ob dieser übermäßige Appell an den Hunger als Bundesgenossen seine Wirkung gethan hat.

Der „Meißner“ schreibt: Nach dem bisherigen Verlauf der Bewegung kann man ihr nur sympathisch gegenüberstehen. Die hausindustriell beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsbranche sind diesmal das treibende Element. Ihr Loos ist ohne Zweifel ein recht elendes, es ist daher zu begreifen, daß sie nach einer Besserung ihrer Lage streben. Ihre Beschwerden richten sich in der Hauptsache gegen die sog. „Zwischenmeister“, welche die Ausführung größerer Aufträge für die großen Konfektionsfirmen übernehmen. Diese „Zwischenmeister“ unterbieten einander, um die Aufträge zu erhalten, und suchen dann durch Herabdrückung der Löhne den Verlust einzubringen, den sie durch ihr zu billiges Angebot erleiden würden. Auf diese Weise sind in der That die Löhne für die Hausindustriellen in der Konfektionsbranche ungebührlich verringert worden, ohne daß die Industrie einen Vortheil davon hätte. Die „Zwischenmeister“ haben sich den Vorstellungen der Arbeiter gegenüber unzugänglich erwiesen, und nun wenden sich diese unmittelbar an die Großkonfektionäre, um eine Aenderung herbeizuführen. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Unternehmer für die Klagen der Arbeiter ein offeneres Ohr hätten, als die „Zwischenmeister“.

Die „Frankfurter Zeitung“ äußert sich in einem Leitartikel, der die Frage nach der Seite der Sozialgesetzgebung eingehend darstellt u. a. folgendermaßen: „Daß die Arbeitsverhältnisse in der Konfektionsbranche außerordentlich schlechte sind, kann kein Unbefangener leugnen. Die hausindustrielle Betriebsform mit allen ihren schlimmen Folge-Erscheinungen macht sich gerade in dieser Branche besonders unheilvoll geltend. Der zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiter stehende Zwischenmeister führt auf Kosten des letzteren sehr oft, freilich nicht in allen Fällen, ein recht behagliches Dasein, der Lohn ist allenthalben ein außerordentlich niedriger, die Arbeitszeit eine übermäßig lange, die Arbeitsräume meist ungenügend und gesundheitschädlich. Ein trübes Bild von den herrschenden Zuständen hat im vorigen Jahre im Auftrage des Verbandsvorstandes Timm in seiner bekannten Broschüre entworfen, der man im allgemeinen das Zeugniß der Objektivität anstellen kann. Es unterliegt keinem Zweifel, daß durch die Einführung von Betriebswerkstätten und die Unterstellung dieser Werkstätten ganz erheblich gemindert werden könnten. Für die Ausdehnung der Gewerbe-Aussicht nach dieser Richtung hat sich denn auch bekanntlich der Reichstag einmüthig ausgesprochen und es kann nur gewünscht werden, daß die Vorarbeiten der schon erwähnten Kommission bald Früchte tragen möchten.“

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Der stenographische Bericht der Reichstags-Verhandlungen über die Handhabung des Vereins- und Koalitionsrechts, der unter dem Titel: „Zweites Recht zum Preise von 10 Pf. als Broschüre erscheint, gelangt heute Sonnabend zur Ausgabe.“

Die Delegirtenkonferenz für den 11. badischen Reichstags-Wahlkreis, die am Sonntag, den 2. Februar in Friedrichsfeld abgehalten wurde, war von 13 Orten mit 22 Delegirten besetzt. Aus dem Geschäftsbericht der Agitationskommission ist zu entnehmen, daß im vergangenen Jahre außer den Landtagswahl- Versammlungen circa 80 Versammlungen im Wahlkreise abgehalten wurden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. Eine Privat-Belästigungsklage eines Apothekers in Volkmarodorf gegen den verantwortlichen Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Genossen Pollender, endete mit Einstellung des Verfahrens.

Wegen groben Unfugs, verübt durch das Singen der Arbeiter-Marschälle am Samstag, fanden am Mittwoch einige Genossen vor dem Schöffengericht in Frankfurt a. M. Der Amtsanwalt beantragte 7 bis 14 Tage Haft, das Gericht sprach die Angeklagten frei.

In Hannover erklärte die Polizeibehörde die Mitgliedschaft des deutschen Metallarbeitervereins, sowie den Turn- und „Vorwärts“ für politische Vereine und unterwarf sie damit den Beschränkungen des § 8 des Vereins-Gesetzes vom 11. März 1850.

Gewerkschaftliches.

Die Lohnkommission aller in der Hut- und Holzwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins macht hiermit bekannt, daß in der Wolhuth-Fabrik der Herren Baruch u. Sternberg, in Firma J. Bambus

u. Komp., Chausseest. 67, ein Streik aufgebrochen ist, der darin seine Ursache hat, daß eine Kollegin wegen ihrer im Interesse des Vereins geschickten Agitation gemahnt wurde, obwohl sie bei dieser Firma schon sieben Jahre thätig war. Alle vermittelnden Versuche der Arbeiter, die Entlohnung rückgängig zu machen und so den Streik zu vermeiden, verliefen fruchtlos. Herr Baruch erklärte rundweg, weder mit einer Lohnkommission noch mit seinen Arbeitern verhandeln zu wollen. Der Verein der Holzfabrikanten, welcher gegründet wurde, um „unberechtigten Maßnahmen der Arbeiter entgegenzutreten“, hat nun an die Arbeiter und Arbeiterinnen das Ansuchen gestellt, die streikenden Kollegen und Kolleginnen zur Wiederannahme der Arbeit zu bewegen, widrigenfalls das Arbeitspersonal in sämtlichen den Fabrikantenring bildenden Holzfabriken ausgeperrt würde. Diese Drohung dürfte nur den einzigen Zweck haben, die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen einzuschüchtern. In zweiter Linie würde die Drohung gegen die Organisation gerichtet sein, welche man dadurch vielleicht sprengen zu können hofft. Morgen Sonntag wird wegen dieser Angelegenheit eine Versammlung abgehalten. Näheres ist aus dem Inserat in heutiger Nummer zu erfahren. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Hut- und Holzwaren-Industrie werden erucht, sich in dieser wichtigen Versammlung zahlreich einzufinden.

Der Direktor des Münchener Brauhauses in Berlin, Herr Arndt, ersucht uns um Aufnahme folgender Erklärung: „Die Agitationskommission der Brauer veröffentlicht in Nr. 32 des „Vorwärts“ die Nachricht, daß Differenzen zwischen uns und den organisierten Brauereien bestehen sollen, ferner, daß der Unterzeichnete erklärt und es wahr gemacht habe, jeden Arbeiter, der in Versammlungen über das Münchener Brauhaus spricht, zu entlassen. Beide Sätze sind unwahr und nur geeignet, die Öffentlichkeit irre zu führen. Differenzen zwischen der Brauerei und den organisierten Arbeitern bestehen in keiner Weise, weder was Lohnforderung, noch Arbeitszeit betrifft. Wir waren allerdings im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung geneigt, einige Arbeiter zu entlassen und zwar den einen, weil er seinen Vorderbüschen fälschlicherweise denunziert hat, einen anderen, weil er direkt die Ausführung der Arbeit verweigert hat, einen dritten, der seines unverträglichen Wesens wegen mit allen Leuten Zank und Hader sucht. Statt dieser sind resp. werden andere organisierte Arbeiter bei uns eingestellt; die Entlassung hat also absolut nichts mit der Organisation zu thun. Was den zweiten Punkt anbelangt, so soll sich neulich der Brauer Träger, der bei uns in Arbeit stand, erlaubt haben, in einer öffentlichen Versammlung zu sagen, die Arbeiter im Münchener Brauhaus wären Arbeiter zweiter Güte und es wäre vorzuziehen, lieber von milden Gaben zu leben, als dort zu arbeiten. Für seine schweren Beschuldigungen hat er bisher den Beweis nicht erbracht. Jeder, der die Verhältnisse im Münchener Brauhaus kennt, wird die Ungeheuerlichkeit dieser Unwahrheit zu würdigen im Stande sein. Daß wir einen Arbeiter, der wissenschaftlich falsche Thatsachen öffentlich über uns behauptet, nicht behalten können, liegt auf der Hand. Wir werden auch in Zukunft hiernach handeln. Wir sind gern bereit, jedem, der sich dafür interessiert, die Beläge für unsere Behauptungen bei uns zu erbringen und überlassen es getrost der Öffentlichkeit und jedem rechtlich denkenden Menschen, zu beurtheilen, ob wir oder die entlassenen Brauer im Recht sind.“

Die Tapeziret Stettins befinden sich, wie uns der Vertrauensmann der Berliner Tapeziret mittheilt, in Differenzen mit ihren Prinzipalen. Ein partieller Streik gelte für die nächsten Tage als bevorstehend. Die Berliner Kollegen möchten dies beachten.

In Karlsruhe haben, wie Herold's Bureau telegraphirt, sämtliche Arbeiter der Marmorwaaren-Fabrik von Rupp u. Miller die Arbeit wegen Lohnsdifferenzen niedergelegt.

Hachvereine für Fuhrleute und Ziegelei- und Erdbarbeiter sind unter Mitwirkung des Sekretärs Märtenz vom Gewerkschaftsbundes-Komitee in Zürich gegründet worden. Von den Ziegelei- und Erdbarbeitern haben sich bereits 77 Mann dem neuen Verein angeschlossen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Bresden, 7. Februar, 10 Uhr 40 M. (Privat-Telegramm.) Sechs große Volksversammlungen, davon vier in den größten Sälen, erheben Protest gegen die Regierungsvorlage, welche das Dreiklassen-Wahlrecht einführen will. Alle Versammlungen waren überfüllt und nahmen begeisterten Verlauf. Eine scharfe Protestresolution wurde einstimmig angenommen. Die Versammlung im Trianon, wo Generalsprach, wurde von der Polizei aufgelöst. Imposanter Verlauf.

Machen, 7. Februar. (B. L. B.) Die königliche Eisenbahn-Betriebs-Inspektion II macht bekannt: Heute Vormittag gegen 9 1/2 Uhr entgleite auf der Strecke zwischen Montjoie und Kallherberg der nach St. Witz gehende Personenzug. Der Lokomotivführer leicht verletzt. Verletzungen von Reisenden sind nicht vorgekommen. Der Verkehr wird durch Umsteigen ausrecht erhalten.

Samborg, 7. Februar. (B. L. B.) Der Baumeister Reuter war au grund des Ansturzes eines von ihm geleiteten Neubaus, wodurch eine Person getödtet und 21 verletzt worden sind, im Juni vorigen Jahres verhaftet worden; heute ist derselbe von der Anklage der fabrikründigen Tödtung freigesprochen worden, und zwar wurde dies Erkenntniß damit begründet, daß die Aussagen der Sachverständigen von einander zu weit abgewichen seien.

Lemberg, 7. Februar. (B. S.) Der Ausstand der Schriftsetzer ist beendet.

Lemberg, 7. Februar. (B. S.) Die beiden Chefs des falliten Bankhauses Goldstein u. Löwenherz wurden auf Veranlassung des Justizministers verhaftet.

Amsterdams, 7. Febr. (B. L. B.) Wie das „Handelsblad“ erzählt, haben der Kapitän und die Aeder des Dampfers „Coralie“, welcher im Februar v. J. mit dem Lloyddampfer „Eibe“ zusammengestoßen war, gegen des Urtheilspruchs des Rotterdammer Gerichtshofes bei dem Appellgerichtshof in Haag Berufung eingelegt. Der Anwalt Thorbecke wird die Appellirenden und der Rotterdammer Schöffe von Raalte den Norddeutschen Lloyd vertreten.

Paris, 7. Februar. (B. L. B.) In dem parlamentarischen Ausschusse für Arbeitsfragen erklärte heute der Minister des Aeußeren Verthelet, das Völkerecht gestatte die Einführung einer Steuer auf ausländische Arbeiter nicht. Der Minister belämpfte ebenso den Vorschlag, eine Steuer von Arbeitgebern zu erheben, welche ausländische Arbeiter beschäftigen, da dies zu Gegenmaßnahmen führen würde. Die Kommission verwarf darauf jede Sonderentzerrung ausländischer Arbeiter.

Madrid, 7. Febr. (B. S.) Hier rief es große Bestürzung hervor, daß die Senatskommission in Washington die kubanischen Insurgenten als kriegsführende Macht anerkannt hat. Gegen diese Entscheidung lesen die Blätter „Epoca“, „Ceralt“ und „Correo“ energischen Protest ein und verlangen von der spanischen Regierung, daß die spanische Flotte nach Amerika geschickt werden solle, um den Beschluß der Washingtoner Senatskommission rückgängig zu machen.

Belgrad, 7. Februar. (B. S.) Die Regierung ertheilte dem Beschluß der Stuyfsaina wegen des Anschlusses der Eisenbahn Baljevo-Belgrad an die Kosnische Bahn ihre Zustimmung.

Uras, 7. Februar. (B. L. B.) In den Kohlengruben von Doures stieß ein Bahrschub, welcher Grubenarbeiter zu Tage förderte, gegen einen hinabfahrenden Fahrschl. Bei dem Zusammenstoß wurden 4 Personen getödtet und 5 verwundet.

Der Inhaber der Anstalt: Th. Glöde in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 33.

Sonntag, den 8. Februar 1896.

13. Jahrg.

Reichstag.

54. Sitzung vom 7. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Fürst v. Hohenlohe, v. Bötticher, Graf v. Posadowsky.

Das Haus erledigt zunächst in dritter Berathung die Zusätzlichen Erklärungen zu dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahn-Frachtverkehr vom 14. Oktober 1890 und den Gesetzentwurf betr. die Kontrolle des Reichshaushalts, des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen und des Haushalts der Schutzgebiete für das Etatsjahr 1895/96.

Darauf kommt folgende Interpellation zur Verlesung: Welche Anordnungen hat der Herr Reichskanzler infolge der am 14. März 1894 vom Reichstag beschlossenen Resolution, betr. die Aufhebung der gemischten Privat-Transitlager und des denselben, sowie den Inhabern von Mühlen gewährten Zollkredits getroffen?

Der Staatssekretär Graf v. Posadowsky erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung derselben erhält das Wort

Abg. Graf Schwerin-Ludwig (DL): Wir haben zuversichtlich erwartet, daß die verbündeten Regierungen unserer vor zwei Jahren gefassten Antrag annehmen würden; wenigstens müßten wir das nach den entgegenkommenden Erklärungen ihrer Vertreter annehmen. Bei der Aufhebung des Identitätsnachweises hat die Regierung ebenfalls erklärt, daß die Transitlager und der Zollkredit beseitigt werden würden; nur aus diesem Grunde haben mehrere meiner Freunde für die Aufhebung des Identitätsnachweises gestimmt. Unser Vertrauen ist leider getäuscht worden. Der Reichstag hat beschlossen, daß die gemischten Transitlager nur aufrecht erhalten werden sollen, soweit sie dem auswärtigen Verkehr dienen; für den inneren Verkehr sollen sie nicht mehr zugelassen werden. Von einer auch nur theilweisen Ausführung dieses Beschlusses ist aber nichts bekannt geworden; es bestehen 227 gemischte Transitlager und 150 Mühlenkonten ruhig weiter, welche Zollkreditanstalten sind, die mit Reichsgeld spekulieren. Der Landwirtschaftsminister hat im preussischen Abgeordnetenhause sich auch für die Beseitigung der Transitlager ausgesprochen, als er die kleinen Mittel aufzählte, die er anwenden wolle, da es mit den großen Mitteln zur Hilfe der Landwirtschaft nicht sei. Der Antrag Paasche will ja auch in dieser Beziehung Veränderung schaffen. Wir werden unsere Stellungnahme zu demselben abhängig machen von der Antwort, welche die verbündeten Regierungen heute geben werden. Die Inhaber von Mühlenkonten, denen der Zoll Monate lang gestundet wird, sparen an jeder Tonne etwa 1 M.; die Konkurrenten, welche kein Mühlenkonto haben, sind dadurch benachtheiligt. Die großen Mühlen brauchen infolge des Kredits nur 2% des Kapitals, welches eigentlich erforderlich wäre. Der Schwerpunkt liegt aber nicht in den gemischten Transitlagern. Wir sind gespannt auf die Antwort, welche uns die Regierung erteilen wird. Sie hat hier eine Gelegenheit, wie niemals zuvor, zu zeigen, daß das eintritt, was der Finanzminister Miquel vor zwei Jahren angekündigt hat, daß nämlich einer Periode der Bevorzugung der Handelsinteressen eine Periode der Bevorzugung der Landwirtschaft folgen werde. (Hört! rechts.) Es stehen hier die Interessen der Getreideproduzenten und Großmühlenbesitzer den Interessen der Landwirthe und der kleinen Mühlenbesitzer gegenüber. Von der Antwort der Regierung werden wir unsere weiteren Anträge abhängig machen. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Durch die Aufhebung des Identitätsnachweises wurde ungewiss, ob der Zollschutz voll erreicht. (Sehr wahr! rechts.) Die verbündeten Regierungen, vernehmen trotz der zögernden Stellung, welche sie gegenüber den gemischten Privat-Transitlagern eingenommen haben, nicht, daß die Lagerung großer unverzollter Getreidemengen eine schädigende Wirkung auf den Preis ausüben kann. Rein theoretisch kann man allerdings das Getreide 5 Jahre unverzollt auf einem gemischten Privat-Transitlager liegen haben; auf jeden Fall ist der Zoll nur von der Quote zu entrichten, welche ins Inland übergeführt wird. Die Erwägungen haben nicht dazu geführt, einen großen Aufzug zu bauen, wie Graf Schwerin meinte, wohl aber hat sich der Reichskanzler veranlaßt gesehen, eine schärfere Kontrolle über den Verkehr auf den gemischten Privat-Transitlagern ausüben zu lassen. Zu diesem Zweck ist zunächst eine Statistik aufgestellt. Aus dieser hat sich ungewiss, ob es sich um einen erheblichen Theil der gemischten Transitlager eine Ausfuhr überhaupt nicht hat (Hört! Hört!). Sondern daß sie lediglich benutzt werden, um eine größere Zollvergünstigung zu erhalten. Der Bundesrath hat unterm 9. Mai 1895 beschlossen, daß in Zukunft nach Abschluß des Kalenderjahres eine Statistik über den Verkehr auf den gemischten Privat-Transitlagern aufgestellt wird und hat ferner beschlossen, daß die Genehmigung zur Lagerung von Getreide in Privat-Transitlagern in der Regel zu entziehen ist, wenn die letzteren nur für den Abfuhr nach dem Inlande benutzt werden. Im ganzen Reichsgebiete haben wir 202 Transitlager, welche auf 89 Ortschaften vertheilt sind; in Preußen bestanden 1894 129 gemischte Privat-Transitlager und von dem Bestand, der sich auf diesen bezog, wurden an Weizen 30 pCt., an Roggen 11 pCt. und an Hafer 32 pCt. ausgeführt; der übrige Bestand wurde ins Inland übergeführt. Im übrigen Reich gab es 73 gemischte Privat-Transitlager; von diesen wurden ausgeführt 35 pCt. Weizen, 5 pCt. Roggen und 83 pCt. Hafer. Ueber die gemischten Privat-Transitlager ist in landwirthschaftlichen Kreisen eine ziemlich lebhaft Debatte entbrannt, aber auch hier hat man die ernstlichen Bedenken gehabt, sie schon jetzt allgemein aufzuheben. Die Statistik wird Anlaß sein, daß der Reichskanzler beim Bundesrath beantragen wird, eine ganze Anzahl Privat-Transitlager, die nur benutzt werden zum Zwecke der Zollbegünstigung, schließen zu lassen. (Zustimmung.)

Ich komme nun zu den Mühlenkonten. Die Kreditfrist für diese ist von 7 Monate auf 4 Monate verkürzt. Der Zweck der Mühlenkonten war, die Mühlen-Exportindustrie zu heben, da die Mühlenindustrie wegen des schlechten Exportes auf den einheimischen Markt drückte. Das damalige Gesetz fand die ausländische Billigung der Vertreter der Landwirtschaft. Nachdem jetzt die Kreditfrist so wesentlich verkürzt ist, wird man sagen können, daß die großen Konten nicht mehr das Interesse haben wie früher; denn ihre Lage ist nicht wesentlich besser als die derjenigen Mühlen, welche zum allgemeinen Zollkredit einführen. Wir hatten in Deutschland 1894—95 149 Kontenmühlen, 549 Millionen Kilogr. Roggen sind eingeführt, davon sind 37 pCt. ausgeführt und 63 pCt. verblieben im Inlande. Der Reichskanzler hat sich an die verbündeten Regierungen mit dem Ersuchen gewendet, solche Kontenmühlen, welche nicht mehr exportieren, zu schließen. 38 Konten sind infolge dessen geschlossen worden. Ich glaube, das ist zunächst ein ganz erheblicher Erfolg, den Ihre Resolution gehabt hat. Ob man weiter geht und zwar so weit, alle gemischten Transitlager und Mühlenkonten aufzuheben, das kann ich heute noch nicht versprechen.

Auf Antrag des Abg. Richter wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Richter (rs. Bg.): Daß man die Transitlager gar nicht gebraucht, kann nur einer behaupten, der die thatsächlichen Vorgänge nicht kennt. Wenn ein Getreidebändler 200 Waggons Getreide bekommt, so muß er 7000 M. Zoll zahlen. Wenn der Zoll baar bezahlt werden muß, dann wird das Getreidegeschäft sich in den Händen der reichen Leute konzentriren zum Schaden der Landwirtschaft. (Sehr richtig! links.) Das wollen wir aber nicht. Verwunderung erregt es im Lande, daß nicht bloß der Bund der Landwirthe, sondern auch die National-liberalen mit solchen Anträgen kommen. Was denkt Herr Paasche sich von seinem Antrage? Soll für Getreide der Zollkredit überhaupt beseitigt werden? Soll für Getreide eine Ausnahme gemacht werden?

Abg. Paasche (natl.): Wir müssen, da die Handelsverträge eine Aenderung des Zolles oder ähnliche Maßregeln nicht zulassen, dafür sorgen, daß das ausländische Getreide nicht privilegirt wird vor dem inländischen. Wir wollen nicht die Großhändler privilegiren; das Gegenheil ist der Fall, denn das heutige System schädigt die kleinen Händler und Müller (Widerspruch links.) Wird der Zollkredit beseitigt, dann kommen die lokalen Besitzverhältnisse wieder zur Geltung. Natürlich wird dazu noch weiter eine Reform des Getreideterminhandels notwendig sein; dann machen wir uns vom spekulativen Weltmarkt wieder frei. Die Antwort des Herrn Staatssekretärs ist erfreulich, weil sie bei gesunder Prüfung dahin führen wird, daß wir noch weiter die Transitlager aufheben. Eine theilweise Aufhebung derselben ist gefährlich, dadurch werden einzelne Landestheile geschädigt. Entweder alle aufheben oder alle lassen!

Preussischer Regierungsrath Courad: Vom Standpunkt der landwirthschaftlichen Verwaltung ist dagegen Werth zu legen auf das Fortbestehen der Lager, welche lediglich dem Export dienen, also den großen Lagern in Danzig, Königsberg, Memel etc. Hierin befindet sich der Minister in Uebereinstimmung mit den Vertretern der Landwirtschaft des Ostens.

Abg. v. Pöhl (L): Wir sind dem Grafen Posadowsky dankbar für seine Mittheilungen, die bisher noch wenig bekannt waren; wir sind dankbar dafür, daß ein Theil der Transitlager bereits aufgehoben ist. Wir hoffen, daß die verbündeten Regierungen auf diesem Wege weiter gehen. Die gemischten Transitlager und die Mühlenkonten sind schädlich für die Landwirtschaft, für die kleinen Mühlen und für den kleinen Handel. Die 202 Transitlager führen nur 20 pCt. in das Ausland aus. Wenn wir genauere Zahlen bekommen könnten, so würde sich zeigen, daß die im Herzen Deutschlands liegenden Lager fast gar nichts nach dem Auslande abgeben. Wir wollen die Erwägung anstellen, ob es für die Seehandelsstädte nützlich ist, die Transitlager aufrecht zu erhalten. Nicht ganz einverstanden bin ich mit der Ausführung des Grafen Posadowsky, daß der größte Umsatz den höchsten Preis mit sich bringt. Der große Umsatz in Berlin hat die Preise gedrückt, und nach den Berliner Seehandelspreisen, die dadurch gedrückt werden, daß Cohn und Rosenberg mit Zollkredit fixen, richtet sich der ganze Handel. Auch die Mühlen führen nur 37 pCt. der Waare aus. Durch die Zollkredite für die großen Mühlen werden die kleinen und mittleren Mühlen schwer geschädigt. Die großen Mühlen vermahlen russische Mele, die sie zollfrei beziehen, und bei der Ausfuhr des Mehles erhalten sie den Zollschein. Redner erklärt sich für den Antrag Paasche und hofft auf eine Aenderung des Borsengesetzes in seinem Sinne. Die Erklärung über die Währungsfrage, die im Abgeordnetenhause abgegeben war, haben wir gehört; wir wissen aber nicht, wie wir daran sind mit dieser Sache. Es kann sich inzwischen noch manches ereignen, denn das Rad der Zeit läuft schnell, die Erklärung kann auch noch hinfällig werden. Die Aufhebung des Identitätsnachweises ist nicht der Landwirtschaft zu Gefallen gekommen, sondern als Handelsgeschäft im Interesse der Handelsverträge. Der Osten wurde geschädigt durch die Aufhebung der Staffeltarife. (Sehr richtig! rechts.) Die Zentalkassenvereine haben wir dankbar akzeptirt, aber dem kleinen Landwirthe, dem Bauer, kann sie nicht helfen. Die kleinen Mittel, z. B. die Sicherung der Zahlung der Grundsteuer, die von liberaler Seite beantragt ist, haben wir nicht erhalten; auch die Beschlüsse des Reichstages sind noch nicht alle ausgeführt worden, trotz dem, daß die Regierung auf den Reichstag beruft. Unter den Börsenpreisen verliert das ganze Land.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt, daß die Firma Cohn u. Rosenberg keinen Zollkredit gehabt hat, sondern den Zoll baar bezahlt. Die Humboldt-Mühle hat ein Mühlenkonto wie alle anderen Mühlen. Dabei hat eine außerordentliche Unterstützung und Zollerleichterung nicht stattgefunden. Das aus zollfrei eingeführter Mele Mehl hergestellt und exportirt wird gegen Zollschein, ist nicht möglich; denn Getreide, welches keinen Zoll gezahlt hat, kann auch nicht gegen Zollschein ausgeführt werden.

Abg. Meyer-Halle (rs. Bg.): Die Mühlenkonten haben weiter keinen Zweck, als daß die Müller nicht einen Zoll auslegen, zu dessen Entrichtung sie garnicht verpflichtet sind. Daß einzelne Mühlen ihr Konto mißbraucht haben, war mir unbekannt; die Regierung kann diesem Mißbrauch entgegenreten. Daß die kleinen Mühlen im Rückgang begriffen sind, wird niemand bestreiten; die großen leisten besseres als die kleinen, denn nur die großen können das Getreide vollständig reinigen. Welcher Nutzen würde daraus für die Landwirtschaft entstehen, wenn die Transitlager aufgehoben würden? Dann bleiben die Freihäfen der Nordsee übrig, wo alles das geschehen kann, was jetzt in Danzig und Memel geschieht. Die künstlichen Eingriffe in die Preisbildung wirken schlecht. Das wird sich auch bei der Borsengesetzgebung zeigen.

Abg. Graf Kanitz (L): Das interessanteste an der heutigen Debatte war die Mittheilung des Herrn Staatssekretärs, daß der Getreidezoll jetzt voll zum Ausdruck komme. Die Beseitigung der gemischten Transitlager wird der westlichen Landwirtschaft noch mehr zu gute kommen als dem Osten; denn die Wasserstraße des Rheins ist die gefährlichste Einbruchsstelle für das ausländische Getreide.

Abg. Zinnla (Z): Wir wollen den großen Mühlen nicht zu allen Vortheilen des Großbetriebes auch noch die Zollbegünstigung gewähren.

Abg. Graf Arnim (Rp.): Daß die großen Mühlen nur gesundes Getreide verarbeiten ist durchaus nicht sicher. Daß ausländisches Getreide mit Bakterien befallt ist, ist festgestellt und es ist auch erst noch zu untersuchen, ob nicht Getreide, das Monate lang gelagert hat, gesundheitschädlich ist. Von den unterwertigen Sorten kommt sehr wenig zum Export, es bleibt in Deutschland. Daß die kleinen Müller das Getreide nicht so gut reinigen können wie die großen ist nicht richtig. Aber die kleinen Müller können nicht konkurriren mit den Mühlen, welche Zollbegünstigungen genießen und Schiffsladungen verarbeiten können.

Staatssekretär v. Bötticher erklärt auf eine nebensächliche Anregung des Grafen Kanitz, daß demnächst Verhandlungen über die Umänderung der Reichsstatistik eingeleitet werden sollen; dabei werde er gern Gelegenheit nehmen, auch die Frage zu prüfen, ob wieder die Einfuhr nach Grenzorten geschieden ausgeführt werden könne.

Abg. Graf Schwerin bemerkt gegen Richter, daß er schon vor zehn Jahren in landwirthschaftlichen Versammlungen für die Aufhebung des Identitätsnachweises öffentlich eingetreten sei; er könne also dem Abg. Richter eine Priorität des Verständnisses für diese Sache nicht zubilligen. Im Gegentheil zum Grafen Kanitz erklärt sich Redner für die Aufhebung aller Transitlager.

Damit schließt die Debatte, die Interpellation ist erledigt. Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonntag 1 Uhr. (Dritte Lesung des Antrages Barth wegen Aenderung des Wahlgesetzes; Antrag wegen des Vereinsrechts und Antrag wegen Aufhebung des Impfwanges).

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission begann in ihrer Sitzung am Freitag die Berathung des Etats des auswärtigen Amtes. Bei Titel I (Gehalt des Staatssekretärs) richtete Abg. Dr. Lieber (Z.) an den Minister die Frage, ob die alarmirenden Nachrichten, welche bezüglich der beabsichtigten Vergrößerung der Flotte durch die Presse gegangen sind, irgend eine Unterlage hätten und ob namentlich die Regierung die Absicht habe, nach dieser Richtung hin vorzugehen. Redner spricht sich energisch gegen derartige Pläne aus, die einen abentheuerlichen Charakter trügen und geeignet seien, die auswärtige Politik Deutschlands zu kompromittiren. Nach Ansicht des Redners würde sich nie ein deutscher Reichstag finden, der eine derartig uferlose Flottenpolitik gutheißt.

Der Staatssekretär v. Marshall gab hierauf folgende Erklärung ab:

„Dem Reichstage werde in dieser Session eine über den gegenwärtigen Etat hinausgehende Forderung für Marinezwecke nicht vorgelegt werden. Schon seit geraumer Zeit bilde die Frage einer stärkeren Vermehrung der Flotte Gegenstand der Erwägungen der betheiligten Ressorts. Der Zeitpunkt, wann dieselben zum Abschluß gelangen würden, sei noch nicht bestimmbar. Ihr Ergebnis werde seiner Zeit den verbündeten Regierungen und sodann dem Reichstag und zwar in einer Form unterbreitet werden, welche volle Klarheit gewähre sowohl über die Bedürfnisfrage und die angestrebten Ziele, wie über die finanziellen Mittel, welche für die Gegenwart und die Zukunft an einmaligen und fortwährenden Ausgaben erforderlich würden. Vom Standpunkt des auswärtigen Amtes könne vorläufig nur betont werden, daß das Bedürfnis erst nach Vermehrung unserer Flotte, insbesondere an Kreuzern, sich seit vorigem Jahre nicht nur nicht vermindert, sondern im Gegentheil erheblich vermehrt habe. Dies beruhe nicht etwa auf einer Aenderung unserer überseeischen oder überhaupt unserer auswärtigen Politik; eine solche sei weder eingetreten noch beabsichtigt; vielmehr seien die im vorigen Jahre entwickelten und vom Reichstage gebilligten Gesichtspunkte maßgebend geblieben; es handle sich um Sicherung unserer Kolonien, um Erhaltung und Befestigung der deutschen Autorität daselbst und dann darum, die Deutschen im Auslande und unsere überseeischen Interessen, vornehmlich unseren Handel und unsere Schifffahrt nach Maßgabe der Verträge und des Völkerrechts wirksam zu schützen. Die Steigerung jenes Bedürfnisses entspringe auch nicht einzelnen Vorgängen der jüngsten Zeit, sie habe sich vielmehr organisch entwickelt aus der stetigen Zunahme unserer überseeischen Interessen, insbesondere aus der Ausfuhr deutscher Produkte nach fernem Ländern, welche im vergangenen Jahr einen besonderen Aufschwung genommen habe. Daß die deutsche Flotte mit der Zunahme jener Interessen gleichen Schritt halte, sei eine Forderung, welcher das Reich sich nicht entziehen könne. Die nähere Darlegung dieser Gesichtspunkte werde für die Berathung des Marine-Etats vorgehalten sein.“

Abg. Richter ist durch die Erklärung des Staatssekretärs nicht beruhigt; dieselbe lasse befürchten, daß die Marinepläne nur vorläufig zurückgestellt aber nicht aufgegeben seien. Redner weist auf den Zusammenhang der in der Presse von Flottenentwürfen gemachten Propaganda für eine Marineverlängerung mit den Intrigen gegen bestimmte Staatsmänner hin, die zu beseitigen gewisse Parteien alles ausbieten. Abg. v. Kardorff hat von Intrigen gegen den Reichskanzler und den Freiherrn v. Marshall keine Ahnung, ist aber der Meinung, daß unsere Flotte verstärkt werden müsse, um nöthigenfalls einen Seekrieg mit England bestehen zu können. Abg. Dr. Hammacher findet die Erklärung des Ministers sehr beruhigend; dieselbe giebt Sicherheit dafür, daß Pläne von so weittragender Bedeutung, wie sie von Kolonial- und Flottenschwärmern gefordert werden, von der Regierung nicht beabsichtigt seien. Abg. v. Massow bezweifelt, daß die Erklärung des Staatssekretärs die Beunruhigung vor weitgehenden Marineforderungen zu beseitigen im Stande ist. Redner wird sich jedoch durch die Erörterungen in der Presse nicht abhalten lassen, Forderungen zu bewilligen, wenn sich deren Nothwendigkeit erweist, und behält sich die Prüfung etwaiger Forderungen vor.

Abg. Dr. Hammacher wünscht Auskunft über das jetzige Verhältnis Deutschlands zu England. Der Staatssekretär bittet, die Frage im Plenum an ihn zu richten, da er bei der Wichtigkeit der Sache und um jedes Mißverständnis durch Zeitungsberichte zu vermeiden, die Angelegenheit im Plenum, wo seine Ausführungen stenographisch festgelegt werden, zu besprechen wünscht.

Abg. Weber führt aus: Er würde hier keine Debatte über die auswärtige Politik veranlassen, nicht weil er sie für überflüssig, sondern umgekehrt, weil er sie für sehr notwendig halte, aber er wolle sie nicht in der Kommission, sondern im Plenum. Hätte der Staatssekretär nicht die Erklärung abgegeben, daß er auf die Anfrage des Dr. Hammacher bezüglich Transvaal Antwort im Plenum geben werde, würde er von unserer Seite dazu veranlaßt worden sein. Aber man werde sich dann nicht bloß auf die Vorgänge in Transvaal beschränken, sondern das ganze Gebiet der auswärtigen Politik in den Kreis der Erörterungen ziehen. Das sei notwendig. Die auswärtige Politik könne nicht von den Bedürfnissen des Marine-Etats aus beurtheilt werden, sondern umgekehrt, und darum sei es notwendig, die auswärtige Politik ausführlich zu behandeln. Die Erklärung des Staatssekretärs, in der Daltung der auswärtigen Politik sei im letzten Jahre keine Aenderung eingetreten, halte er für falsch. Die auswärtige Politik Deutschlands sei vielmehr so unsicher und unberechenbar geworden, daß kein Mensch mehr mit Sicherheit sagen könne, was Deutschland thue. Es seien da Inzidenzen im Spiel, die mal stark unter die Lupe zu nehmen seien, sie hätten auch in der Transvaalfrage eine Rolle gespielt und es hätte sich da gezeigt, daß Faktoren mitspielten, die uns besüchtern ließen, über Nacht in eine Katastrophe gerissen zu werden. Der Reichstag habe also alle Ursache, sich mit den Fragen genau zu beschäftigen und möglichst vorzugehen, sonst kände er eines Tages vor einem fait accompli, das zu beseitigen die Majorität des Reichstages zurückzubreche. Er könne auch nicht zugeben, daß die Erklärung des Staatssekretärs in bezug auf die Flottenverlängerung beruhigend sei. Die Erklärung sei allerdings sehr reservirt und vorständig gehalten, aber sie enthalte zwischen den Zeilen alles, was am 18. Januar in jener bekannten Programmrede — so muß er sie bezeichnen —

gefordert worden sei. Dort habe man dem greater Britain das greater Germany gegenübergestellt, da müsse man wissen, wo man hinaus wolle. Man spreche freilich geringschätzig von den paar hundert Marine-Enthusiasten, die keine Majorität im Reichstage fänden. Dieser Meinung sei er auch, aber unter diesen paar hundert Marine-Enthusiasten befände sich ein Marine-Enthusiast, der gefährlicher sei als alle anderen. (Große Heiterkeit.) Vergewärtige man sich dieses in Verbindung mit dem fortgesetzten Drohen mit dem Staatsstreich, der gegenüber einem nicht gefügigen Reichstage eintreten sollte, so sei auch hier Grund zur Martheilung vorhanden. Schließlich wendet sich Redner gegen den Abg. v. Kardorff, der hier in bezug auf unsere Stellung zu England Anschauungen entwickelte, die er für unmöglich gehalten habe. Er widerstehe der Versuchung, das Gebiet der auswärtigen Politik weiter zu betreten, er werde darauf im Plenum zurückkommen. Da sich Herr v. Kardorff auch als ein Mann von internationalen Beziehungen entpuppt habe, so hoffe er, bei ihm eine mildere Beurteilung zu finden, wenn die Sozialdemokratie künftig sich auch ihrerseits einmal auf ihre internationalen Verbindungen beziehe.

Abg. Prinz v. Krenberg glaubt, daß die Flotten-Enthusiasten keinen Boden im Volke haben und erwartet, daß die Regierung, wenn etwa eine Marinevorlage beabsichtigt sei, bei deren Einbringung auch über die Mittel zur Deckung der Kosten Vorschläge gemacht werden. Auf die Art, wie es bei der letzten Militärvorlage geschehen sei, erst die Verstärkung zu beschließen und dann nach Deckungsmitteln zu suchen, könne und dürfe sich der Reichstag ein zweites Mal nicht einlassen. Die weitere Behandlung der Angelegenheit wurde dem Plenum vorbehalten.

Abg. Richter fragt, ob der Staatssekretär die Verantwortlichkeit für das vom Kaiser an den Präsidenten der Transvaalrepublik gerichtete Telegramm übernehme und damit die Privatäußerung des Kaisers zu einem Staatsakte machen wolle, für welchen die Minister die Verantwortung der Vollvertretung gegenüber zu tragen haben. Der Staatssekretär bejaht diese Frage in vollem Umfange. Abg. Dr. Hammacher wünscht über die Transvaal-Angelegenheit die Vorlage eines „Weißbuchs“ (amtliche Darlegung der Regierung über die Vorgänge), damit der Reichstag in der Lage sei, die Behauptungen der englischen Presse auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Der Staatssekretär ist nicht abgeneigt, den Wunsch zu erfüllen, behält jedoch die Entscheidung dem Reichsfinanzminister vor. Abg. Dr. Hammacher erkundigt sich nach dem Stande der Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Japan. Der Staatssekretär behauptet, daß die Verhandlungen wieder aufgenommen sind und sich dem Moment definitiver Entschlüsse nähern. Hierauf wurde Tit. I bewilligt. Im weiteren Verlauf der Beratung besprach Abg. Singer bei dem Staatssekretär Gehalt des Gesandten in Athen das Verhalten der Regierung bei der Verhaftung des Freiherrn von Hammerstein. Redner nahm bezug auf die Zeitungsnachrichten, wonach die griechische Regierung zwar die Auslieferung D's abgelehnt, jedoch seine Ausweisung aus Griechenland verfügt habe. Singer fragt, ob die Ausweisung D's der griechischen Regierung durch den deutschen Gesandten nahegelegt worden ist. Sollte dies der Fall sein, so müsse solches Verfahren entschieden gemißbilligt werden, denn die deutsche Regierung habe kein Recht, eine an sich wünschenswerte Maßregel — die Verhaftung Hammerstein's — mit unzulässigen und namentlich in ihren Konsequenzen sehr bedenklichen Mitteln zu betreiben. Solche Handlungen müßten schon um deswillen bekämpft werden, um jede etwaige Anwendung derselben auf politische Flüchtlinge unmöglich zu machen. Wenn die Regierung sich dazu herbeilasse, bei Reichsangehörigen, deren Auslieferung sie nicht erreichen, die Ausweisung zu betreiben, so könne damit arger Mißbrauch getrieben werden. Der Staatssekretär gab hierauf eine Darstellung der Vorgänge bei der Verhaftung des Freiherrn v. Hammerstein, aus welcher hervorging, daß die griechische Regierung die Auslieferung D's rundweg abgelehnt hat. Ob die Ausweisung D's aus Griechenland auf Betreiben des deutschen Gesandten oder aus freier, nur von der Regierung Deutschland eine Gefälligkeit zu erwirken, beifügtem Entschluß erfolgt ist, war aus den Ausführungen des Staatssekretärs nicht ersichtlich. Am Schluß seiner Ausführungen betonte Herr von Marschall allerdings, daß die griechische Regierung den Freiherrn v. Hammerstein schwerlich des Landes verwiesen haben würde, wenn es sich nicht um gemeiner Verbrehen und Vergehen um politische Vorgänge gehandelt hätte. Nachdem sämtliche Forderungen für Gesandtschaften und Konsulate bewilligt waren, wurde die weitere Beratung des Etats wegen Beginn der Plenarsitzung auf nächsten Dienstag Vormittag vertagt.

Die Konstituierung der Kommission des bürgerlichen Gesetzbuchs fand am Freitag statt. Die Nationalliberalen, die schon während der Plenarberatung im Reichstag und vor allem in ihren Presseorganen ihren „patriotischen“ Empfindungen Ausdruck zu verleihen bemüht waren, wollten — in Abweichung von dem parlamentarischen Gebrauch, nach dem der Vorsitz in den Kommissionen der Stärke der Fraktionen entsprechend abwechselnd den verschiedenen Fraktionen übertragen wird und nach dem der Vorsitz in dieser Kommission dem Zentrum, die Stellvertretung im Vorsitz der freisinnigen Partei zufiele — den Vorsitz ihrem Fraktionsgenossen von Bennigsen übertragen, damit der „Reichsgedanke würdig“ vertreten sei. Diese wunderliche Annahme wollten sich die anderen Parteien natürlich nicht gefallen lassen. Infolge dieser nationalliberalen Stänkereie mußte aber bei Konstituierung der Kommission statt Klammation Zettelwahl stattfinden. Das Ergebnis der gestrigen Konstituierung war ein gründliches Plaisir der nationalliberalen Annahme. Es erhielten als Vorsitzende Stimmen: Abgeordneter Spahn 12, von Bennigsen zwei, von Buchla 4 Stimmen. Zum Vorsitzenden ist mithin Abg. Spahn (Z.) zum Stellvertreter wurde Abg. Rauffmann (sf. Ap.) gewählt. Der Kommission gehören als Mitglieder an: Spahn, Bachem, Gröber, Lerno, Schädler, Lieber, v. Gütlingen, v. Bernstorff, v. Buchla, Himmelfarb, v. Normann, Frohme, Stadthagen, v. Volksglegler, Förster (Antifem.), Rauffmann, Mündel, Schröder, v. Bennigsen, v. Cuny, Gnnecerus. Es wurden zu Schriftführern gewählt: von Bernstorff, Lerno, v. Volksglegler und Stadthagen. — Die Nationalliberalen und die Konservativen streikten.

Die Justizvollstreckungskommission trendete am Freitag die erste Sitzung, aus der sie bekanntlich das Gerichtsverfassungsgesetz und die Bestimmungen der Strafprozess-Ordnung bis § 300 abgeschlossen hatte. Die zweite Sitzung ist auf Mittwoch, den 12. d. M., anberaumt und wird mit der Beratung des Gerichtsverfassungsgesetzes beginnen.

Zum Antrag, betreffend Abschaffung des Impfgesetzes. Wir erhalten folgende Inschrift:

Bezüglich des dem Reichstage vorliegenden Antrages auf Abschaffung des Impfgesetzes erkläre ich, daß ich meine Unterschrift gegeben habe, um den Antrag zur Debatte bringen zu helfen. Zu den eigentlichen Antragstellern gehöre ich nicht. Meine Name ist durch das Alphabet an die Spitze gekommen. Berlin, 7. Februar 1890. Wilhelm Bloß.

Tokales.

Die Forme der Firma G. Hummel teilen uns mit, daß sich an dem geplanten Fest im Eiseller nur drei Personen beteiligen werden, die übrigen Forme stehen der Sache fern und werden die Solidarität der gesammten Arbeiterschaft wahren. Die paar Feiernenden waren mit dem Jubilar Schulze während des Streiks stehen geblieben.

Die Gntimi-Abteilung der Allg. Elektrizitätswerke in der Ackerstraße veranfaßt heute in den Germania-Sälen einen Maskenball, also in einem Lokal, welches der Arbeiterschaft zu Versammlungen verweigert wird.

Aus der Magistratsitzung vom Freitag. Bekanntlich hat die Stadtverordneten-Versammlung auf Antrag des Stadtverordneten Cassel beschlossen, eine gemischte Deputation einzusetzen, um über die aus Veranlassung des dem preussischen Landtage vorliegenden Lehrerbildungsgesetzes zu unternehmenden Schritte zu beraten. Das Magistratskollegium hat nun in seiner gestrigen Sitzung zu Mitgliedern dieser Deputation die Herren Bürgermeister Kirchner, Stadt-Schulrathe Bertram und Fürstenau sowie die Stadtrathe Dr. Weigert und Wilde gewählt, welche zugleich zu dem am 9. d. M. im Sitzungssaale der Stadtverordneten stattfindenden Städtetage behufs Vereinbarung von gemeinsamen Schritten gegen das erwähnte Gesetz abgeordnet wurden.

Schule und Keinslichkeit. Die „Deutsche Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege zu Berlin“ hat an die hiesigen Behörden eine von ihr unter dem 20. Januar er. gefaßte Resolution übersandt, nach welcher sie es für erforderlich hält, daß die Reinigung der Schulräume täglich, und zwar durch nasses Aufwischen erfolge. Gegenwärtig erfolgt die Reinigung der Schulklassen nur dreimal wöchentlich durch die Schuldiener. Bekanntlich ist im vorigen Jahre in einem Schulkreise hieselbst vom Magistrat veranlaßt worden, die günstige Resultate ergeben haben soll. Das man die größtmögliche Sauberkeit gerade in Schulräumen als etwas selbstverständliches ansehen sollte, haben wir schon bei früherer Gelegenheit hervorgehoben. Es ist nicht sehr ruhmvoll für Berlin, daß Fragen dieser Art überhaupt noch der Erörterung bedürfen.

Die hiesige Tropfenbesitzer-Vereinigung, welche ihre Schuldigkeit in dem verflochtenen Streik der Logameter-Tropfenbesitzer so glänzend bewiesen hat, faßte in ihrer stattgehabten Generalversammlung, wie wir aus dem „Fuhrhalter“ ersehen, folgende niedliche Resolution: „Die Generalversammlung beschließt: Wenn Betriebsstörungen in Aussicht stehen, sofort bei dem Kommissariat für das öffentliche Fuhrwesen vorstellig zu werden dahingehend, daß der dreimonatliche Nachweis sich meldender Kutscher in Wegfall komme und lediglich das Gutachten einer Kommission von drei Mitgliedern (aus dem Vorstande und Ausschußrathe der Genossenschaft) als genügend anerkannt werde.“ — Das wäre eine Kutscherfabrik in optima forma! Unter den Betriebsstörungen sind natürlich Streiks zu verstehen. Ist das Verlangen der Herren Fuhrherren an sich schon ein ungeheuerliches, so wird dasselbe noch ungeheuerlicher dadurch, daß die Kutscherfabrik der Herren Fuhrherren bereits in Thätigkeit treten soll, wenn Betriebsstörungen, d. h. Streiks, in Aussicht stehen! Es ist natürlich ausgeschlossen, daß jemals das Kommissariat für das öffentliche Fuhrwesen diesem Antrage, wenn er gestellt werden sollte, seine Zustimmung geben kann. Immerhin zeigt das Fassen einer solchen Resolution aber die ganze Rücksichtslosigkeit, mit welcher die Fuhrherren den Kutschern gegenüber operieren und diese Rücksichtslosigkeit sollte die Kutscher denn doch endlich veranlassen, sich ein Bollwerk dagegen zu schaffen in einer zeitgemäßen Organisation.

Dem Zentralverein für Arbeitnachweis sind durch kaiserlichen Erlaß vom 16. Dezember 1890 die Rechte einer juristischen Person verliehen worden.

Spezialitäten-Theater. Im Apollo-Theater werden dem großen Publikum, das mit der auf Spezialitätenbühnen gebotenen Kost keinen Bedarf an Kunstgenüssen befriedigt, zur Zeit Leistungen von besonderer Art geboten. Selbstverständlich kommt es auf das Arrangement an, und das wird nach erprobtem Rezept so gestaltet, daß sich um einen „Star“ die minder hervorragenden Nebenrollen harmonisch gruppieren, womit allerdings nicht gesagt ist, daß die Sterne zweiten Ranges in artistischen Leistungen weniger glänzen, als die Hauptattraktion. Die Wendettis, zwei Männer und ein Knabe, geben „karische Spiele“ zum besten, die von einer geradezu erstaunlichen Gewandtheit Zeugnis ablegen; einige Kunststücke, die das Kind ausführte, lassen die Befürchtung aufkommen, daß es diese auf die Dauer ohne Schädigung seiner Gesundheit kaum wird vollbringen können. Die Gebrüder Wills sind tüchtige Parterre-Akrobaten, eine Trapezkünstlerin, Miß Amoras weiß ebenfalls zu „fehlen“, und am Schluß der ersten Abtheilung wird von der Polita-Gesellschaft eine Pantomime „Die tolle Nacht“ ausgeführt, die an grotesker Komik das menschlich Mögliche enthält. Weiter tritt eine internationale Sängerin Dora Barneß mit einem Engroslager funkelnder Diamanten und goldener Arm-bänder auf, vor deren Glanz der Schmelz der Stimme fast verschwindet. Aber das alles ist nur ein Präliminar zu der großen Attraktion, die sich diesmal in Gestalt der Pariser Chansonnette Eugénie Fougère darbietet. Es versteht sich, daß bei solcher Spezialität die Frage, wie die Künstlerin singt, fast ebenso gleichgültig ist, als der Inhalt der von ihr vorgetragenen Lieder, die wahrscheinlich kaum von einem Dutzend der Zuhörer verstanden werden. Hauptsache ist, daß das Publikum möglichst viel zu sehen kriegt. Der Reiz muß stehen, daß die Dame sich reichlich bemüht, ihre Konkurrentinnen in vollendetem Stasie zu übertrumpfen; es wird schwer festzustellen sein, ob die vom Halbe herab unbedeckt bleibenden Partien noch der oberen oder schon der unteren Region ihres Körpers angehören. Der Beifall des Publikums steigert sich je nach der Pikanterie der Gesten vom Sturm bis zur Raserei. Es verlohnt sich, die Gesellschaft in Wonne schmelzen zu sehen, die ganz damit einverstanden ist, wenn die Polizei einem Arbeiterverein die Aufführung eines proletarischen Theatersstücks, in dem selbst ein Mörder nichts Anstößiges entdecken wird, wegen „stiller Bedenken“ verbietet.

Das Reichshallen-Theater besand sich diesen Winter unausgeseht in Schwellen; weder die Beschimpfung des „Vorwärts“ und der Sozialdemokratie, die sich die Direktion nach beschuldigtem Muster im Oktober vorigen Jahres leistete, noch neuerdings das Auftreten der Frau Friedmann konnten Publikum in das einstmal recht beliebte Haus bringen. So tritt denn der Direktor Genée mit Ablauf der Saison zurück. Der neue Pächter ist ein Herr Fränkel, der früher Regisseur an dieser Bühne war. Er will mit Hilfe eines auch in dem Wucherproseß Pariser oft genannten Kapitalisten und Ballhausbesitzers das Theater weiterführen.

Im Amtsbezirk Niddorf-Briß sind im Jahre 1890 zum Zwecke der Nahrungsmittelkontrolle 290 Waarenproben entnommen und chemisch untersucht worden. Davon waren 73 verfälscht oder nachgemacht. Die Kontrolle bezog sich namentlich auf Butter, Schmalz, Milch, Ungarwein, Cognak, Rum, Chokolade, Mehl, Scheidenäpfel, Honig, Pfeffer &c. In 9 Fällen war Butter mit Margarine, in 14 Fällen Schmalz mit Baumwollamen-Del verfälscht; von 30 Proben Milch waren 9 gewässert, von 19 Proben Medizinal-Ungarwein 9 verdorben bezw. verfälscht, von 96 Proben verschiedener Art waren 32 verfälscht. In 27 Fällen sind die betr. Verkäufer bereits gerichtlich verurtheilt worden, in allen übrigen Fällen schwebt das Strafverfahren noch.

Eine obligatorische Fleischschau soll nunmehr auch für den Amtsbezirk Niddorf-Briß, wo bekanntlich nach dem Gutachten eines gerichtlichen Sachverständigen das schlechteste Fleisch konsumirt wird, eingeführt werden.

Von einem bedenklichen Vorkommniß auf der Stadtbahn weiß ein Berichterstatter folgendes zu berichten: Die 14jährige Tochter eines Privatbeamten W., die als Buchhalterin in einem Expeditionsgeschäft in Stellung ist und abends von Station Jannowbrücke bis zur Schopenhauer Allee fährt, verließ am Dienstag Abend mit dem Herdringzuge 7 Uhr 25 Mi-

nuten den ersterwähnten Bahnhof; die junge Dame besand sich in dem Wagenabtheil zweiter Klasse allein, als plötzlich zwischen Weihenstepfer und Brenzlauer Allee die Waggonthür aufgerissen wurde. Es stieg ein Bahnbeamter hinein, der den Mantelknöpfe hoch aufgeschlagen und die Pelzmütze tief ins Gesicht gedrückt hatte; der Fremde setzte sich der jungen Dame gegenüber, knüpfte sofort ein Gespräch an und wurde dabei so ausdrücklich und dreist, daß Fräulein W. gezwungen wurde, das Fenster zu öffnen und um Hilfe zu rufen, worauf der Fremde schleunigst die Koppelthür öffnete und aus dem in voller Fahrt befindlichen Train herabsprang. Auf der nächsten Station verständigte das vor Angst und Scham bebende Mädchen Jungführer und Stationsvorsteher von dem Vorgang, die jedoch die Mittheilung für ganz unglücklich hielten, da ein deraartiger Beamter im Zuge gar nicht mitgeföhren sei.

Am Mittwoch Abend benutzte Fr. W. denselben Zug und diesmal besand sich mit ihr im Wagenabtheil ein Herr, der weit zurückgelehnt saß, so daß er von Draußen nicht zu sehen war. Gleich nachdem der Zug sich in Bewegung gesetzt hatte, sei der geheimnißvolle Beamte wieder gekommen, doch habe er sich entfernt, als die Dame dem Passagier von der Gefährlichkeit des Menschen Mittheilung machte. Eine Verfolgung des Mannes sei nicht möglich gewesen.

Die Ferien der Post-Unterbeamten. Aus geht eine Meldung zu, deren Richtigkeit wir im Augenblick nicht kontrolliren können, die aber dennoch registriert zu werden verdient. Unser Gewährsmann schreibt uns: Die meisten Briefträger der kaiserlichen Postanstalten wollen in diesem Jahre auf den ihnen z. B. bewilligten Urlaub von acht Tagen verzichten, falls ihnen dieselben Bedingungen wie beim ersten Urlaub im Vorjahre gestellt werden. Die Beamten sind nämlich zum großen Theil der Meinung, daß sie durch die Mehrarbeit, die ihnen infolge der Ferien ausgedehnt wird, an ihrer Gesundheit mehr Schaden leiden, als die acht Tage Urlaub Ruhpausen einbringen. Die Beglückten müssen nämlich, wie ja auch im vorigen Sommer berichtet worden ist, den Dienst für die im Urlaub befindlichen Kollegen vollständig mitbesorgen, so daß die Post an ihrem Säckel keinerlei Schaden erleidet. Sie haben während der Ferienzeit zu ihrem so schon überbürdeten Dienst eine erhebliche Mehrbelastung erhalten und sind auch der freien Nachmittagsstunden verlustig gegangen, die ihnen zustehen. Daher der jetzige Entschluß, der nur zu begreiflich erscheint.

Priemer-Hirsch-Hammerstein. Aus einem Interview, das der Berichterstatter eines New-Yorker Blattes mit dem Produzenten Priemer gehalten haben will, führt das Berl. Tabl. u. a. folgendes an: Er habe Freiherrn v. Hammerstein nie persönlich gekannt, das heißt, er habe ihn wohl gesehen, sei ihm aber nie vorgestellt worden. Herr Alexander Hirsch pflegte alle Geschäfte mit ihm persönlich zu erledigen. Hochmal nach der Waise von Herrn Hirsch jun. befragt, zog P. einen Zettel aus der Tasche, der nicht enthielt als die Worte: „34. Febr. Seventeenth Street.“ Die Firma sei durch Hammerstein um 200 000 M. geschädigt. Er selbst sei von Berlin um seiner drückenden Schulden willen fortgegangen. In energischer Weise bestritt P., entfernt worden zu sein, um nicht gegen v. H. Zeugniß ablegen zu müssen; wiederholt betonte er, daß er Unterschlagungen in der ungefähren Höhe von 6700 M. begangen habe. Freilich werde die Firma ihn nicht verfolgen.

Von dem Spielwaarenfabrikanten Max Löhre in Niddorf, Schönweiderstr. 10, sind in letzter Zeit verschiedene Arbeiterinnen arg geschädigt worden. Anfang November stellte der Herr eine Anzahl junger Mädchen an, die bei achtstägiger Lehrzeit einen Lohn von 15 M. monatlich erhalten sollten. Am 30. November wurde ihnen für den Rest des Monats eine Vergütung von 5—6 M. gegeben; am 31. Dezember aber, als der erste volle Monatslohn fällig war, erklärte Löhre den Arbeiterinnen, daß er kein Geld zum Auszahlen habe, sie müßten sich acht Tage gedulden. Die acht Tage gingen vorüber, aber Geld hatte der Unternehmer wiederum nicht. Er redete den Mädchen zu, daß sie bleiben sollten, und diese, die meistens 14—16 Jahre alt und ganz unerfahren waren, ließen sich auch ferner von Woche zu Woche verdrösten. Am Schluß des Monats Januar erklärte der Buchhalter des Herrn Löhre den Mädchen endlich, sie könnten zwar weiter arbeiten, wenn sie wollten, doch getraue er sich nicht, ihnen besonders zu zurede, denn es sei immer noch kein Geld da. Sie könnten sich ihren Lohn nach und nach marktweise abholen; wer aber klage, beläme überhaupt nichts. Die Mädchen rechneten kaum mehr darauf, daß sie jemals ihr Geld bekommen werden. Ein Gewerbegericht, das für Niddorf so notwendig ist, wie selten anderwärts, existirt bekanntlich in diesem Borort nicht, und den um ihren Lohn gebrachten Mädchen bleibt nichts übrig, als den Unternehmer auf ihre Kosten vor das Amtsgericht zu zitiern.

Heber den im Bankhaus S. Fleischer verübten Diebstahl von 100 500 M. werden jetzt folgende Einzelheiten bekannt. Ein Privatier aus Pommern, wahrscheinlich ein „nothdürftiger Ahrarier“, hatte bei genanntem Bankhaus mehrere Millionen Mark in preussischen 4prozentigen Konfols deponirt. Im August v. J. erhielt nun besagte Firma von dem Deponenten den Auftrag, 100 500 M. von seinem Depot an einen Herrn Glas, Weststraße 3 (Hammerbrook) in Hamburg zu senden. Da die Unterschrift des Ordrebriefes mit der des Inhabers des Guthabens genau übereinstimmte, wurde die Ordre in einem Werthbriefe ausgeführt, bald darauf traf auch die Empfangsquitung von Seiten der Hamburger Postbehörde in Berlin ein und war daher hiermit die Sache für das Bankhaus erledigt. Ende Januar dieses Jahres erhielt jedoch S. Fleischer von dem pommerschen Privatier die Anfrage, warum in der soeben erhaltenen Jahres-Abrechnung die Kupons von 100 500 M. fehlten. Darauf erklärte natürlich das Bankhaus, daß diese Summe auf Ordre des Deponenten an Herrn Glas in Hamburg gefandt sei. Ungehindert traf nun ein Schreiben aus Pommern ein, in dem dessen der Privatier erklärte, daß er gar keine Ordre abgefandt habe, auch keinen Herrn Glas in Hamburg kenne. Nun wurde nach dem Ordrebriefe gesucht, derselbe war jedoch verschwunden, wie auch die Kopie des Abgangsbriefes nicht aufzufinden war. Annahme fielen den Chef und dem Prokuristen der Firma das bald nach dieser Affäre erfolgte Verschwinden eines seit 4 1/2 Jahren in untergeordneter Stellung engagirten jungen Mannes auf. Die diesbezüglichen Ermittlungen ergaben, daß der letztere mit einem jungen Mädchen aus Berlin verschwunden war. Wie ferner ermittelt wurde, hatte sich der ungetreue Beamte Ende August vorigen Jahres nach Hamburg begeben und unter dem Namen eines Herrn Glas aus Orfurt in einem Hotel der Weststraße daselbst sich einlogirt. Hier erhielt er kurze Zeit darauf den Werthbrief aus Berlin. Mit demselben verließ er das Hotel, indem er seinen Koffer zurückließ und erklärte, er wolle nur einen Abstecker nach einem Nachbarort machen und bald wieder zurück sein. Der angebliche Glas suchte jedoch das Hotel nicht wieder auf, sondern fuhr am selben Tage mit dem Schnellzuge nach Berlin und nahm hier sofort seinen alten Platz im Geschäft wieder ein, nachdem er sein Ausbleiben mit einem leichten Unwohlsein entschuldigt hatte. Nachdem „Glas“ am andern Tage noch alle Beweisstücke bei Seite geschafft hatte, stoh er mit seiner Geliebten auf den Fuß von deren Bruder unter dem Namen „Fuchs“ als Salonpassagier mit der „Augusta Viktoria“ nach New-York. Von dort aus sandte er die Papiere des Bruders zurück und nun folgte die Mutter und der richtige Fuchs ebenfalls dem Betrüger nach drüben nach. Da derselbe ein halbes Jahr Vorprung hat, dürfte es schwer halten, seiner habhaft zu werden. Daß der Gauner sich Glas nannte, erklärt sich dadurch, daß der Privatier in Pommern vor einigen Jahren das Bankhaus beauftragte, eine Million von seinem Depot auf den Namen seiner Frau, einer geborenen Glas, zu schreiben und die

Sinsen hiervon zu ihrer Verfügung zu halten. Infolge dessen scheint die Firma auch ohne weiteres die 100 500 M. an den mutmaßlichen Bruder der Frau abzugeben zu haben.

Auf der Bühne ist die Wittbin Helene Lb. aus Meuselburg, ein neunzehnjähriges, schönes Mädchen, das in einer Singpielhalle in der Nähe des Schlessischen Bahnhofes auftrat, plötzlich wahnsinnig geworden. Während eines Redevortrages begann die Nerven plötzlich ihre zu reden und unartikuliert Laute auszustößen. Dem Vernehmen nach soll die Sängerin schon früher einmal geistesgeheert gewesen sein.

Ein eheliches Trauerspiel. Vor gut acht Tagen erregte ein Plakat an den Ausschlagläulen Kuffen, auf dem ein Herr Schob für die Herbeischaffung eines von der Mutter entführten Knaben eine Belohnung ansetzte. Die ein Berichterstatter meldet, ist dieser Fall jetzt wie folgt aufgelöst: Am 19. Dezember vorigen Jahres, als der Ehescheidungsprozess der Eltern zu Ende zu gehen schien, und zwar zu ungunsten der Frau, war der Knabe dem Vater entzogen worden, er ist die erste Zeit bei den Schwiegereltern Schobs, dem Buchhalter Habelmann'schen Ehepaar in der Bismarckstraße gewesen. Als am 9. Januar vor dem Landgericht I über das Erziehungsrecht verhandelt wurde, machte Frau Schob einen Einwand, indem sie gegen ihren Mann eine Beschuldigung erhob, dieselbe, wenn sie begründet gewesen wäre, zur Erziehung des Knaben hätte ungeeignet erscheinen lassen. Der einzige Zeuge für die Beschuldigung war der kleine Knabe. Bei der entscheidenden Verhandlung am 17. Januar gewann jedoch der Gerichtshof sofort die Überzeugung, daß dem Kinde die Aussage von Seiten der Gegner des Mannes eingerebet und eingepreßt worden war. Das Erziehungsrecht wurde daher dem Vater zugesprochen. Von nun an wurde der Knabe hierhin und dorthin geschleppt, sodas schließlich die Spur verloren ging. Erstern Nachmittag wurde er bei einer Frau Wähling in der Admiralftr. 15a mit seiner Mutter aufgefunden. Diese hatte ihn von einer in demselben Hause wohnenden Frau Lauch erhalten. Der Knabe war in einem geradezu bejammernswürdigen Zustande, als der Vater ihn wiedererhielt. Er war so heruntergekommen, daß ihm sofort ärztliche Hilfe zu theil werden mußte. Der arme Kleine starb vor Schmutz und litt an einer eiterigen Entzündung der Ohren und der Nase.

Zur Benutzung als Spiel- und Gießplatz will der Magistrat das südliche Grundstück Bankstraße 11/12 und Wiesenstraße 49/54 zum 1. April cr. der Deputation für das städtische Turn- und Badewesen überweisen und wird hierzu die Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung nachsuchen.

Verstorbener ist der Gattin Jäger aus der Hochstr. 44. Der Mann war auf dem Wege, Lotterieloose zu erneuern, und hat das an einer Stelle auch besorgt. In der zweiten Stelle, die er noch aussuchen wollte, ist er jedoch nicht gewesen. Seinen Angehörigen, die vergeblich schon die Krankenhäuser nach ihm abgesehen haben, ist sein Verschwinden unerklärlich.

In einer Inschrift, welche Herr Schüler, der Besitzer des vorgestern von uns erwähnten Chantants in der Linienstraße uns zugehen läßt, wird beklagt, daß er sämtliche Berthgegenstände dem verstorbenen Geschäftsführer Wenzel in Gegenwart von Zeugen abgenommen habe und daß er bis 2 Uhr nachts bei der Leiche geblieben sei; bei seinem Fortgehen habe er vier seiner Angestellten den Transport der Leiche überlassen. Auch sei von dem Zigarrenhändler Förster ein Protokoll über die dem Todten abgenommenen Berthgegenstände aufgenommen worden. Dies sind alles Darlegungen, die unbedenklich bleiben sollen, weil deren Gegenstand in der Meldung von dem Vorfalle gar nicht von uns behauptet worden ist. Von Belang ist aber die Nichterhellung, daß Herr Schüler einen Boten nach der Frau des Verstorbenen geschickt hat, der jedoch keine Befehle nicht anbringen konnte, weil kein Wächter das Haus schloß. Die Frau des Verstorbenen (nicht Herr Schüler selber) erklärt noch, daß der Direktor die Polizei veranlaßte, eine Depesche an sie abzuleiten. Soweit diese Mittheilung stimmt, müssen wir natürlich zu unserm Bedauern erklären, nicht genau unterrichtet worden zu sein. Die Hauptsache aber, daß Herr Schüler nach dem traurigen Vorfalle in auffälliger Weise dafür sorgte, daß der Todte keine Schulden mit ins Grab nahm, bleibt von der Richtigstellung unberührt.

Witterungsübersicht vom 7. Februar 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm reduziert auf 0. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (1904).
Swinemünde	769	WNW	3	bedeckt	5
Hamburg	773	W	4	bedeckt	4
Berlin	772	W	4	bedeckt	6
Biesbaden	777	SW	—	bedeckt	2
München	777	W	4	bedeckt	-2
Wien	774	W	3	bedeckt	1
Saparanda	757	N	2	wollenlos	-22
Petersburg	752	WNW	2	wollenlos	-11
Cort	768	SW	6	bedeckt	10
Aberdeen	766	SW	2	wolfig	6
Paris	778	E	1	bedeckt	-1

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 8. Februar 1896.
Ein wenig kälteres, zeitweise aufklarendes, vorwiegend trübes Wetter mit geringen Niederschlägen und frischen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beilage.

Der Sprechmeister der Bäckergehilfen. Während im letzten Menschenalter die Arbeiter aller Berufsweige durch eigenes Streben und durch die Macht der wirtschaftlichen Entwicklung von der Bande, die sie früher mit dem Unternehmertum zusammenhielt, losgelöst wurden, blieben Schlichter und Väter größtentheils in den alten „patriarchalischen“ Verhältnissen verharren. Jedermann weiß, daß letztere in der vom kapitalistischen Geist durchsetzten Welt nur Iocumpitend auf die betreffenden Arbeiterkategorien wirken konnten; Väter und Schlichter bilden, von um so rühmlicher hervorzuhebenden Ausnahmen abgesehen, eine Gruppe neben dem großen kämpfenden Arbeiterheer, deren sittlicher Dalk beträchtlich unter dem Durchschnittsniveau liegt. Arbeiterfreundliche Blätter weisen zwar oft rühmend darauf hin, daß das patriarchalische Verhältniß, in dem diese „Handwerker“ zu ihrem Meister stehen, sie vor der Verführung mit sozialdemokratischem Gift bewahrt habe, gleichzeitig wird aber auch

anerkannt, daß sie traurigerweise ein erhebliches Kontingent zu der elendesten Junit des Lumpenproletariats stellen.

Die Vertreter des patriarchalischen Systems speziell einen Bäckergehilfen hat zu grunde richten lassen, davon giebt ein Anklagesfall Kunde, der sich gestern vor der siebenten Strafkammer am Landgericht I abspielt hat. Der Väter Johann Klemm war mit gestültem Portemonnaie aus seiner Heimath Wollin nach der Reichshauptstadt gekommen. Jetzt sitzt er wegen Bettelns und Arbeitens im Arbeitshaus zu Nummelsburg, aus welchem er gestern nach Moabit geführt wurde, um in einem gegen den Schankwirth Richard Schröder gerichteten Wucherprozess als Belastungzeuge verwendet zu werden. Sein vor einiger Zeit verlorbener Vater hatte ihm zwei Sparkassenbücher über etwa 1600 M. und zwei Hypothekenbriefe über zusammen 4500 M. hinterlassen und der mit einer großen Portion Leichtsinns ausgestattete junge Mann glaubte nun, daß ihm die ganze Welt gehöre. Der materielle Inhalt des einen Sparkassenbuchs war bald verpraßt, mit dem anderen kam er nach Berlin, um hier durch Vermittelung des Angeklagten Schröder, welcher Sprechmeister für die Bäckergehilfen war, in Arbeit geschickt zu werden. Schröder hat den jungen Menschen in schamloser Weise ausgedeutet. Er hatte bald Kenntniß von der glänzigen Vermögenslage des Klemm und half ihm, sein väterliches Erbtheil in der wüthlichsten und unzüchtigsten Weise zu verschleudern. Beide machten die tollsten Fahrten durch Berlin und in die Umgegend, und da Klemm natürlich aus seiner Tasche bezahlte, so war das Sparkassenbuch bald in Wein und Bier umgelaufen. Nun ging es an die Hypotheken. Der Angeklagte Sprechmeister fuhr nach Wollin, sah sich die Wiesen, auf welchen die Grundschuld ruhte an und erklärte sich bereit, dem jungen Manne die über 4500 M. lautenden Hypotheken für 2400 M. abzukaufen, beziehungsweise sich zediren zu lassen. Man warnte zwar den Klemm von seiner Heimath aus, mit dem Angeklagten ein solches Geschäft zu machen, Klemm gefielen aber die Reisen durch Berlin so vortreflich, daß er blind in sein Verderben hineinfiel und die Hypotheken leichten Herzens verkaufte. Er begründete sich damit, dem Angeklagten die Warnung unkommen zu lassen: „Wenn Du mich um mein Geld bringst, dann schleife ich gern Dich und dann mich todt!“ Schröder hatte kein Interesse daran, den leichtsinnigen jungen Menschen so schnell aus seinen Fingern entkommen zu lassen und deshalb gab er ihm das Geld nicht auf einmal, sondern in Raten und wenn Klemm darauf drängte, in Arbeit geschickt zu werden, erklärte ihm der Angeklagte, daß er verreisen würde, wenn er zu ungeduldig wäre. Inzwischen gingen die lustigen Fahrten immer weiter. Von brachte dem Bacchus und der Venus die inppigsten Opfer dar, trank in „interessanten“ Anleihen den Champagner aus Weiblergläsern, amüsierte sich in der Ausstellung „Italien in Berlin“ und taumelte von Begierde zum Genuß, bis Klemm unter des Sprechmeisters Leitung auch den letzten Groschen verpraßt hatte. Erst dann bequeme sich Schröder dazu, den ihm nunmehr ganz gleichgiltig gewordenen jungen Mann in Arbeit zu schicken. Der Staatsanwalt hielt das Verfahren des Herrn Sprechmeisters für ein ganz unerhörtes, da dieser sich wie ein Wampyr auf sein Opfer geworfen und diesem den letzten Blutstropfen ausgezogen habe. Die Erwerbung der Hypotheken sei ein Wuchergeschäft gewesen, wobei der Angeklagte den Leichtsinns des unglückseligen Bäckergehilfen in der schamlosesten Weise ausgedeutet habe. Nach seiner Ansicht solle dem Angeklagten auch eine Unter-schlagung zur Last und deshalb beantrage er gegen diesen acht Monate Gefängniß und 1500 M. Geldstrafe.

Rechtsanwalt Bronker, welcher bestritt, daß die Kriterien des Wuchers vorlägen, glaubte dem verschwendischen Bäckergehilfen auch nicht einmal sein Mitleid zuwenden zu können; die Zeit, wo gewisse Leute Champagne aus Weiblergläsern tranken, sei 28 Jahre vorüber und dem Klemm sei nur das geschehen, was damals den anderen passirte; er sei verurtheilt — Der Gerichtshof sprach den Angeklagten des Wuchers schuldig und verurtheilte ihn zu 4 Monaten Gefängniß und 1500 M. Geldstrafe eventuell noch 150 Tage Gefängniß.

Was die Feinerung des Rechtsanwalts bedeutet, ist uns nicht ganz klar. Als zur Gründerzeit in der Bourgeoisie der gemeinste Diebstahl als der Inbegriff der Geschäftstüchtigkeit galt, da erfanden kapitalistische Söldlinge bekanntlich das Wachsen von dem Maurer, der aus dem Bau Champagner trank und Anstern ab. Wir nehmen nicht an, daß der Rechtsanwalt diese alte Perfidie wieder herausgefrant hat.

Hartes Urtheil. Wegen Mißhandlung und Beleidigung des Monteurs Misera in Hildors hatten sich der Maschinen-schlosser Hermann Römer aus Nieder-Schönweide und der Mechaniker Otto Ziegengest aus Nummelsburg vor dem Hildors'schen Schöffengericht zu verantworten. Sowohl die Angeklagten, als auch Misera waren in der Strickmaschinen-Fabrik von Stein in der Blumenstraße zu Berlin beschäftigt. Im August v. J. kam es zwischen der Fabrikleitung und den Monteuren zu Differenzen, welche zu einer Arbeitseinstellung der letzteren führten. Zur nicht geringen Verwunderung der Kollegen arbeitete Misera, der zuerst am eifrigsten für den Anstand gesprochen hatte, weiter. Die darüber erbitterten Angeklagten pasten den Misera daher ab und stellten ihn über seinen Wortbruch zur Rede, wobei sie ihm einige wenig schmeichelhafte Bezeichnungen hören ließen; Römer ließ sich außerdem dazu hinreißen, den Misera ins Gesicht zu schlagen. M. stellte gegen beide Kollegen Strafantrag. Mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit der Angeklagten beantragte der Rechtsanwalt gegen Römer 20 M., gegen Ziegengest 10 M. Geldstrafe.

Der Gerichtshof war jedoch der Meinung, daß die Angeklagten sich besonders strafwürdig gemacht hätten, da sie „die Freiheit ihres Kollegen beschränken wollten“. Römer wurde daher trotz der geringfügigkeit der ganzen Sache zu — zwei Wochen Gefängniß, Ziegengest zu 20 M. Geldstrafe event. 4 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Versammlungen.

Solgarbeiter. Die Vertrauensmänner der Branche für Küchenmöbel und Särge hielt am Donnerstag eine gut besuchte Versammlung ab. Bei Erörterung der Forderung auf prozentuale Lohnserhöhung wurden traffe Mißstände in den einzelnen Werkstätten zu tage gefördert. Die höchsten Löhne, welche in der Küchenmöbel-Branche erzielt werden, gehen kaum über 21 M., während aber sehr viele Kollegen bedeutend weniger bis 15 M. und die Särgearbeiter sogar nur bis 12 M. verdienen. Die Versammelten erklärten sich einmüthig für die ge-

stellten Forderungen einzutreten. Unserer gestrigen Mittheilung über die Branchenvertreter-Versammlung für gute Möbel u. ist noch nachzutragen, daß das Richterthum der Vertreter mehrerer größerer Werkstätten große Enttäufung hervorrief. Es wurde hierbei bemerkt, daß gerade die besseren Werkstätten die moralische Pflicht hätten, die Bewegung mit allen Kräften zu unterstützen, da die schlechtest gestellten Kollegen viel größere Opfer brächten als sie selbst. Die sich zeigende Tendenz im Tischlergewerbe, rapides Abwärtsgehen der Waarenpreise und mit demselben Sinken der Löhne, werden über kurz oder lang auch die besser gestellten Kollegen fühlen; aber die Verhältnisse liegen auch jetzt durchaus nicht so, daß sie schon alles das haben, was durch die Bewegung gefordert würde. Es wurde beschlossen, folgende Werkstätten zu nächster Vertrauensmänner-Versammlung einzuladen:

Gebr. Lichte, Schulz, Brandenburgstraße; Pingel, Wilhelmstraße; Lommisch u. Schröder, Kleemann, Winterfeldstraße; Stebert u. Alschbach, Wilhelmstraße; Olm, Adeniderstraße; Larjon, Färbringerstraße; Stöckand, Wücherstraße; Lieblich u. Kofe.

Zum Bericht über die Zusammenkunft der Adressen-schreiber am Sonnabend ist uns eine Anzahl Erklärungen zugegangen.

Der Buchhalter Herr P. Sommer theilt mit, daß gegen ihn der Vorwurf, er belege die im Bureau des Herrn Schuster-mann, Blumenstraße, beschäftigten Adressenschreiber mit „nicht wiederzugebenden Schimpfworten“, nicht erhoben worden sei; er würde einen solchen Vorwurf auch sofort energisch zurückgewiesen haben. Es werde thatsächlich niemand in frande sein, ihm einen solchen Vorwurf zu machen, da er sich stets — selbstverständlich ohne sich das als Verdienst anzurechnen — gegen alle in dem genannten Bureau beschäftigten Personen des höflichsten Benehmens befleißige.

Weiter wird uns — von einem Adressenschreiber — mitgetheilt, daß die Zustände bei der Firma Robert Lehmer zwar die relativ besten seien, daß aber die Angaben des Berichtes über Arbeitsverdienst und Arbeitszeit der bei jener Firma beschäftigten Adressenschreiber nicht stimmen. „Der tägliche Verdienst beträgt nicht 2,50 bis 7 M., sondern die Firma bezahlt für das Taufen Adressen 2,50 bis 4 M. Allerdings kommen auch, in Einzelfällen, 5 und 6 M. zur Berechnung, doch sind das sehr lange ausländische Adressen, von denen man in der Stunde vielleicht 80—85 (bei Kenntniß der betreffenden Sprache) schreiben kann. Der durchschnittliche Tagesverdienst eines in Alford arbeitenden Schreibers während der Wurauszeit beträgt höchstens 1,75—1,80 M., ein Ergebnis, das nur von sehr wenigen erzielt wird. Die Arbeitszeit läuft von morgens 8 Uhr bis nachmittags 1/2 Uhr, mit 1/2 (nicht 1/2) stündiger Pause, so daß genau acht Stunden gearbeitet wird. Wenn man dann die Hausarbeit an Wochentagen und Sonntag hinzurechnet, dann wird allerdings von manchen bei einer girka 90 bis 100 stündigen Arbeitszeit pro Woche 18—20 M. verdient, macht pro Stunde netto 20 Pf. Dies zur Richtigkeit und damit bei dem interessirten Publikum nicht der Glaube Boden findet, man könnte in der Charlottenstraße ein reicher Mann werden. Noch eins: Herr Robert Lehmer hat am Sabbatage seinen Leuten freigegeben und pro Mann 3 M. bezahlt; am 18. Januar dagegen hat er eben/als mittags 1/2 Uhr geschlossen, den Alfordarbeitern aber — vielleicht aus Vergeßlichkeit? — nichts vergütet.“

Ein anderer Adressenschreiber äußert sich in demselben Sinne. Er sagt: „Die Firma Lehmer kann zwar als äußerst reich bezeichnet werden, doch ist der Verdienst der Adressenschreiber bedeutend geringer, als im Bericht angegeben. Die Arbeitszeit dauert von morgens 8 Uhr bis nachmittags 1/2 Uhr mit Gewährung von 1/2 Stunde Mittagspause. Der Schreiber kann während der Geschäftszeit einen Verdienst von 90 Pf. bis 1,50 M. erzielen. Um leben zu können, müssen die Schreiber zu Hause weiter arbeiten. Es können dann allerdings täglich 2,50 M. verdient werden. Von einem Verdienst von 2,50 M. bis 7 M. pro Tag, kann gar keine Rede sein.“

Öffentliche Gesellschaft. Sonntag, den 9. Februar cr., abends 6 Uhr, im Lokal von Hoffmann, Alexanderstraße 270, Versammlung. Vortrag des Herrn Dr. Borkel aus Braunschweig über: „Vorlesung“. Nachdem: Festliches Beisammensein und Tanz.

Fischer-Verein. Sonnabend, abends 9 Uhr, Reichstr. 15 General-Versammlung.

Fachverein der Klymadner und verwandter Berufsgenossen Berlins und Umgegend. Heute, Sonnabend, abends 9 Uhr, Versammlung im Vereinslokal Alte Jacobstr. 22 (Ring u. Co.). Vortrag des Genossen John über: „Das Koalitions- und Versammlungsrecht und der Grobe-Unfall-Paragrah“.

Gesellschaftliche Versammlung der an Heilberufsbildungsmaschinen und auf Heilberufsbildungsmaschinen arbeitenden Arbeiter Berlins und der Vororte, Sonntag, den 2. Februar, vormittags 10 Uhr, im Jost's Salon, Ankersstraße 21. Tagesordnung: 1. Bericht der Redner-Kommission. 2. Die sollen sich die Herren Arbeitgeber zu weiteren Forderungen.

Herabkatz von Arbeitern der Berliner Maschinenbau-Ählen-Gesellschaft. Heute, Sonnabend, Jahrtag: Abends 10 Uhr, im Berlin Arbeiter-Gildungsverein „Jubant“ in Reinickendorf, Jahn Sonntag vor dem 15. jeden Monats Versammlung des Genoss. Nordbahnstr. 19.

Vermischtes.

Von der Ober. Der „Schlessischen Zeitung“ zufolge ist der Sidwacht-Dienst für den größten Theil des Oberstroms eröffnet. Bei Duppeln und am Brieslower See wurden Eisbewegungen bemerkt. Von Krappitz bis Oppeln und von Breslau bis Neusalz ist die Ober eisfrei.

Das Photographiren mit X-Strahlen hat eine weitere Verbesserung erfahren. Der Leiter des Laboratoriums an der Polytechnik in Pest, Dr. Karl Kis, hat eine derartige Verbesserung der Crookes'schen Röhren vorgenommen, daß mit denselben nunmehr innerhalb 2—3 Sekunden eine Photographie fertiggestellt werden kann.

In dem Dachstockwerk des Kriegsministerial-Gebäudes zu Paris kam Freitag gegen Mittag Feuer aus, welches jedoch im Entschenden gelöscht wurde; es sind nur einzelne unwichtige Astenstücke verbrannt.

Aus New-York wird vom Freitag berichtet: An der ganzen atlantischen Küstenlinie richtete ein Sturm bedeutenden Schaden an; aus mehreren Orten des Küstenlandes werden Ueberschwemmungen und kleinere Unglücksfälle gemeldet. In New-York und Brooklyn kürzten mehrere Gebäude ein. Die Stadt Boundbrook (New-Jersey) ist theilweise unter Wasser gesetzt; die Verbindungen dahin sind abgeschnitten, viele Einwohner der Stadt sollen umgekommen sein. In Morristown (New-Jersey) plakte unter dem Drucke des angeschwollenen Wassers ein Damm; 25 Personen werden vermisst. — In New-Britain (Connecticut) stürzte heute eine über den Pequened-Fluß führende Brücke ein, wobei 20 auf der Brücke mit Reparaturen beschäftigte Arbeiter mit in den Fluß stürzten; man glaubt, daß 13 ertrunken seien.

Große Berliner Schneider-Akademie
Berlin C., Rothes Schloß nur Nr. 1.
Seit 1880 in denselben Räumen. Größte und besuchteste Fachschule, garantiert gründliche theoretische und besonders praktische Ausbildung in der Herren-, Damen- und Wäschschneiderei. Neue Kurse am 1. und 15. jeden Monats. Unentgeltlicher Stellennachweis. Prospekte gratis. Gehörlicher zum Selbstunterricht. Man beachte genau unsere Firma u. Hauseingang: nur Nr. 1. 4138L.
Die Direktion (früher K u n).

Achtung! Kaufen Sie nur echte Brantvotine, alten Nordhäuser, Cognak, Rum, Arrak.
O. J. Engelke, Neue Jacobstr. 26.
Kleinstverkauf von 10 Pf. ab. 42438

Masken elegant, billig, verleiht.
Ferd. Henke, Donnewitz, Strasse 1.

Täglich, — Sonntags vorm. von 7—9 Uhr: 40418
Verkauf von gefohtem Rind- u. Schweinefleisch
à 30—40 Pf. per Pfd.
Rückenfest à 45 Pf. per Pfd.
Verwaltung der Kochanstalt Central-Viehhoi.

Kloster-Bockbier
in vorzüglich gerathener Qualität, aus den feinsten Rohmaterialien rein eingebraut, versendet von jetzt ab die
Action-Brauerei-Gesellschaft
Moabit.
Berlin NW., Stromstr. 111/6.
Fernsprecher Amt Moabit No. 127. 4969L.

Buchhandlung des „Vorwärts“

Berlin SW., Benthstrasse 2.

Neue Agitationschrift für Vereine und Gewerkschaften. Zweiterlei Recht.

Die Handhabung des Vereins- und Koalitionsrechts vor dem Reichstag.

Preis 10 Pfennige. Porto 3 Pfennige.

Zur Massenverbreitung besonders billige Ausgabe.

Tatsachen beweisen! Gegenüber den Deklamationen von der Rechtschaffenheit und dem Rechtsstaat sind hier eine Fülle der schreiendsten Widersprüche angeführt, wie in Preußen, Bayern, Sachsen etc. Versammlungs- und Vereinsgesetze gegen die Arbeiter anders als gegen die Unternehmer, gegen Sozialdemokraten anders als gegen ihre Gegner gehandhabt werden. Für Vereine und Gewerkschaften besonders wertvoll.

284/2



Nur kurze Zeit versende noch den Rest meiner Germania-Kollektionen bestehend aus nachfolgenden 15 Gegenständen zum Preis von nur M. 7.50 und zwar: 1 Gold-Verren- oder Damen-Taschen-Uhr, Anter, garantiert gut gehend, 1 schöne Gold-Uhrkette, 1 Verloren (Kühnig) zur Hochzeit, 1 Taschenuhr mit 2 Rängen, Rostfänger, Glaslinsen, Glasboden, 1 Messerschärfstein, 1 Thermometer, 1 Seifenstein (Wetter-Anzeiger), 1 englische Federwaage, wiegt bis 1 1/2 Pf. 2 Wand-Decorations-Bilder, in gemauerten position Metallrahmen, 2 goldimitierte Messingtastendrucke mit Messing, 3 goldimitierte Chemisierentastendrucke. Geitz's Messing-Vertrieb, Berlin C., Seeböhr. 5.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. a. gew. Arbeiter

Berlin A.

Der Bevollmächtigte Carl Munk wohnt Mantelstr. 65, Hof III r. Das Krankengeld wird ausgezahlt jeden Sonnabend von 7-9 Uhr abends bei Köhn, Naunynstr. 88, 2. Eing. vom Flur, parterre links. 181/18

Vereinslokal

sucht der Arbeiter-Radsfahrer-Verein „Vercin“ im Zentrum oder i. d. Nähe. Der Verein zählt z. B. 60 Mitgl. Off. an Mag Kern, Charlottenburg, Garde du Corpsstr. 3, 8 Tr. r. 2581b

Buchhandlung des „Vorwärts“

Berlin SW., Benth-Strasse 2.

Neue Erscheinungen.

Neue Welt-Einbanddecken 1895 und frühere Jahrgänge. In Golddruck 1.-M. In Schwarzdruck 0,80 M.

Der Prozess Liebknecht. Dritte Auflage. Verhandlungen wegen Majestätsbeleidigung. Preis 10 Pf.

Beiträge zur Geschichte des Materialismus. Von G. Plechanow. I. H. 1. u. II. H. 2. Preis 3,50 M.

Ferdinand Lassalle's Briefe an Georg Herwegh. Herausgegeben v. Marcel Herwegh. Prof. 3 M., geb. 4 M.

Die Gewerbe-Inspektion in Deutschland. England, Frankreich, Oesterreich, Schweiz. Kritische Darstellung ihrer Geschichte und ihres gegenwärtigen Zustandes. Preis 20 Pf.

Zwei Tage Etatsdebatte. Verhandlungen des Reichstages über den Septemderkurs. Enthaltend Neben Bebel's u. A. Preis 15 Pf.

Die Neue Welt 1895 und frühere Jahrgänge. Komplet gebunden 4.-M. Für Vereine empfehlenswert.

Achtung! Künstl. Zähne v. 8 M. an, z. Teil wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigung, Nervödien bei Bestellung umsonst. Gudel, Kaufherplatz 2, Elsfasserstr. 12.

Guten Morgen!

Lade zum Kauf bei mir ergebenst ein. **Carl Schindler** 55. Chausseestr. 55. A. III 8917. (Nordh., Eldre, Cognac, Rum, Ungarn.) Empfehle mein Weiss- u. Bayerisch-Bier-Lokal, Vereinszimmer. h. zu 20 Pers. mit Piano, für die ganze Woche frei. **W. Thielow**, Lothringerstr. 112.

Th. Boltz' Festsäle,

S., Alte Jakob-Strasse 75. Amt I, 1082. 4274L* Empfehle meine Säle zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen zu kulantesten Bedingungen.

Oswald Grauer

N. Köslinerstr. 2 empf. sein Weiss u. Bairisch-Bier-Lokal nebst gr. Vereinszimmer. Zur Zahlstelle für Gewerkschaften, Krankentassen etc. sehr geeignet. 4194L*

Ferdinand Ewald's Restauration

Schöneinstrasse No. 6. Empfehle den geehrten Vereinen meine Lokalitäten zu Versammlungen. 2 Regelmäßig stehen zur Verfügung. ff. Weiss- und Bairisch-Bier.

Sehr gutes Grüntram- u. Kaufmannsgeschäft

in bester Lage Berlins ist sofort an junge Leute preiswerth zu verkaufen. Kaffe nicht unter 40 M. Abt. unt. 100 bitte Postamt 20 niederf.

Alle gangbare Schlosserei, westl. Vorort, ist umstände halber billig zu verkaufen.

Zu erf. Steglitz, Schützenstrasse 51, bei Rattun. 2479b

Schuhmacherladen,

billige Wohnungen von 60 Tlfr. an Hixdorf, Karlsgartenstr. 19. 2579b

Putzbuferstrasse 26

gesunde, kleine Wohnung per sofort, auch zum 1. April 1896 bill. zu verm. Schlafst. bei Frau Sternberg, Hochmeierstrasse 11. 2580b

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Achtung!

Mittwoch, den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Cohn (großer Saal), Benth-Strasse Nr. 20: **Vertrauensmänner-Versammlung** für sämtliche Bezirke Berlins. Jede Werkstatt wird ersucht, einen Vertrauensmann zu entsenden.

Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert. Diesigen Vertrauensmänner, welche zum ersten Mal von ihren Werkstätten entsendet werden, erhalten ihre Karte in der Versammlung ausgestellt. Karten und Marken für den Streikfonds werden auf allen Zahlstellen des Verbandes ausgegeben. Die Vertrauensmänner werden ersucht, für Einziehung der Streikbeiträge zu sorgen.

Die Zahlstellen des Verbandes befinden sich:

80/14

- Für den Norden:** Ruppinerstr. 44 bei Raabe. Treßdowstr. 24 bei Schmidt. Lothringerstr. 67 bei Dieke. Schwertstr. 88 bei Lietzka. Müllerstr. 7a bei Gledert. Bergstr. 60 bei Hilgenfeld. Thurmstr. 84 bei Holzbücker. Birkenstr. 28 bei Bugo. Stettinerstr. Ecke Wellerstrasse bei Peterson.
- Für den Osten:** Friedrichsbergerstr. 19 bei Winkelmann. Blumenstr. 38 bei Wiedemann. Frankfurter Allee 90 bei Zabel. Koppenstr. 47 bei Lorenz. Langestr. 65 bei Tempel. Landsberger Allee 27a bei Lange. Elisabethstr. 65 bei Lange.
- Für Süd-Ost:** Cuvyrstr. 25 bei Erbe.
- Für den Westen:** Ritterstr. 123 bei Stramm. Naunynstr. 86 bei Strait. Grünauerstr. 8 bei Golz. Görliger- und Sorauerstraßen-Ecke bei Tolksdorf. Pöhlstr. 55 bei Schilling. Dieffenbachstr. 31 bei Gauls. Mantelstr. 60 bei Brödenfeld. (Dortselbst befindet sich auch die Bibliothek der Drehtler.) Köpnickestr. 194 bei Reichert.
- Für den Süden:** Gneisenaustr. 35 bei Rosso. Gultstr. 86 bei Paulsch. Welle-Mianenplatz 6 bei Hilscher.
- Für Friedrichsberg:** Friedrich-Karlstr. 11 bei Heinicke.
- Für Kummelsburg:** Kant- und Tierschmidstrassen-Ecke bei Schröder.

Jeden Sonnabend: Zahlabend.

Alle Werkstatt-Angelegenheiten sind zu melden bei dem Kol. Wiedemann, Annenstr. 39, auf dem Arbeitsnachweis, oder an den Vorsitzenden der Werkstatt-Kontrollkommission, Kollegen Grunert, Mantelstr. 64.

Bauhändler-Frankenkasse

für Berlin und Umgegend. (Eingeschriebene Hilfskassa Nr. 118.) In der am 2. Februar stattgehabten ordentlichen Generalversammlung wurde der Vorstand aus folgenden Mitgliedern zusammengesetzt:

- H. Metzko, Vorsitzender, C. Pfeil, Stellvertreter, L. Kliemann, Kassier, W. Karpe, Stellvertreter.
- W. Roll, Beisitzer, H. Jaentsch, P. Scholtz.

Das Bureau der Kasse befindet sich Gipsstr. 16 und ist geöffnet wochentlich von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr abends. Außerdem wurde beschlossen, die Zahlstelle auf dem Wedding von der Köslinerstr. 4 nach der Kolbergerstr. 23 bei Rabe zu verlegen. Zugleich machen wir hiermit bekannt, dass der Ausschuss sich konstituiert und zum Vorsitzenden Herrn O. Blaurock, Gipsstr. 16, gewählt hat. An denselben sind sämtliche Beschwerden in Kassenangelegenheiten zu richten. Der Vorstand. J. A. S. Rehle, Oberbergerstr. 10.

Rixdorf.

Sozialdemokratischer Verein Vorwärts. Dienstag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den „Victoria-Sälen“, Hermann-Strasse Nr. 49-50:

Große Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Das heutige Klassenstaatliche Schulwesen.“ Referent: Herr Schriftsteller F. Schulz. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Gäste willkommen. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand. NB. Mitglieder werden in der Versammlung sowie in den bekannten Zahlstellen aufgenommen. 282/13

Arbeiter-Bildungs-Verein „Zukunft“

für Reinickendorf und Umgegend. Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Grunow, Nordbahnstrasse No. 19:

Große Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Littka. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. - Um recht zahlreichen Besuch wird gebeten. 264/8 Der Vorstand.

Heute! Heute!

Sonnabend, den 8. Februar: **Heute!** Geschäfts-Eröffnung Holzmarktstr. 19, Ecke Michaelbrücke, der

Engros-Schlächtereier von M. Galicki.

Hauptgeschäft Steglitzerstr. 3. Meinen geehrten Kunden und denen, die es werden wollen, zur gef. Nachricht, daß ich eine Filiale in der

Holzmarktstrasse 19

errichte. Mein Bemühen ist nach wie vor, nur gute und reelle Waare stets zu liefern, und bitte um geeigneten Zuspruch. Preis-Courant von Fleisch und Wurst-Fabrikation im Detail zu Engros-Preisen.

- Rindfleisch 50-60, ohne Knochen 70 Pf.
- Kalbsteck 55-60-65, Schnitt 1,20 M.
- Hammelfleisch 50-60, Keule 65 Pf.
- Schweinefleisch 50-55-60 Pf.
- Rind- u. Schweinefleisch 60 Pf., Filet pfundweise.
- Schabefleisch 80
- Carbonade 65-70
- Kasseler Nippespeer 65-70
- Eisbeine 30-50
- Mäckenfett, Linsen 45 bei Entn. von 10 Pfd. & 40 Pf.
- Schmalz 55
- Feiter Speck 55
- Mager Speck 65

Bei Abnahme von M. 5 an freie Zusendung ins Haus. Spezialität: Schlackwurst u. Salami à Pfd. 80 Pf. Poln. Bratwurst . . . à Pfd. 60 Pf. Braunschweiger Wurst . . . 75 Mettwurst 60 ff. Leberwurst 80 Zwiebel-Leberwurst . . . 50 Jungewurst 80 Sächl. Blutwurst 50 Thüringer Wurst 60 Preßwurst 50 Koch- u. Rohschinken à Pfd. 1-1,20 M. Bei Abn. v. 10 Pfd. Preisermäßigung. Täglich frische Rind-, Kalb- und Hammel-Leber. Jeden Sonnabend unsere bekannte ff. frische Blut- und Leberwurst. Täglich warme Knoblauber.

Streng reelle Bedienung.

M. Schulmeister

Schneidermeister,

Dresdener-Strasse 4, Kottbuser Thor, empfiehlt zu außergewöhnlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel:

Einsegnungs-Anzüge

aus Satin, Kammgarn, Diagonal, Tuchstoffen, ein- und zweireihig von M. 12-35

Jaquet-Anzüge in gedieg. wollenen Zwirnstoffen, 1- u. 2-reihig " " 16-24

Jaquet-Anzüge in glatten Diagonal-, Kammgarn-, Satin- u. Cheviot-Stoffen, 1- u. 2-reihig " " 20-35

Jaquet-Anzüge in englischen Cheviot-Stoffen, eleg. Ausführung " " 22-36

Mod-Anzüge i. guten, wollenen, schwarz, Kammgarn- u. Satin-Stoffen, moderner Façons " " 25-38

Mod-Anzüge modernster Farben, elegante Schnitt-Façons " " 30-42

Sehr edel-Anzüge von feinen Satin-, Tuch- und Kammgarn-Stoffen, 2-reihig " " 30-45

Frühjahrs- u. Sommer-Paletots aus Satin, Diagonal, Kammgarn, in allen erdenklichen Farben, (auch Sacco-Paletots vorrätig) " " 15-35

Beinkleider in dauerhaft, wollenen Stoffen, versch. Farben, Kammgarn und Cheviot " " 5-10

Hohenzollern-Mäntel mit einer 5 Mtr. weiten Pelzlinie " " 27 an.

Anabenpaletots, Anabenanzüge kleidsamer Façons in großer Auswahl.

Schul-Anzüge in Cheviot-, Velour- u. dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1- und 2-reihig von M. 6 an

Bestellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.

Begründung des Geschäfts 1878.

Herrn-Hüte 75 Pf.

(Musterfächer) 40478* Nur neueste Façons, extra prima Qualitäten, giebt zu enorm billigen Preisen ab Die Fabrik im Comptoir im Comptoir Grüner Weg 2, I, Koppenstr. 56, I, im Comptoir Reichenbergerstrasse 166. Geöffnet bis abends 9, auch Sonntags.

Hackescher Markt 4, J. Brünn Am Stadtbahnhof „Börse“

Inventur - Ausverkauf!

Teppiche! Gardinen! Portièren! Steppdecken! Leinenwaaren! Fertige Wäsche!

zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen **Bellealliancestr. 98/99 und Rosenthalerstr. 63/64** in vorzüglichster Beschaffenheit zu den billigen alten Preisen verkauft. Wir bitten und durch reichliche Einkäufe zu unterstützen. 4821L* Deutsche Schuhfabrik G. Markus & Co.



Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung vom 7. Februar, 11 Uhr.

Am Ministerische Freiherr v. Hammerstein-Bogtzen und Kommissarien.

Das Haus geht die zweite Etatsberatung bei dem Extra-Ordinarium des landwirthschaftlichen Etats fort.

Nachdem von einer Reihe Abgeordneter örtliche Interessen vertreten wurden, bekräftigt

Abg. Schaubert (L.) die Bewilligung des Fonds von 650 000 M. für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den östlichen Provinzen.

Auch die weitere Debatte über das Extra-Ordinarium fördert nichts erwähnenswerthes zu tage. Der Rest des Extra-Ordinariums sowie der Etat der Gesteinsverwaltung werden nach längerer Debatte bewilligt.

Minister v. Hammerstein: Aus dem Umstande, daß die Domänenverträge seit 1891 von 7 pCt. bis 15 pCt. im letzten Jahre zurückgegangen sind, hat man Schlüsse auf die allgemeine Lage der Landwirtschaft gezogen. Das ist doch nur bedingt richtig, denn wir haben nicht in allen Landestheilen Domänen. Ich glaube, wir werden noch einige Jahre ein Sinken der Domänenpachtungen haben, dann aber einen Stillstand und damit normale Pachtsätze erreichen. In Einzelfällen sind allerdings Erlasse an Domänenpächtern bewilligt; aber weder in Preußen noch in den anderen Einzelstaaten hat ein allgemeiner Erlaß dieser Pacht oder eine Ermäßigung derselben stattgefunden; in anderen Einzelstaaten müssen die Pächter auch die gestundeten Pachtsummen mit 5 pCt. verzinsen.

Abg. Dr. Ciesels (N.): Daß die Domänenpächter keinen sicheren Anhalt für die Lage der Landwirtschaft geben, halte ich für richtig. Daß der Beharrungszustand schon in einigen Jahren eintreten wird, bezweifle ich. Für eine generelle Ermäßigung der Domänenpächter kann ich nicht eintreten.

Minister v. Hammerstein: Der gegenwärtige Augenblick wäre für tiefgreifende Änderungen bei der Verpachtung der allernützlichsten.

Abg. v. Kardorff (N.): Ich bin der Meinung, daß die Landwirtschaft vor einer Gefahr steht, wenn die Silberwährung in Amerika größeren Umfang erreicht und dann amerikanisches Getreide, angefüllt durch unsere Goldwährung, in großen Massen zu uns kommen würde.

Minister v. Hammerstein: Da diese Angelegenheit Reichssache ist und der Reichskanzler schon in allerhöchster Zeit dieselbe im Reichstage zur Sprache bringen wird, so will ich hier in eine Debatte über die Frage nicht eintreten.

Der Domänen-Etat wird hierauf ohne weitere wesentliche Debatte genehmigt.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Forst-Etat, Zentralgenossenschaftskosten-Etat und Etat der direkten Steuern. Schluß 4 1/2 Uhr.

Soziale Uebersicht.

Die Löhne in der Konfektionsindustrie. Dem Lohnbuche eines Leipziger Konfektionsarbeiters, der für die Firma B. in der Straße arbeitet, entnimmt unser Bruderblatt, die „Leipziger Volkszeitung“ folgende Angaben: Die Firma zahlt dem Schneider, der die Sachen in seiner Wohnung anfertigt, also Werklohn, Feuerung und Licht und die Auslagen selbst geben muß, für auf Lager gearbeitete Sachen folgende Preise: Für 1 Paletot (einstufig) 4 M., 1 Schwalow (Mantel) 3,75 M., 1 Gebrod 4 M., 1 Jaquet 3,50 M. und 1 Weste 1,10 M. Wäffen die Sachen anprobiert werden, so erhöht sich der Preis zwar etwas, aber auch die Arbeitszeit. Wird die Arbeit außer der Saison angefertigt, so reduziert sich der Preis; z. B. wird dann für Jackett und Weste zusammen der Preis bis auf 3 M. heruntergedrückt. Läßt der Schneider die Arbeiten nun durch Gesellen herstellen, so erhalten diese für den Paletot 3 M., Schwalow 2,75 M., Rock 3 M. und für Jackett und Weste 3,50 M. In einem Paletot, der in 13 Arbeitsstunden fertiggestellt wird, braucht der Schneider: eine Rolle schwarzes Garn 6 Pf., Ostgarn 5 Pf., 1 Lösschen Seide und 2 Lösschen Knopflochseide 18 Pf. In einem Gebrod, der in 24 Stunden fertig wird, oder Jackett und Weste, die zusammen in 21 Stunden hergestellt werden, braucht er noch ein Lösschen Knopflochseide mehr, so daß die Auslagen hier 35 Pf. betragen. In einem Schwalow, der in 18 Stunden hergestellt wird, sind 30 Pf. für Auslagen nötig. Der Schneider hat nun im Jahre 1894: 107 Paletots, 107 Westen, 16 Paletots, 10 Gebrode und 15 Schwalows hergestellt, mithin 2955 Arbeitsstunden angewendet und empfing dafür 752,75 M. Von dieser Summe gingen ab für Auslagen 33,75 M., für Abnutzung der Nähmaschine 24 M., Mietzins für die Werkstätte 96 M. und für Feuerung und Licht 72 M., zusammen 225,75 M., es verblieb also nur ein Jahresverdienst von 527 M. oder 18 Pf. pro Stunde. Hätte aber ein Geselle diese Arbeiten ausgeführt, so hätte er ohne Abzug für Auslagen 493,75 M. oder 16 2/3 Pf. pro Stunde erhalten. Es geht aus den Zahlen unzweifelhaft hervor, daß die Löhne sehr niedrig sind und durch die Zwischenmeister für den Gesellen noch mehr herabgedrückt werden.

Arbeiterkassen in zürcherischen Wirthschaftswesen. In der abschließenden Behandlung des neuen Wirthschaftsgesetzes hat der Zürcher Kantonsrath beschlossen, daß Mädchen unter 20 Jahren, die nicht zur Familie des Wirthes gehören, zur Bedienung der Gäste nicht verwendet werden dürfen und ebenso Knaben unter 16 Jahren, und daß das Gesetz keine Anwendung findet auf junge Leute, die bei seinem Inkrafttreten bereits ihre Stellen inne haben.

Gewerkchaftliches.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat soeben ihren Rechenschaftsbericht auf die Zeit von Juli 1895 bis Januar 1896 veröffentlicht. Der Bericht fällt eine stattliche Broschüre von 70 Seiten Druck. Da der Preis nur 20 Pf. beträgt, ist es jedermann möglich, sich in den Besitz der für die Kenntniß der Berliner Arbeiterbewegung überaus wichtigen Publikation zu setzen.

In **Stettin** haben gegen 40 Arbeiter der Firma G. & H. n. Niedermeyer die Arbeit eingestellt. Sie waren mit Lohnrückstellungen beschäftigt, wobei sie, wie der „Volksbote“ mittheilt, bisher jährlich 16 bis 25 Pf. verdienten. Sie sollten von jetzt ab die Lohn für 6 Pf. hinauschieben, was einem Stundenlohn von 18 Pf. entspricht.

Die **Dreher und Schlosser** der Sübeler Maschinenbau-Gesellschaft sollten auf eine gewisse Zeit eine bestimmte Arbeit, die bisher mit 1,20 M. bezahlt wurde, für 1 M. liefern. Sie wiesen das Vorgehen einmüthig zurück, was den Erfolg hatte, daß die Fabrikleitung wieder den alten Akkordlohn bewilligte.

Die **Firma Grimme, Natalis u. Komp.** in Braunschweig, bei der bekanntlich ein Streik ausgebrochen ist, hat einen Schleifer in Altenwürde unter der Angabe engagiert, daß er bei ihr „ebenfalls 30 bis 33 M. verdienen“ könne. Dem-

gegenüber theilt der „Braunschweiger Volksfreund“ mit, daß die Lohnbücher der Ausständigen nur einen Durchschnittslohn von höchstens 20 M. anwiesen. Der Schleifer in Altenwürde, der die Stellung bei der genannten Braunschweiger Firma angenommen habe, um sich zu verbessern, sei denn auch, nachdem er von der wirklichen Sachlage Kenntniß bekommen, sofort wieder abgereist. Um die Schleifer vor Schaden zu bewahren, nehmen auch wir von dieser Angelegenheit Notiz.

Die **Reparaturwerker**, die, wie wir berichteten, wegen Kürzung der Frachtsätze in einem Streik eingetreten waren, haben sich mit den Salzverfrachtern der Saline Heilbrunn dahin geeinigt, daß der Frachtsatz von 17 Pf. pro Zentner bei Normalwasserstand und 18 und 20 Pf. bei Kleinwasser von beiden Theilen anerkannt wurde. Der Wasserstand der Salzwerte Heilbrunn und Jagstfeld beträgt im Jahr durchschnittlich 1 500 000 Zentner, eine Frachtermäßigung von 2 Pf. pro Zentner, wie sie den Schiffen zugunsten wurde, spielt also dabei schon eine Rolle.

In **Budapest** sind, bis auf die Arbeiter einer Firma, sämtliche Arbeiter des Zappergewerbes in den Streik getreten. Es handelt sich um die Einführung eines neuen, einheitlichen Lohnsatzes für Budapest. Die erwähnte Firma hat ihn bereits schriftlich anerkannt. Die Situation ist den Ausständigen nicht ungünstig und ihre Stimmung ist vorzüglich. Sie hoffen bestimmt, den Sieg zu erlangen, wenn genügend Unterstützungsgelder eingeht. Sendungen sind zu adressiren: „Neue Volkstimme“, Wesselenyogasse 196, Budapest.

Aus **Basel** wird uns geschrieben: Die hiesigen Gärtnergehilfen stimmten am letzten Sonntag in einer öffentlichen Versammlung der geplanten Lohnbewegung der schweizerischen Gärtnergehilfen zu. Als Forderungen werden aufgestellt: zehnstündige Arbeitszeit, 4 Fr. Minimallohn, 25 pCt. Zuschlag bei Ueberzeitarbeit, Freigabe von Kost und Logis, Regelung des Lehrlingswesens, Anerkennung des Fachvereins. Sollten die Meister die Forderungen bis zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt nicht akzeptiren, so soll die Arbeit niedergelegt werden. Der **Basler Schuhmacher-Fachverein** beschloß in seiner letzten Sitzung die Gründung einer Produktiv- und Konsumgenossenschaft. Es wird eine Verkaufsstelle für fertige Schuhwaren in Verbindung mit einer Reparaturwerkstätte errichtet und mit der Genossenschafts-Schuhfabrik in Ebfurt in Unterhandlung getreten werden. Die Hilfsarbeiter auf dem Zentralbahnhof in Basel haben die bei der letzten Lohnbewegung im August v. J. fallen gelassenen Forderungen wieder aufgenommen und wollen im Falle der Ablehnung die Arbeit niederlegen.

Versammlungen.

„Das neue Margarine-Gesch. eine Schädigung der Volkswirtschaften“ lautete das Thema einer Volksversammlung, die von einem zur Agitation gegen das genannte Gesch. zusammengetretenen Komitee durch Plakate an den Anschlagläulen am Donnerstag nach Keller's großem Saal einberufen und von etwa 1500 Personen besucht war, die dem Ansehen nach größtentheils den bürgerlichen Kreisen angehörten. Den außerordentlich zahlreich erschienenen Vertretern der Presse waren besondere Plätze reservirt. Der Einberufer Herr Siesemann dankte den Anwesenden für ihr zahlreiches Erscheinen, worauf als Vorsitzender Rechtsanwalt Sadewig, außerdem die Herren Voigt, Basse und Wette ins Bureau gewählt wurden. Referent war der freisinnige Stadtverordnete Goldschmidt. Er kritisirte eingehend den vorliegenden Gesetzentwurf, der, wenn er in der durch die Kommissionsberatungen verschärften Fassung angenommen würde, die Margarinefabrikation, in der mehr als 8000 Arbeiter beschäftigt wären, zu vernichten geeignet sei. Weiter kennzeichnete der Redner das Treiben der Agrarier, die nicht nur dem Margarinegesetz gegenüber, sondern auch bei zahlreichen anderen Gelegenheiten der letzten Jahre bewiesen hätten, daß sie nur ihren Vortheil zum Schaden der großen Masse des Volkes suchten, und wie die Gründe zurück, die von agrarischer Seite für die Nothwendigkeit einer Verschärfung des Margarinegesetzes geltend gemacht werden. Die gegenwärtigen gesetzlichen Vorschriften seien vollkommen ausreichend, um das Publikum davor zu schützen, daß ihm Margarine statt Butter verkauft werde. Natürlich würde man lieber gute Naturbutter essen, als Margarine; aber im Interesse derer, welche die hohen Butterpreise nicht bezahlen können, dürfe die Margarinefabrikation nicht erschwert werden. Durch die Margarine habe der Konsum der früher von den ärmeren Klassen vielfach gekauften minderwerthigen und zum Theil gesundheitsgefährlichen Speisefette bedeutend abgenommen. Die ärmeren Volksschichten würden gezwungen sein, wieder auf den Genuß dieser Fette, des amerikanischen Schmalzes und dergleichen zurückzugreifen, wenn die Margarine — wie es die Agrarier am liebsten sähen — ganz vom Marke verdrängt oder durch Fälschung den Leuten verfeilt würde. Wer früher amerikanisches Schmalz genossen hätte, könnte doch nicht jetzt Naturbutter kaufen. Die Agrarier wären gerade am wenigsten darauf bedacht, daß das Volk zahlungsfähiger wird. Angesichts der schlechten Lohnverhältnisse der Arbeiter sei es ein Glück, daß in der Margarine ein Ersatz für die Naturbutter gefunden worden sei. Der Redner trat ferner dafür ein, daß dieselbe scharfe Kontrolle, die für die Margarinefabrikation verlangt wird, auch auf die Herstellung der Naturbutter, wobei es nicht immer sehr sauber zugehe, ausgedehnt werden müsse, und plädirte für lebhafteste Agitation gegen den Margarine-Gesetzentwurf. Lebhafter Beifall wurde dem Redner zu Theil sowohl nach Schluß als auch während seines Vortrages, namentlich an den Stellen, wo er in scharfen Worten die Unerfahrenheit der Agrarier befechtete. Der Vorsitzende verlas hierauf einen Brief des Geheimen Rathes Spinola, worin sich dieser für eine Entschärfung der Margarinefabrikation ausspricht. Nunmehr nahm unser Genosse Herbert, der als Mitglied der Margarinekommission des Reichstages auf Einladung des Komitees erschienen war, das Wort. Er besprach die Kommissionsverhandlungen und erklärte, daß die Regierungsvorlage durch die Vorträge der Agrarier wesentlich verschlechtert sei. Die Regierungsvorlage hätten sich zwar gegen diese Vorträge geschützt, es sei aber zu beklagen, daß die verschlechterte Vorlage dennoch angenommen werde, denn angesichts der gegenwärtigen politischen Lage seien Regierung und Konserervative so auf einander angewiesen, daß die Wünsche der letzteren wohl Aussicht auf Erfüllung hätten. Selbstverständlich sei zu wünschen, daß jedermann gute Naturbutter kaufen könne; da das aber unter den heutigen Verhältnissen vielen leider nicht möglich wäre, müsse im Interesse dieser die Entschärfung der Margarinefabrikation verbündet werden. Der Redner kann bestätigen, daß durch die Einführung der Margarine der Verbrauch schlechter Fette bedeutend zurückgegangen ist, ohne daß der Naturbutter dadurch Konkurrenz gemacht worden wäre. Unter lebhaftem Beifall geißelte der Redner das Vorgehen der Agrarier und meinte, es ließe sich, daß von Mollereien Margarine gekauft würde, um Naturbutter damit zu vermischen. Dagegen wurde von einem Herrn aus der Versammlung Widerspruch erhoben, der aber von mehreren Seiten mit der Bemerkung: „Ja wohl,“ das in doch wahr! unterdrückt wurde. Herbert erklärte sich für eine nicht schließliche Kontrolle der Margarinefabrikation, um Betrügereien zu ver-

hindern, und schloß mit der Bemerkung, daß auch die Arbeiter Protest erheben müßten gegen eine Verschlechterung der Margarine-Vorlage. Herbert's Ausführungen wurden ebenfalls lebhafter Beifall gezollt. Während der Vorträge dieser beiden Redner hantirten in einer Ecke des Saales sechs hübsche junge Mädchen in schwarzen Kleidern und sauberen schneeweißen Schürzen, die sorgfältig mit Kamm und Brenneisen bearbeiteten Köpfe mit weißen Häubchen geziert. Sie regten emsig die Hände, um hunderte von Bröthen mit Margarine zu bestreichen und Margarinekekse aufzuschneiden. Nachdem sie sich selbst an diesen Speisen gütlich gehalten, auch dem ihnen anscheinend von interessirter Seite gespendeten Bier zugesprochen hatten, boten sie in der Pause den Anwesenden diese Proben der Margarine-Industrie dar, damit sich, wie der Vorsitzende sagte, jeder, der noch ein Vorurtheil gegen die Margarine habe, von der Vortrefflichkeit derselben überzeugen könne. Nach Wiedereröffnung der Verhandlungen nahm der freisinnige Landtags-Abgeordnete Desillateur Max Schulz das Wort. Er zog gleichfalls, oft von härmlichem Beifall unterbrochen, sehr scharf gegen das Treiben der Agrarier zu Felde und wandte sich entschieden gegen die Kontrollmaßregeln bei der Herstellung und dem Verkauf von Margarine, weil hierdurch die schon so zahlreichen Beamten vermehrt würden, wofür das Volk die Kosten aufzubringen hätte. Das Verlangen nach Kontrolle sei gleichbedeutend mit dem Ruf nach Polizei. (Stürmischer Beifall.) Im weiteren pries der Redner die Vortrefflichkeit der Margarine in etwas gewogt hohen Tönen; z. B. soll sie zur Herstellung eines guten Schutzheld, Beefsteaks, Koteletts u. dergl. „unentbehrlich“ sein. Er wandte sich gegen die Vertheuerung dieses „Vollnahrungsmittels“ und wünschte, daß die Stimmung, die in der Versammlung herrschte, sich in die weitesten Kreise fortpflanzen möge. Die Ausführungen des nächsten Redners, eines Herrn Burghard, der behauptete, daß im Gegensatz zu früher jetzt vielfach schlechte Fette wie amerikanisches Schmalz, Pferdetalg und dergl. zur Herstellung von Margarine benutzt würden, riefen großen Tumult hervor. Scharfes Pfeifen und Rufe: Runter, runter! wurden laut. Der Redner bemühte sich nachzuweisen, daß der Entwurf nur diesem unzulässigen Treiben bei der Fabrikation, sowie dem Betrage, der in Buttergeschäften theilweise mit Margarine betrieben werde, entgegengetreten wolle; er wurde aber fortgesetzt in der schon geschilderten Weise unterbrochen, so daß es auch dem Vorsitzenden nicht möglich war, ihm Gehör zu verschaffen. Erst den Bemühungen des Herrn Max Schulz, der darauf hinwies, daß das Niederreißen eines Gegendes „der guten Sache nur Schaden könne“, gelang es, die Ruhe wieder herzustellen. Der Redner ging dann auf technische Einzelheiten in der Margarinefabrikation ein, führte aus, daß der Entwurf das Interesse des realen Geschäftes wahre und trat der hier getriebenen Agitation entgegen, wofür ihm ironischer Beifall zu Theil wurde. Nachdem der Landtags-Abgeordnete M. O. H. und ein Herr Heiland gegen den Entwurf gesprochen hatten, trat Redakteur Wegner vom Standpunkte des Konsumenten für denselben ein und meinte unter anderem, den hier angeführten 8000 Arbeitern der Margarinefabrikation ständen auf der anderen Seite 9 Millionen Bauern gegenüber, die bei der Herstellung der Naturbutter interessiert seien. Der freisinnige Redner Dr. Bernstein betonte, daß es hier nur darauf ankomme, Freiheit für die Fabrikation und den Verkauf eines Nahrungsmittels zu fordern, das nun einmal in den Kreisen der Konsumenten eingeführt wäre und von dem erwiesen sei, daß es der Volksgesundheit, die übrigens den Agrariern nicht so sehr am Dergen liege, nicht schade. Nachdem der bekannte Gastwirth Theodor Müller die Vortrefflichkeit der Margarine geschrieben, die er, soweit es angehe, in seiner Wirthschaft beim Kochen und Braten verwende, und die in vielen Fällen selbst von Sachkennern nicht von Naturbutter unterschieden werden könnte, erhielt Herr Goldschmidt das Schlusswort, worin er die Behauptungen der Herren Burghard und Wegner widerlegte und den Vorwurf zurückwies, daß diese Versammlung im geschäftlichen Interesse veranstaltet sei. Das Komitee bestreite aus ehrenwerthen Berliner Bürgern und nur das Interesse der Bürgerschaft wäre bei dieser Agitation maßgebend gewesen. Das Komitee hätte die Fabrikanten erucht, Proben von Margarine zur Verfügung zu stellen, damit sich jeder auf Grund des eigenen Geschmacks ein Urtheil über dieselbe bilden könne. Er empfahl schließlich eine Resolution, in der unter ausführlicher Begründung der Reichstag erucht wird, „dem Gesetzentwurf, der schon in der Regierungsvorlage viel zu weit geht, in der ihm von der Kommission gegebenen Fassung aber absolut unannehmbar ist, seine Zustimmung zu verweigern.“ Mit einstimmiger Annahme dieser Resolution endete die Versammlung, die bis zum Schluß — gegen 1/2 Uhr — fast vollständig bejammert geblieben war.

Der **Verein der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands** (Zentrale Berlin) hielt am 6. Februar im Englischen Garten eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung für die Anhänger der Arbeitslosen-Unterstützung ab. In der vorangegangenen Urabstimmung hatten sich 396 Mitglieder für die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung und 197 dagegen erklärt. Der von der Kommission ausgearbeitete Entwurf eines Statuts für den neuen Unterstützungsbezirk wurde nun eingehend beraten und dann in allen Theilen angenommen. Danach ist der wöchentliche Beitrag auf 15 Pf. und die wöchentliche Unterstützung auf 6 M. bemessen. Mitglieder der Kaffe kann nur werden, wer dem Verein angehört und Mitglied der hiesigen Zahlstelle ist. Innerhalb 26 Wochen kann 6 Wochen lang Unterstützung bezogen werden. Die Kontrolle der Kaffe liegt einer Kommission ob, welche vierteljährlich Bericht zu erstatten hat. In dieselbe wurden gewählt Hefeld, Schöple, Knig, Weylopf und Gaudig. Das Statut tritt am 1. April in Kraft.

Mit dem Vorgehen der Konfektions-Arbeiter und Arbeiterinnen erklärte sich die Versammlung einverstanden und versprach die Bewegung in jeder Weise zu unterstützen.

Hierauf schilderte Sillier die eigenthümliche Agitation der Margarine-Interessenten. In der Holbuchdruckerei von Adolf Engel seien von dem Theilhaber dieser Firma, Herrn Alfred Wulz, für den Margarinefabrikanten Giesmann Zirkulare an die Arbeiter vertheilt worden, worin aufgefordert gewesen sei, die am 6. Februar noch Keller in der Kappentrasse einberufene Protestversammlung gegen die Besteuerung der Margarine zu besuchen. Jedem Arbeiter seien hierfür 3 Glas Bier, freie Pferdebahnfahrt und 2 Margarine-Stücken zugesichert worden. Dasselbe Manöver sei in etwa 12 Fabriken gemacht worden. Redner protestirte aufs entschiedenste gegen diese Machinationen. Wenn es auch möglich sei, Front zu machen gegen die Gesetze der Agrarier, die bei ihrem Trachten, sich auf Kosten anderer die Taschen zu füllen, nicht zurückzudenken, die nothwendigsten Lebensmittel des arbeitenden Volkes zu vertheuern, so hätten doch die Arbeiter keine Ursache, zu gunsten einiger industrieller Kapitalisten sich zu derartigen Manipulationen gebrauchen zu lassen. Von den

sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag sei in sehr treffender Weise gegen die Liebesgabe an die Agrarier Stellung genommen, die dem Protest wüchsen sich die Arbeiter anschließen, aber nicht die unläutere Agitation unterstützen, wie sie von den Margarine-Fabrikanten inszeniert wird.

Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Maier und verw. Berufsgenossen, die von der Lohnkommission Berlin und sämtlicher Vororte einberufen war, tagte am 5. Februar in Cohn's Festsaal, um den Bericht der Kommission über die bisherigen Verhandlungen mit den Meistern entgegenzunehmen. Link theilte folgendes mit: Am 4. Januar habe die erste Verhandlung mit der zu diesem Zwecke gewählten Lohnkommission der Berliner Malerinnung stattgefunden. Ein positives Resultat sei aber noch nicht erreicht, da die Kommission der Innung gegen die Gehilfenforderungen alle möglichen Einwendungen gemacht und besonders die Forderung des Minimallohnes bekämpft habe, mit der Begründung, durch die Bewilligung dieser Forderung würde die Streikfreiheit der Gehilfen unterbunden werden. Trotzdem ein Unterschied zwischen Malern und Anstreichern in den Arbeitsverhältnissen fast garnicht mehr vorhanden sei, hätten die Meister mit den Anstreichern nichts zu thun haben wollen und seien erst dann in die Verhandlungen eingetreten, als sie sich überzeugt hatten, daß die Gehilfen-Lohnkommission nur aus Malern zusammengesetzt ist. Wenn auch erfreulicherweise in der Kommission der Innung die größten Firmen vertreten wären, so könne leider doch nur von Herrn Sobotta gesagt werden, daß er den Forderungen gegenüber Entgegenkommen gezeigt habe. Der Obermeister der Rixdorfer Malerinnung habe die Einladung zu einer Verhandlung mit der Lohnkommission abgelehnt, da ihm die Forderungen zu hoch erschienen. Die Charlottenburger Malerinnung habe sich ebenfalls geweigert, in Verhandlungen einzutreten und das Schreiben der Kommission in ironischer Weise beantwortet.

In der Diskussion über Link's Bericht, woran sich Wentler, Busch, Wengel, Hejerau, Nicolai und andere Redner beteiligten, wurde das Verhalten der Meister einer scharfen Kritik unterzogen. Allgemein kam die Meinung zum Ausdruck, daß die Innung die Verhandlungen verzögern wolle, um die Bewegung zu verschleppen. Abschließend schienen auch von den Meistern verschiedene Gerüchte unter den Gehilfen verbreitet zu werden, um die Bewegung einzuschüpfen. Von einigen Rednern wurde den Rixdorfer Kollegen der Vorwurf gemacht, daß sie eigenmächtig, ohne Hinzuziehung der Lohnkommission, Versammlungen einberufen hätten und mit den Meistern in Verhandlungen eingetreten seien. Hejerau erklärte jedoch, daß man damit die Kommission in ihren Arbeiten nur untergraben wolle und auch die Verhältnisse in Rixdorf — das Verhalten der Behörden — das abweichende Verfahren notwendig gemacht hätten. Link theilte dann mit, daß die Kollegen vor Maßregelungen keine Furcht zu haben brauchten, da der Lohnkommission die notwendige Unterstützung bereits zugesagt worden sei. Hierauf wurde folgende Resolution mit dem Zusatzantrag von Wentler, der besagt, daß wenn innerhalb acht Tagen eine Verhandlung mit den Meistern nicht stattfindet, die Verhandlungen mit denselben abzubrechen und eine öffentliche Versammlung einberufen werden soll, angenommen:

„Die heute in Cohn's Festsaal tagende öffentliche Versammlung der Maler und verwandter Berufsgenossen erklärt sich mit dem Verhalten der Lohnkommission bezüglich der Verhandlungen mit der Meisterkommission einverstanden. In Erwägung, daß die wirtschaftliche Lage der im Malergewerbe beschäftigten Personen eine tieferliegende ist, dieselbe aber nur durch die Variation der Lohnskala hat playgreifen können, geht aber in ein Stadium getreten ist, daß jeder Beschreibung spottet; in weiterer Erwägung, daß sich im nächsten Frühjahr eine gute Konjunktur ergeben wird, wie sie schon seit Jahren nicht mehr da war, und von der ferneren Erwägung ausgehend, daß die Lage nur dann gehoben werden kann, wenn ein einheitlicher Lohnfuß für alle im Malergewerbe beschäftigten Personen, nach unten gezogen, beschließt die Versammlung, den von der Lohnkommission aufgearbeiteten Lohnfuß, unter allen Umständen, namentlich aber die Forderung des Minimallohnes und der neunstündigen Arbeitszeit mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zur Durchführung zu bringen. Die Versammelten erklären zunächst, für die Sammlungen zum Streiffonds energischer

als bisher einzutreten. Ferner erklären die Versammelten, soweit dies noch nicht geschehen ist, der hier am Ort bestehenden Vereinigung der deutschen Maler u. s. w. beizutreten, da nur in der Stärke der Organisation die Macht liegt.“

Die von der Malerinnung an die Malergehilfen ergangene Einladung zur Teilnahme an dem 50jährigen Jubiläum der Innung, wozu den Gehilfen fünf Einlaß- und Tischkarten zur Verfügung gestellt werden sollten, fand durch Annahme der nachstehenden Resolution, die der Innung zur Kenntnis gegeben werden soll, ihre Erledigung: „Die Versammlung beschließt, der von der Berliner Malerinnung ergangenen Einladung zum 50jährigen Jubiläum etc. nicht stattzugeben. Sie weist vielmehr eine derartige Einladung auf das entschiedenste zurück, da die gesammelten Innungen der modernen Arbeiterbewegung stets hindernd in den Weg treten, und die Berliner Maler es unter ihrer Würde halten, eine Deputation zu wählen, die an einem derartigen Fest teilnimmt, ganz abgesehen davon, daß dies Fest in einem Lokale („Konfordia“) stattfindet, das den Arbeitern nicht zur Verfügung steht.“

Hierauf gab Link bekannt, daß die Arbeiter der Firma Wehling die Arbeit niedergelegt haben, diese Angelegenheit aber als erledigt zu betrachten ist, da die meisten Stellen bereits wieder besetzt waren, bevor die Lohnkommission benachrichtigt wurde. Dies war aber nur dadurch möglich, daß die Kommission von der Arbeitsniederlegung zu spät Kenntnis erhalten hatte. Redner ersucht, in Zukunft solche Versammlungen zu vermeiden. Hejerau kritisierte das Verhalten der Rixdorfer Polizei und ersuchte den überwachenden Beamten, zu protokollieren, daß er schließlich in einer Filialversammlung der überwachende Beamte betrunken war. Hierauf wurde Link zum Delegierten für die Gewerkschaftskommission gewählt. Bisher waren die Maler in dieser nicht vertreten. Mit einem draufenden Hoch auf die Malerbewegung wurde dann die imposante Versammlung geschlossen.

In der Vergolder-Versammlung am Donnerstag wurde über die Arbeitsniederlegung der Versilberer der Fabrik von Scholz, Lottumstraße, verhandelt. Dieser Streik hat darin seine Ursache, daß Herr Scholz, der seit dem letzten Generalstreik für die billige Arbeit schon Mädchen beschäftigte, noch vier Lehrlingmädchen eingestellt hat und daß er das Verlangen der Versilberer ablehnte, diese Mädchen wieder zu entlassen. Zwei Angehörige der Firma, Herr Böhm und Herr Pohnanski, suchten das Verhalten ihres Chefs zu rechtfertigen, die Versammlung nahm aber einstimmig eine Resolution an, worin der Streik für berechtigt erklärt und die Agitations-Kommission beauftragt wird, für die nötige Unterstützung der Ausständigen zu sorgen. Nach heftiger Debatte wurde weiter beschlossen, daß die übrigen bei der Firma Scholz beschäftigten Arbeiter, wie Farbdigtmacher und Firnisler, sich mit den Versilberern solidarisch zu erklären und ebenfalls die Arbeit niederzulegen hätten. Der zweite Punkt der Tagesordnung, der die Zwischenmeister betraf, wurde wegen vorgerückter Zeit bis zur nächsten Versammlung vertagt. In Beziehung auf die Bewegung im Konfektionsgewerbe sagte die Versammlung einstimmig eine Resolution, worin sie den beteiligten Schneidern und Schneiderinnen etc. ihre vollste und wahrste Sympathie ausdrückt und sich verpflichtet, sie nach Möglichkeit thätkräftig zu unterstützen.

Die Rohrleger und Gehilfen tagten am Mittwoch Abend bei Volk, Alte Jakobstraße. Die Versammlung war sehr schwach besucht. Reichstags-Abgeordneter Bueß aus Mülhausen hielt einen Vortrag, worin er ausführte, daß die allgemeine wirtschaftliche Nothlage durch die einzelnen Gewerkschaften nicht beseitigt, sondern nur zeitweise gemildert werden könne. Den Weg zur allgemeinen Beseitigung der Nothlage zeige die Sozialdemokratie; er besetze in der Eroberung der politischen Macht und diese werde errungen durch allgemeine Volksaufklärung, eingehendes Studium der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und umfassende Organisation des arbeitenden Volkes. In diesem Werke müsse jeder einzelne mitarbeiten. (Beifall.) In der Diskussion forderte Karpenkiel auf, gegen zu agitieren, damit die günstigere Konjunktur nicht ganz ungenützt vorübergehe. Ficus, Lollsdorf u. a. äußerten sich in ähnlichem Sinne. Beim Punkt „Verschiedenes“ wurde der ausliegende Fragebogen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Rohrleger diskutiert und den Kollegen dringend zur Ausfüllung

empfohlen. Allgemein vertrat man die Ansicht, daß in diesem Jahre von einer Lohnbewegung Abstand genommen werden müsse, da die Organisation noch zu schwach sei. Die Versammelten wurden noch aufgefordert, zahlreich in der am 22. März stattfindenden öffentlichen Versammlung zu erscheinen, wo über das Thema gesprochen werden soll: Der Wauschwindel in Berlin und die Sicherstellung des Lohnes der Bauarbeiter.

Der Streik der Tagelöhner-Troschkenkutscher fand seinen offiziellen Abschluß in der öffentlichen Versammlung der Troschkenkutscher, die am 6. d. M. bei Jubel tagte. Die Streikkommission legte dort die Abrechnung vor. Diese wies eine Einnahme von 860,35 M. auf, welcher eine Ausgabe von 668,01 M. (darunter 512,75 M. für Unterstüfung) gegenüber stand, so daß ein Ueberschuß in Höhe von 222,34 M. bleibt. Der Ueberschuß soll den Grundstock für einen gewerkschaftlichen Fonds bilden. Auf Antrag der Redner wurde die Streikkommission einstimmig entlassen. Die Versammlung hörte dann ein Referat des Reichstagsabg. Zubeil über die Frage, welche Schritte zu unternehmen seien, um die Lage der Troschkenkutscher zu verbessern. Redner schätzte die Nothwendigkeit einer Kampfes-Organisation vor Augen und empfahl sehr dringend, den bestehenden Verein Berliner Troschkenkutscher gründlich zu reorganisieren, Vertrauensleute zu wählen und durch regelmäßige Sammlungen einen Kampffonds zu schaffen. Ein „Schlafmützen-Verein“ könne den Kutschern nichts nützen. In der Diskussion wurde dem Referenten von Vereinsmitgliedern sehr energisch entgegengetreten, wobei es zu lebhaften Auseinandersetzungen kam. Die Versammlung wählte dann an Stelle von Prüß das Mitglied Hermann Schulz in die Gewerkschaftskommission. Dringend empfohlen wurde die Wahl von Vertrauensleuten auf den Jahreshöfen, die die Sammlungen zum Streiffonds energisch in die Hand nehmen sollen.

Der Fachverein der Tapezierer hielt am 28. Januar seine Generalversammlung ab. Der Besuch war gut. Genosse Litfin sprach über Florian Geyer. Nach der Diskussion über den interessanten Vortrag gab der Kassierer seinen Bericht; danach ist ein Kassenbestand von 73 M. zu verzeichnen. Mit Bedauern nahm die Versammlung Kenntnis davon, daß wegen eines früheren Mitglieds namens Frommler 50 M. Rechtsanwaltskosten zu bezahlen sind und es dieser Kollege nicht mehr der Mühe werth hält, sich im Verein sehen zu lassen. Der Kassierer stellte dann fest, daß im letzten Quartal 36 Kollegen und im Monat Januar beinahe ebenso viele sich als neue Mitglieder aufnehmen ließen. Beschlossen wurde 1. Karten zu verkaufen und den Erlös daraus für bessere Ausstattung der „Tapezierer-Zeitung“ zu verwenden; 2. am 1. Osterfeiertag ein Vergnügen bei Brodnow, Sebastianstraße 39, abzuhalten. Die nächste Versammlung wird einem großen Dekorationsvortrag bieten.

Pankow. Der Arbeiterverein für Pankow und Umgebung hielt am 22. Januar seine Hauptversammlung ab. Nach dem Bericht des Vorstandes zählt der Verein 164 Mitglieder, von denen aber leider 94 schon seit langer Zeit mit ihren Beiträgen restieren, so daß der Vorstand sich genöthigt sehen wird, diese Mitglieder zu streichen und abzumelden. Unter solchen Umständen sind denn auch die Verhältnisse der Kasse nicht so gut, wie sie sein könnten; die Kasse hatte nach dem Bericht des Kassierers im verfloffenen Halbjahr nur eine Einnahme von 119,05 M., die Ausgaben betragen 67,90 M., es blieb also ein Bestand von 51,15 M. In der Besprechung der Angelegenheit wurde von mehreren Rednern bedauernd hervorgehoben, daß es im letzten Halbjahr sehr an der nötigen Mäßigkeit gefehlt hat. Die vom Verein eingerichteten Lese-Abende sind so schwach besucht gewesen, daß sie zu Stat-Abenden herabsinken. Ein ebenso trauriges Bild bot der Bericht des Bibliothekars. Der Bücherwechsel an den Lese-Abenden war sehr wenig rege. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Aus der Wahl des Vorstandes und der Vereinsbeamten gingen hervor Krause als erster und Hirschmeyer als zweiter Vorsitzender, Braun als Schriftführer, Matbauer als Kassierer; als nicht zum Vorstand gehörend die Genossen: Heinrich Hoffmann, Hilfskassierer, Wilz, Bibliothekar, Griffel, Hilfsbibliothekar, Lufas, Rummert und Schodel, Redner. Der Lese-Abend wurde auf jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats verlegt. Der Gemeindevorsteher Genosse Bilz theilte noch mit, daß er ausgefloßt ist.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.
Sonnabend, 8. Februar.
Opernhaus. Der Evangelimann.
Phantasten im Bremer Rathskeller.
Schauspielhaus. Die Kranke Zeit.
Deutsches Theater. Die Mütter.
Festung-Theater. Comtesse Guderl.
Berliner Theater. König Heinrich.
Neues Theater. Der Herr Direktor.
Residenz-Theater. Hotel zum Freihasen.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Hungerleider.
Theater Unter den Linden. Die schöne Helena.
Schiller-Theater. Romeo und Julia.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Lante.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Belle-Alliance-Theater. Böse Buben.
Alexanderplatz-Theater. Pitts.
Hierauf: Die kleinen Lämmer.
National-Theater. Contradin, der letzte Hohenstaufe.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Raufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Volks-Vorstellung
zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Gastspiel des Herrn Hans Proger vom Stadttheater zu Mainz.
Konradin, der letzte Hohenstaufe.
Tragödie in 5 Akten
von Moriz Gutmann.
Regie: Fritz Schäfer.
Nachm. 4 Uhr: Häusel und Gretel.
Morgen: Die Waive von Lowood.
Nachm. 3 Uhr: Der Freischütz.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr: Romeo und Julia.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung. Abends 8 Uhr: Onkel Bräsig.

Adolph Ernst-Theater.
Auf vielseitiges Verlangen:
Neu einstudirt:
Charley's Lante.
Schwan in 3 Akten von Thomas Branden. Repertoirestück des Globe-Theaters in London. In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Vorher: Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von E. d. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Derselbe Vorstellung.

Walhalla-Theater
Oranienstr. 52 (dicht am Moritzplatz).
Eine Stunde im
Zukunftsstaat.
Vorher:
Kneipp in Berlin.
Lezte Aufführung im Walhalla-Theater am 9. Februar. — Die angegebenen Vorzugsbillets haben nur noch bis zu diesem Tage Gültigkeit.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Entrée 30 Pf.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Die tolle Nacht.
Komische Pantomime, dargestellt von der berühmten
Phoites-Troupe.
Auftreten von
Eugenie Fougère
und 30 Kunstkräften 1. Ranges.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Alexanderplatz-Theater.
Anfang 8 Uhr: Zum 111. Male:
Nur noch 20 Aufführungen
Die kleinen Lämmer.
Vaudeville in 2 Akten von E. Barney.
Vorher: Pitts.
Operette in 1 Akt. Text von Fritz Otto.
Musik von Hans Loewensfeld.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Zum 155. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund und Wilh. Mannsd. Musik von Julius Einödshofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Derselbe Vorstellung.

Passage-Panopticum.
Täglich um 5 1/2 und 8 Uhr:
Affentheater und Circus.
30 Affen,
30 Hunde,
12 Pferde,
Esel, Ziegen,
Schweine, Hasen

Urania
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres als Anschlagzettel.
Grünau. G. Lindenhayn, Gastwirth, hält seine Lokalitäten best. empfohlen.

Belle-Alliance-Theater.
Belle-Alliancestraße 7/8.
Morgen, Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Ein Volksfeind.
Von Henrik Ibsen.
Beginn der Verlosung 2 1/2 Uhr. 285/5

Keller's Festsäle
Koppen-Strasse 29.
Nächsten Dienstag, den 11. Februar 1896, abends 8 1/2 Uhr:
6. Abonnements-Konzert
der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker.
Orchester: 50 vorzügl. Musiker. Dirigent: G. Grass.
In anbetragt des hohen Kunstgenusses, welcher hier dem Unbemittelten geboten wird, da wir nur Schöpfungen unserer größten Tonmeister wie im „Konzerthaus“ und der „Pöhlharmonie“ zu Gehör bringen, sehen wir einer möglichst noch zahlreicheren Theilnahme als früher entgegen, was uns zu reger Thätigkeit auf dem betreuten Weg anspornen und in die Lage versetzen wird, immer Vollkommeneres zu bieten, was dem Arbeiter Gelegenheit zur Bildung seines Kunstverständnisses auf musikalischem Gebiet bedeuten solle.
Das Abonnement beträgt für alle 5 Konzerte (6-10) 1 M., und kann das Billet beliebig als Familienbillet bis 5 Personen benutzt werden. Die alten Abonnementsbillets von früher behalten Gültigkeit und sind in allen mit Plakaten belegten Geschäften, sowie an der Abendkasse zu haben. 68/11
Einzelkonzerte 25 Pf. pro Person, und sind derartige Billets, beliebig zu einem Konzert verwendbar, im Vorverkauf und an der Abendkasse zu haben.
Programme à 5 Pf. an der Abendkasse. Schluß des Konzerts 11 1/2 Uhr.
Nach den Konzerten:
Familien-Kränzchen.
(Herren 30 Pf. Nachzahlung.)

Das
Löwen-Weib.
Allerseelen.
!! Der Eden-Garten !!
Marionetten
Castan's
Panopticum.

H. Scheip's Bierlokal,
Marlinstr. 11, nahe d. Blumenstr.
Weiß- und Bairisch-Bierlokal. Verlehrslokal aller Sachen. Gemüthliches Beisammensein des Sonnabends und Sonntags. 48012*
Paster's Festsäle
Neue Königstr. 7.
Mein Saal mit Nebenräumen noch einige Sonnabende zu vergeben. [4269L*]

Concerthaus Sanssouci

Kottbuserstraße 4a.
Heute, sowie
Jeden Sonntag u. Donnerstag:



**Stettiner
Sänger**

(Meysel,
Pietro,
Brittan,
Steidl,
Krone,
Röhl
und
Schrader)

Anfang 7 Uhr. — Entree 50 Pf.
Heute:
Wundervolles Sonntags-Programm.
Morgen, Montag: Soirée in d.
Victoria-Brauerei.
Anfang 8 Uhr. — Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf.
Elite-Programm!
Dienstag: Böhmisches Brauhaus.
Mittwoch: Meabiter Stadt-Theater.

Kaiser-Panorama

(Passage).
Diese Woche: Zum ersten Male:
Frankreich. Reise von Havre bis
Treport. Eine Reise 20 Pf., Kinder
nur 10 Pf. Laufende Abonnenten.

Feen-Palast

Burgstrasse 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Das tolleste Februar-Programm!
Für Berlin
durchweg neue Spezialitäten!
Mss. Martha. Mr. Frankloff.
Mr. Arvo. Gehr. Francs. Familie
Schenk. Lotti Romanowitsch.
Harlow Trio. Rembrand u. Cläri.
Marvell-Truppe. Robin u. Berat.
Koller Talaschuss, 5 Personen
auf dem Thurmseil. Ein 3 und
6 jähriges Mädchen als Thurm-
seilkäuser.
Die tolle Jugend.
Urkommische Pantomime von der
Gesellschaft Theo.
Anfang { Sonntags 8 Uhr.
Wochentags 7 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf.

Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43
(City-Passage).
Täglich:
Grosse Vorstellung.
Vollständig neues Programm.
Signorina Call. Alfredo Resse.
Lotto Siger. Käthechen Möller.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ref. 50 Pf.
R. Winkler.

Der geheimnisvolle Fremde!
Der Niesenbrustkastenmensich
hat **Aufsehen** gemacht!

**Kaufmann's
Variété-Theater**
Königsstrasse, Colonaden.
Geradezu Sensation hat
der beste aller Humoristen
Gentes gemacht!!
Theowin's
Schönheits-Gallerie.
Das neue lustige Programm
im Zoologischen Garten
eine Pantomime wie sie sein soll.

**Neuer Circus.
Circus Busch (Bahnhof
Börse).**

Sonnabend, den 8. Februar:
Abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Gala-Vorstellung.
Ischens, das Waldmädchen.
Elektrisches Ballet.
Außerdem:
Ein equestr. Arrangement
von 100 Hengsten,
dressirt und vorgeführt v. Dir. Busch.
Elite-Dressurnummer d. Circus
Busch. Thatsächlich
100 Hengste in der Manege.
Frau Dir. Busch als Schutzeiterin a.
Thucydides, irakischer Hengst, von
Zebauer a. d. Thudneide. Con-
verso II, echt Libyaner Schimmelhengst,
dress. u. ger. v. Hen. Footitt-Burghardt.
Die unvergleichliche Brautseil-
künstlerin Mme. Maria Doré.
Auftreten der beliebtesten Clowns.
Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachm.
4 Uhr (ermässigte Preise) und 1 Kind
unter 10 Jahren frei: Ein Winternachts-
traum. Abends 7 1/2 Uhr: Ischens.



**Zentr.-Kranken- u. Begräbnis-
Lafed. Sattlern. Berufsög.**

Deutschlands „Hoffnung“, E. V. 61.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
das Mitglied, der Sattler
August Prillwitz
am 4. Februar verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag,
den 9. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom
Krankenhaus Urban aus nach dem
Heiligen Kreuz-Kirchhof statt.
Um rege Beteiligung ersucht
160/3 Die Ortsverwaltung.

**Holzarbeiter-Verband
Rixdorf.**

Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser langjähriges, treues Mitglied,
der Tischler
Otto Jäger
an der Proletarier-Krankheit ver-
schieben ist.
Die Beerdigung findet Sonntag Nach-
mittag 3 1/2 Uhr vom Trauerhause,
Richardstr. 45, aus statt.
Sammelpunkt bei F r i e, Richard-
straße 48. 81/6
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Allen Genossen und Bekannten zur
Nachricht, daß mein lieber Mann und
Vater, der Maurer
Gottlieb Baad
am 6. d. M. der Proletarierkrankheit
erlegen ist. — Die Beerdigung findet
Sonntag Nachm. 3 Uhr von Brunnen-
straße 99 aus nach dem Elisabethkirch-
hof statt. 2582b

Dankagung.
Für die Beweise herzlicher Theil-
nahme und die Krankspenden am Grabe
unseres lieben Sohnes
Julius Scherwitz
sagen wir allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, insbesondere der Firma
Schulte, Brandhold u. Co. unsern tief-
gefühlten Dank. 2580b
Die trauernde Familie Scherwitz.

Musikunterricht-Konv. Voedhitz. 5.
Unbemittelten Kindern Musikunter-
richt. Off. „Musik“ Postamt Dresdenstr.

Möbel u. Polsterwaren,
reelle Waare empf.
Franz Tutzauer,
Tischlermeister, 130818*
Berlin SW., Gläcker-Strasse 14.
Neue Sofas, Heberzischer
billig zu verkaufen *M
Pfaudische Stallgerstr. 13.

Jede Uhr
reparieren u. reinigen kostet
bei mir unter Garantie des
Gutgehens nur 1 M. 50 Pf.
anher Bruch, keine Reparaturen
billiger. Großes Lager neuer und
gebrauchter Taschenuhren, Regula-
toren und Wecker, alle Arten Ketten,
sowie Brillen und Binocles.
Carl Lux, Uhrmacher,
35, Chaussee-Strasse 35.

Herren-Hüte 65 Pf.
mit unbedeutenden Fehlern.
Bessere Hüte, enorm billig,
verkauft das Fabrik-Komptoir
**Barnimstr. 4,
Müllerstr. 12c.**

Alte Stiefeln, answ. Bestellung, u.
billig Dresdenstr. 49, Rungt.

Achtung! Kein Laden.
Kontroll-Schuhmarke.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren
1 Mark. Garantie rein amerikanische
Tabake. Rippentabal 2 Pfd. 80 Pfg.
4261 L*
H. F. Dinslage,
Kottbuserstr. 4, Hof part.

Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuh-
fabrik von W. Hirschke, gegründet 1872,
Staligerstr. 13, Ecke Admiralstraße,
am Kottbuser Thor. 42702*

Arbeitsmarkt.
Eine geübte Schenkefflietherin
und geübte Kartonsarbeiterinnen werden
sofort verlangt. **Georg Heise,**
2555b Kartonsfabrik, Hoffstr. 7.
Kurbelstepperin, geübte, verlangt
Schiefe, Grüner Weg 19. 2574b
Leistungsbund verlangt Gold-
leistungsbund Dresdenstr. 97. 2585b
Tücht. Farbdigtmacher gesucht nach
außerhalb. Zu melden Sonntag Morgen
von 9-11 Uhr Restaurant Karl Gäh,
Köpnickerstr. 73. 2587b
*Tücht. Verfilberer verl. Admiralstr. 7.

Bildhauer Berlins!

Das große Interesse, welches wir an der Holzarbeiterbewegung haben, da wir euent. in Mitleidenschaft gezogen werden, erfordert es, daß wir Stellung dazu nehmen. Erscheint also alle in der Versammlung am 12. Februar bei J. G. Andreasstr. 21. Näheres siehe Inserat in nächster Woche.
222 J. A.: Otto Meyer, Strelitzerstr. 28.

Achtung, Holzarbeiter!

Sonntag, den 9. Februar, vormittags 10 Uhr:
im Saale der Brauerei „Friedrichshain“,
am Königsthor:

Große öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Unsere Lohnbewegung. Referent: Th. Glocke.
2. Diskussion.

Kollegen, die wichtige Tagesordnung macht es jedem Holzarbeiter zur Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.
51/4 Der Vertrauensmann.

Große öffentliche Versammlung der Steinseher u. Berufsgenossen Berlins und Umgebung mit Frauen

am Sonntag, den 9. Februar, Nachmittags 4 Uhr,
bei Buske (früher Seefeldt), Grenadierstr. 33.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Friedberg über eine im Monat Februar zu veranstaltende Statistik über die Lebenshaltung der Bauarbeiter.
 2. Diskussion.
 3. Die Lohnbewegung der Konfektionsarbeiter u. Arbeiterinnen.
 4. Verschiedenes.
- Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein und Tanz.
Keine Teller Sammlung! Tanz frei! 174/3

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 9. Februar, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Bergner, Annenstraße 16:

Branchen-Versammlung der Rohrleger und Gehilfen.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Hoffmann über: Glaube und Vernunft. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zur Beachtung! Wir sind gezwungen, die Versammlung pünktlich zu eröffnen, es ist daher Pflicht jedes einzelnen, rechtzeitig zu erscheinen.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand. 122/1

Achtung! Metallarbeiter Charlottenburgs!

Sonntag, den 9. Februar, vormittags 10¹/₂ Uhr,
im Lokale „Bismarckshöhe“, Bismarcksdorferstraße 39:

Große öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Der gegenwärtige Stand der Metallindustrie und die Organisation der Metallarbeiter. Referent: Kollege H. Rohrlack-Berlin.
Das Erscheinen aller Metallarbeiter ist unbedingt nötig.

Die Kollegen der Firmen: E. Ubrig & Co., Ludwig Löwe & Co., Siemens & Halske, Freund & Co., Döring & Rüdert, Anhaltische Maschinenfabrik, Vörsig, David Grove, sowie die Feilenhauer von Schaaf, Neuenwiese, Schaaf, Salzger und Henkels, Charlottenburger Ufer, werden ganz besonders gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. 120/9

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 10. Februar 1896, abends 8¹/₂ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Lokale des Herrn Helfer, Oranienstraße Nr. 51.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Pinn über: Was ist Bildung?
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Um zahlreiches Besuch bittet Der Vorstand.
Die Kollegen werden ersucht, in der Versammlung mit den Weihnachtsfest-Billets abzurechnen. 148/12

Verband der in Buchbindereien, der Papier- u. Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Branchen-Versammlungen am Montag, den 10. Februar, abends 8¹/₂ Uhr.

1. Buchbinder

in Goltz' Ecksälen, Alte Jakobstraße Nr. 75.

Tagesordnung: 1. Tätigkeitsbericht des Vertrauensmannes. 2. Neuwahl der Vertrauenspersonen. 3. Mißstände und Ueberschreitungen der Gewerbeordnung im Buchbindergewerbe. Referent: Frau Greifenberg.

Zu dieser Versammlung sind besonders die Kollegen und Kolleginnen von Baumbach u. Co., Alexandrinenstraße, G. Schmidt, Lindenstraße, Maurer und Dimmid, Elisabeth-Ufer, eingeladen. 25/3

2. Leder- und Galanterie-Arbeiter

im Lokale des Herrn Bergner, Annenstraße 16.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Wahl eines Vertrauensmannes. 3. Verschiedenes.

3. Kartonarbeiter und Arbeiterinnen

im Lokale des Herrn Wilke, Andreasstraße 26.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Hoffmann über: Glaube und Vernunft. 2. Wahl eines Vertrauensmannes. 3. Gewerkschaftliches. Um recht regen Besuch bittet Der Vorstand.

14 große öffentliche Versammlungen

der Mäntelnäherinnen, Bügler, Zuschneider, Stepper, Stepperinnen, Kinderkonfektions-Näherinnen, Herrenkonfektions-Schneider und Näherinnen, sowie Schneider und Näherinnen aller Branchen der

Konfektions-Industrie

am Montag, den 10. Februar, abends 8 Uhr.

- Für Centrum: Englischer Garten, Alexanderstraße 27c. Paster's Gesellschaftshaus, Neue Königstraße 7, in der Nähe des Königsthores. Brauerei Friedrichshain, am Königsthor. Nieff's Festsäle, Weberstraße 17. Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstraße 4a. Rautenberg's Festsäle, Oranienstr. 180 und Vereinshaus „Südost“, Waldemarstr. 75. Königshof (großer Saal), Bülowstraße 37. Berliner Prater, Kasanien-Allee 7. Swinemünder Gesellschaftshaus, Zwinemünderstraße 35 und Gründel's Festsäle, Brunnenstraße 188, in der Nähe des Rosenthaler Thores.
- Für den Nord-Osten:
- Für den Osten:
- Für den Süd-Osten:
- Für den Westen:
- Für den Norden:

- Für Wedding-Gesundbrunnen: Kösliner Hof, Köslinerstraße 8.
- Für Moabit: Ahrens' Brauerei, Stromstraße 11-16. Viktoria-Säle, Hermannstraße 48-50.
- Für Rixdorf:

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Wie haben sich die Großkonfektionäre zu unseren Forderungen gestellt?
2. Diskussion und Beschlußfassung darüber.

Die Referenten werden in den Versammlungen bekannt gemacht. Kollegen und Kolleginnen, diese Versammlungen werden von entscheidender Wichtigkeit sein, es ist daher Pflicht aller Beteiligten, zahlreich zu erscheinen. Aus der Stellung der Großkonfektionäre wird sich ergeben, was weiter geschehen soll.

Die Agitations-Kommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins,

164/12

Im Auftrage: J. Timm, Vertrauensmann.

Achtung! Zimmerer Achtung! Berlins und der Vororte.

Sonntag, den 9. Februar, vorm. 10 Uhr,
im Feen-Palast, Burgstraße 22:

Große öffentliche Versammlung sämtlicher Berliner Zimmerer sowie der Zimmerer der Vororte.

Tages-Ordnung:

1. Sind wir gewillt, vom Montag, den 10. Februar ab eine Forderung an unsere Arbeitgeber zu stellen?
2. Abrechnung der Sammellisten vom vorigen Jahre.

Zu dieser Versammlung sind sämtliche Poliere eingeladen. Der Gesellen-Musschuß des Bundes der Bau-, Maurer- und Zimmermeister ist brieflich eingeladen. Die Lohnkommission der Berliner Zimmerleute.
J. A.: Theodor Fischer, Danzigerstraße 88.

257/15

Große öffentliche Versammlung der Hutarbeiter und Hutarbeiterinnen

Sonntag, den 9. Februar, vormittags 10 Uhr,

im Schweizer-Garten, am Königsthor.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zu der Maßregelung und Differenz in der Fabrik Bavud und ihre Folgen. Die Schließung der übrigen Wollhutfabriken.
2. Besprechung der hoffnungslosen Zustände in den Wollhutfabriken.

Die Herren Wollfilzhut-Fabrikanten werden zu dieser Versammlung eingeladen.
Der Einberufer.

88/3

Kranken- und Begräbniskasse der Seisenhauer u. Berufsgen.

G. S. Nr. 17 zu Berlin.
Sonntag, den 10. Februar 1896, vormittags 10 Uhr, im Restaurant Wollschläger, Blumenstr. 78:
Ordentliche

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. Nur Quittungsbuch legitimiert.
257/8b Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u.

Filiale Berlin E. (G. S. Nr. 3)
Sonntag, den 9. Februar 1896, vormittags 10 Uhr, in der Tonhalle, Pasewalkerstr. 3:
Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. F. Glöckner über Vererb und Nutzen der „Hondoparkia“. 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1895. 3. Kasseeingelegenheiten. 180/5 Die Ortsverwaltung.

Gäle zu Festlichkeiten u. Versamml. unentgeltl. Alexanderstr. 27c.

Verband der Möbelpolierer.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Versammlung im Norden ausfällt, weil

Zwei öffentliche Versammlungen

stattfinden und zwar morgen, Sonntag Vormittag, bei Henke, Hannysstraße 27, und Montag, 10. Februar, abends, Badstr. 12 (siehe Inserat Freitag). Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen, speziell die von der Nähmaschinen-Branche, weil in Werkstätten Differenzen auszuberechnen drohen. 147/2 Der Vorstand.

Metallarbeiter!

Montag, 10. Februar, abends 5 Uhr, in „Königshof“, Bülowstraße 37:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung: Wie behandeln die Metallindustriellen „ihre“ Arbeiter? Referent Otto Näher.

Zu dieser Versammlung sind speziell eingeladen die Kollegen der Aktiengesellschaft Mix & Genest, Bülowstr. 67 und der Firma Görz, Schöneberg. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. 117/81 Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter. Otto Naether, N., Anklamerstraße 44.